



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesversammlung in München:

Impulse für eine starke Heimat

Die CSU will Kommunalpartei Nr. 1 bleiben. Dazu braucht sie kluge Köpfe aus allen Generationen und gesellschaftlichen Bereichen, die mit Leidenschaft die großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen angehen und die Bürger an diesem Prozess aktiv beteiligen. Wie diese Kräfte mit Blick auf die bayerische Kommunalwahl 2020 gebündelt werden können, erörterten die Delegierten der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Rahmen ihrer Landesversammlung in München zum Thema „Bayerns Kommunen – Impulsgeber für eine starke und nachhaltige Heimat“.

„Im Gegensatz zu vor fünf bis sechs Jahren haben wir es mit einer vollkommen anderen politischen Gesamtlage in einem veränderten Wettbewerbsumfeld zu tun“, hob CSU-Generalsekretär Markus Blume, MdL, nach der Begrüßung des KPV-Landesvorsitzenden Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, hervor. Neue, große Themen wie der Klimaschutz stünden jetzt auf der Agenda. Wer glaube, dieses Thema allein auf nationaler Ebene lösen zu können, sei freilich im Irrtum, so Blume. Die entscheidende stra-

tegische Frage laute: Was bedeuten die großen Themen für die eigene Kommune?

Neue Werbelinie

Die neue CSU-Werbelinie in bewährter Themenbaukastenform soll die Kommunalwahlkämpfer dabei unterstützen, ihre politischen Ziele durch sachkundige und persönliche Kompetenz in Diskussionen und Entscheidungen zu verwirklichen. In allen Regierungsbezirken werden Blume zufolge Schulte (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale Gesundheitsnetzwerke:

Huml wirbt für passgenaue Lösungen

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml wirbt für den weiteren Aufbau kommunaler Gesundheitsnetzwerke. Anlässlich des 6. Gesundheitsforums der Gesundheitsregion^{plus} Altmühlfranken in Weißenburg betonte die Ministerin: „Es ist wichtig, eine hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dazu benötigen Städte und Landkreise individuelle und passgenaue Lösungen für die örtliche Gesundheitsversorgung und -vorsorge, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Deshalb unterstützen wir die Kommunen mit den Gesundheitsregionen^{plus}.“

Huml ergänzte: „Die Gesundheitsregion^{plus} Altmühlfranken hat eine Vielzahl an erfolgreichen Projekten initiiert und durchgeführt und wurde deutschlandweit auch für das Projekt 'Medizinische Ferienakademie Altmühlfranken' ausgezeichnet. Hier zeigt sich, wie man einerseits die unterschiedlichen Stärken der Regionen betonten und andererseits passgenaue Antworten für eine Gesundheitsversorgung der Zukunft vor Ort fin-

den kann. Mein Ziel ist es, die bestmögliche medizinische Versorgung im gesamten Gebiet des Freistaates Bayern zu erhalten.“

Aktuell werden bayernweit 50 Gesundheitsregionen^{plus} gefördert. Dies entspricht 64 der insgesamt 96 kreisfreien Städte und Landkreise. Huml erläuterte: „Damit setzen sich mehr als die Hälfte der kreisfreien Städte und Landkreise für eine Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung ein. Ich freue mich, dass unser Konzept einen so großen Zuspruch in den Regionen findet.“

Förderung bis zu 250.000 Euro

Das bayerische Gesundheitsministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte, die Gesundheitsregionen^{plus} bilden, über fünf Jahre mit bis zu 250.000 Euro je Region. Kernstück ist das Gesundheitsforum – ein vom jeweiligen Landrat oder Oberbürgermeister geleitetes Gremium, das die zentrale Leitung und Steuerung der Gesundheitsregion^{plus} übernimmt. Arbeitsgruppen befassen sich mit den vor Ort drängenden Fragen zu Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



„O'zapft is!“ Bei strahlendem Sonnenschein feierte die Kommunalpolitische Vereinigung im „CSU-Vereinsheim“, wie Generalsekretär Markus Blume meinte, ihr Sommerfest. Unser Bild zeigt v. l.: Michael Kießling, MdB, Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Innenminister Joachim Herrmann, KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle, KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann, Christine Borst und Otto Lederer. □

Thomas Jung bleibt SGK-Vorsitzender

Auf der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Bayern in Nürnberg wurde der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung für weitere zwei Jahre in seinem Amt als SGK-Vorsitzender einstimmig bestätigt. Der 58-Jährige führt die Arbeitsgemeinschaft seit 2015.

SPD-Generalsekretär Uli Grötsch bezeichnete Jung als einen „hervorragenden Anwalt der Kommunen“. Die SPD sei die Kommunalpartei, die SGK „die starke Gemeinschaft unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“.

Als Jungs Stellvertreter wurden ebenfalls einstimmig gewählt: Rita Röhrli (Landrätin Landkreis Regen), Gisela Niclas (Stadträtin Erlangen), Norbert Tessmer (Oberbürgermeister der Stadt Coburg) und Klaus Adelt, MdL. DK

Bayerischer Landkreistag:

Unwürdiges Schauspiel

Flächendeckende Patientenversorgung und kein Ende: Die Bertelsmann-Studie zur angeblichen Entbehrlichkeit kleinerer Krankenhäuser und das durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof abgelehnte Volksbegehren zum Pflegenotstand bestätigen laut dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, die bayerischen Landrätinnen und Landräte in ihrem dauernden Kampf für die Garantie einer flächendeckenden medizinischen Versorgung.

„Zu sagen, dass Patienten besser versorgt sind, wenn es weniger Krankenhäuser gibt, ist fahrlässig und trotzdem nicht neu. Das hören wir aus Berlin immer wieder. Zudem kämpfen wir auch im Alltag permanent mit neuen Hürden, die sich aus einer solchen Falschannahme ergeben. Man bürdet uns immer wieder neue Probleme auf, die unsere kleineren Krankenhäuser kaum mehr lösen können und so nach und nach verschwinden. Dagegen wehren wir uns seit Jahren massiv“, betonte Bernreiter.

In einem Flächenland wie Bayern reichten eben keine 50 Krankenhäuser. Viele der Häuser seien nicht nur absolut versorgungsnotwendig, sondern zudem auch ein Standortfaktor. Niemand habe etwas davon, „wenn irgendwann alle in den Ballungsgebieten leben müssen, weil der ländliche Raum und mit ihm seine Wirtschaft in die Knie gezwungen wurde“, machte der Verbandschef deutlich.

Im Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand“ habe der Bayerische Landkreistag von Beginn an keine Lösung für das große Problem, das nahezu al-

le Kreiskliniken betrifft, gesehen, fuhr Bernreiter fort. Mit Blick auf den leer gefegten Arbeitsmarkt hätten starre Personalquoten und Pflegeuntergrenzen die Situation im ländlichen Raum bereits drastisch verschärft.

Ein „Mehr an Zeit“ dringend erforderlich

Es gelte, an ganz anderen Stellen anzusetzen. Neben der Wertschätzung für die Pflegekräfte sei auch ein „Mehr an Zeit“ dringend erforderlich. Hier seien vor allem die Kassen gefordert. Ihre „Fallpauschalen“ limitierten die Zeit, die ein Pfleger für seine Patienten aufwenden darf. An anderer Stelle (Stichwort Dokumentationspflichten) müssten Entlastungen möglich sein. Bernreiter: „Von heute auf morgen wird in der Pflege nichts besser. Auch nicht mit starren Quoten. Wir fordern mehr Personal am Patienten. Dies muss aber dauerhaft Eins zu Eins bezahlt werden.“

Zudem haben die bayerischen Landräte dafür plädiert, Potenziale zur Reduzierung von CO2 (Fortsetzung auf Seite 4)

Südschiene neu belebt

Gemeinsame Kabinettsitzung von Bayern und Baden-Württemberg in Meersburg

Im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Regierungen von Baden-Württemberg und Bayern in Meersburg am Bodensee wurde ein Zehn-Punkte-Positionspapier „für einen lebendigen Föderalismus“ verabschiedet. Unter dem Titel „Starke Länder – Starkes Deutschland“ werden Ausweitungen der Länderkompetenzen gefordert und einer schleichenden Abwanderung von Länderzuständigkeiten eine klare Absage erteilt.

Außerdem fordern die beiden Länder eine aufgabengerechte Finanzierung der Länder und verlässliche eigene Steuermittel für die Länder statt zeitlich befristeter Programmmittel. So sei es etwa eine Möglichkeit, in begrenztem Umfang Hebesätze für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer einzuführen. Ebenso wird ausufernden Kontrollrechten des Bundes gegenüber den Ländern eine Absage erteilt. Es gelte zu prüfen, welche Bundesverwaltungen flächendeckend oder im Wege einer Optionsmöglichkeit in einzelnen Ländern wieder in die Landesverwaltung überführt werden können.

Gegen Zentralisierung im Gesundheitswesen

Entschieden wendet sich der Südwesten ferner gegen eine weitere Zentralisierung im Gesundheitswesen sowie eine bundesweite Öffnung der landesunmittelbaren Krankenkassen. Versorgung fände bei den Menschen vor Ort statt. Es müsse mehr Spielräume für die Vertragspartner vor Ort geben. Gefordert werden u. a. die Wiedereinführung der dezentralen Regelung der Heilmittelversorgung und die Regionalisierung der Versorgung mit Hebammenhilfe. Ebenso sollen ein Präventionsbudget auf Länderebene eingeführt und sektorenübergreifende Versorgungskonzepte und Vertragsnormen im Gesundheits- und Pflegebereich erleichtert werden. Darüber hinaus verweisen Bayern und Baden-Württemberg auf die Länderverantwortung in der Krankenhausplanung, die nicht durch Vorgaben der Bundesebene unterlaufen werden dürfe.

Da in der Batteriefertigung wissenschaftliche Exzellenz und Unternehmen aller Wertschöpfungsstufen – vom Rohstofflieferanten bis zum Recycling – in Baden-Württemberg und Bayern konzentriert seien, vereinbarten die beiden Regierungen einen Austausch im Bereich der Batteriezellforschung und -fertigung und die Gründung eines Batterienetzwerks Süddeutschland.

Bund soll Batterienetzwerk unterstützen

Der Bund wird von Baden-Württemberg und Bayern aufgefordert, sich bei Batterieforschung- und -fertigung insbesondere an den Standorten Ulm, Karlsruhe, Augsburg sowie für Forschungsprojekte substantiell bei der Finanzierung zu bewegen. Die Länder Baden-Württemberg und Bayern werden mit dem Bund über eine finanzielle Beteiligung zur geplanten Förderung im Bereich der industriellen Fertigung für mobile und stationäre Energie- (Fortsetzung auf Seite 4)



Warum denn in die Ferne schweifen und dabei CO2 produzieren? Im Land der Festspiele und Festivals zeigt Bayern nach Ansicht des Bürgermeisters seine regionalen Traditionen. Das Engagement der Bevölkerung ist nicht durch Kommerz zu ersetzen. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mehr Respekt im Landtag	2
Erneut Bestnote für bayerische Haushaltspolitik	2
Landtag rettet die Bienen	2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Kommunale Daseinsvorsorge: 450 MHz als Arbeitspferd	
Spahns umstrittener Gesetzentwurf zur Masern-Impfpflicht	3
Jahresbericht der Hanns-Seidel-Stiftung	3
100 Jahre Bamberger Verfassung	4
Kommunale Bauthemen	5-9
Wasser · Abwasser	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Letzte Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause:

Mehr Respekt im Landtag

Modern und glaubwürdig – so soll sich der Freistaat Bayern und seine Politik in der Öffentlichkeit geben. Diesen Appell gaben Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Ministerpräsident Markus Söder während der letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause aus. Über die veränderte Atmosphäre im Bayerischen Landtag, zeigte sich Aigner jedoch besorgt. Anlass dazu gibt auch der aktuelle Fall des AfD-Abgeordneten Ralf Stadler, gegen den die Landtagspräsidentin einen Strafantrag stellte.

Traditionell halten die Landtagspräsidentin, der Ministerpräsident und ein Mitglied der größten Oppositionsfraktion am Ende der letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause Schlussworte. Diese beinhalteten in diesem Jahr allerdings nicht nur Lob. Denn zunächst appellierte die Landtagspräsidentin an die Abgeordneten, auf einen gemäßigten Ton und ein respektvolles Miteinander zu achten. Innerhalb kurzer Zeit musste vier Mal das Fehlverhalten einzelner Abgeordneter gerügt werden.

Regelverstöße und Grenzüberschreitungen

Im Präsidium und im Ältestenrat wurden immer wieder Regelverstöße und Grenzüberschreitungen diskutiert. Davor gab es so gut wie nie auch nur eine Rüge. Wörtlich sagte Aigner: „Die Regeln für unser Miteinander hier im Hohen Haus haben sich über Jahrzehnte entwickelt. Es gibt sie aus gutem Grund, und sie haben sich bewährt. Ich werde darum weiterhin gegen derartige Verstöße vorgehen. Solche Regelverletzungen dürfen nicht folgenlos bleiben! Verehr-

te Kolleginnen und Kollegen, ich bin der festen Überzeugung, dass eine unserer Hauptaufgaben in den kommenden Monaten und Jahren darin bestehen wird, die Glaubwürdigkeit in die Politik zu verbessern.“ Dass Aigner ihren Worten auch Taten folgen lässt, macht der jüngste Vorfall deutlich.

Anzeige gegen AfD

Die Landtagspräsidentin hat bei der Generalstaatsanwaltschaft München einen Strafantrag gegen den AfD-Abgeordneten Ralf Stadler gestellt. Anlass war eine verfremdete Fotomontage, die Stadler am 9. Juli 2019 in seinen öffentlichen Facebook-Account eingestellt hatte. Zu sehen waren Landtagspräsidentin Ilse Aigner und mehrere Kinder einer bayerischen Grundschule, die anlässlich der Landtagsveranstaltung „Entdeckerstag“ am 5. Juli vor dem Landtag Luftballons steigen ließen. Der Abgeordnete Stadler hatte in einer Vielzahl der abgebildeten Luftballons das Parteilog der AfD eingearbeitet. Dazu schrieb Stadler im Untertitel „Die AfD wirkt auch in Bayern“. Die Gesichter von Kindern und

der auch abgebildeten Lehrerin wurden zwar verpixelt. Die auf der Fotomontage abgebildeten Personen sind dennoch identifizierbar, da das Originalbild auf der Startseite der Homepage des Landtags abgebildet war. Mit dem Post dieser Fotomontage erweckte Stadler den Eindruck, die Landtagspräsidentin hätte mit den am Entdeckerstag anwesenden Kindern AfD-Luftballons steigen lassen – und damit an einer Werbeaktion für eine politische Partei teilgenommen. Das wäre allerdings mit dem Amt der Landtagspräsidentin nicht vereinbar.

„Es handelt sich beim dargelegten Sachverhalt um einen Angriff auf die Integrität meiner Person und auf das Amt der Landtagspräsidentin sowie um eine erhebliche Rechtsverletzung zu Lasten der Schulkinder und ihrer Lehrerin. Ich bin nicht bereit, das hinzunehmen und ziehe mit dem Strafantrag eine Linie als klar erkennbares Zeichen für alle, die sich im Landtag nicht an die Regeln halten wollen“, rechtfertigte Aigner ihr Vorgehen. Der Strafantrag liegt nun bei der Generalstaatsanwaltschaft München. Es ist das erste Mal, dass ein Landtagspräsident oder eine Landtagspräsidentin in Bayern Strafantrag gegen einen Abgeordneten stellt. Weder Stadler noch AfD-Fraktionschefin Katrin Ebner-Steiner waren zu einer Reaktion bereit. Aigner nannte in ihrer Abschlussrede aber auch ermuti-

gende Beispiele: Der Umgang mit dem Volksbegehren für besseren Artenschutz gehörte für sie dazu und sie lobte das Engagement der jungen Generation. Hier seien alle bereit gewesen, sich zusammzusetzen und Regeln für einen größtmöglichen Ausgleich zu beschließen.

Vorbild-Charakter beim Artenschutz

„Für mich hat solcher Umgang miteinander wirklichen Vorbild-Charakter! Und ich möchte einmal deutlich sagen: Von einer allgemeinen Politikverdrossenheit kann keine Rede sein. Im Gegenteil! Gerade junge Menschen sind heute sehr interessiert an politischen Themen! Sie haben einen untrüglichen Kompass und ein sensibles Gespür für die drängenden Probleme. Denken Sie nur an den Klimaschutz oder das Engagement gegen Ausgrenzung und Extremismus“, sagte Aigner. Denn letztlich gehe es um die Lebensperspektiven für die kommenden Generationen – und hier sei der Klimaschutz ein wichtiger Punkt, aber nicht der einzige. „Ich rate uns dringend: Nutzen wir unseren Gestaltungsspielraum im Bayerischen Landtag mit Weitblick, Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein auf allen Politikfeldern!“

Positive Arbeitsbilanz

So führte die Landtagspräsidentin auch die Arbeitsbilanz als positives Ergebnis auf und erinnerte an die Konstituierung des Landtags, die Wahl des Ministerpräsidenten, die Bestellung der Staatsregierung, die Anpassung der Geschäftsordnung und des Abgeordnetenrechts und Abgeordnetengesetzes.

Auch der Haushalt 2019/2020 wurde erfolgreich verabschiedet – mit über 650 Änderungsanträgen. In den Ausschüssen wurden Themen wie Pflegesituation, Artenschutz, Inklusion, Bessere KITAs, Situation der

Finanzminister Albert Füracker:

Erneut Bestnote für bayerische Haushaltspolitik

Auch SCOPE vergibt an Bayern AAA-Rating
Lob für die solide und umsichtige Haushaltspolitik

Der Freistaat Bayern erhält auch von der in Deutschland ansässigen, europäischen Ratingagentur SCOPE, die sich als Gegengewicht zu den amerikanischen Agenturen am Markt etabliert hat, die Top-Note. „Das Spitzen-Rating bestätigt unsere herausragende Stellung unter den Ländern. Solide Haushaltsführung, niedrige Zinslast und hohe Investitionsquote zahlen sich aus“, kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Auszeichnung des Freistaats mit der Bestnote „AAA/S-1+, Outlook: stable“ von SCOPE. Bayern hat damit neben dem bestmöglichen Rating von Moody's und Standard & Poor's nun auch von SCOPE die Bestnote erhalten.

Der Freistaat wird seinen nachhaltigen Kurs weiter fortführen und gleichzeitig kräftig investieren, damit Bayern auch in Zukunft wirtschaftlicher Vorreiter bleibt. „Die Staatsregierung geht notwendige Investitionen an. Dabei stehen wir weiter klar zu unseren finanzpolitischen Zielen: wir machen keine neuen Schulden. Damit überzeugen wir auch die Ratingagenturen“, so Füracker.

Im Ländervergleich entwickelt sich Bayern weiterhin wirtschaftlich und demographisch stark. Die guten Steuereinnahmen und die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland sind bezeichnend für die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats. Zudem hebt SCOPE insbesondere die kontinuierliche Kostenkontrolle und das konservative Schuldenmanagement des Freistaats positiv hervor. □

Geburtshelfer und Hebammen, ANKER-Zentren, Schneemassen im Januar, Kohle-Ausstieg und Europa diskutiert.

Für die Opposition rief Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen die Höhepunkte aus den ersten zehn Monaten der Landtagsarbeit ins Gedächtnis. Sie erinnerte an eine lebhaft Diskussionsveranstaltung zu Europa mit 190 Jugendlichen aus ganz Bayern, an die Wanderausstellung 100 Jahre Frauenwahlrecht, die der Landtag erstellt hatte, und an die Rede von Dr. Charlotte Knobloch anlässlich des Holocaust-Gedenkstages im Plenarsaal. Gerade die Mahnung einer Holocaust-Überlebenden, die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen habe Schulze

nachhaltig beeindruckt. „Frau Dr. Knobloch hat Recht. Bayern ist vielfältig. Hier gibt es keinen Platz für Antisemiten, Rassisten und für Menschenfeinde.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder rief zu neuem und positivem Denken im Hinblick auf die Zukunft Bayerns auf: „Wir sind nicht Gegenwartsverwalter, sondern Zukunftsgestalter.“ Zugleich dankte er dem Parlament und dem Präsidium für die Courage, wichtige Wertentscheidungen zu treffen. Insgesamt sei es wichtig, dass die Politik offen für Neues sei, aber die bayerische Identität erhalten bleibt. „Ich möchte wirklich dafür sorgen, dass wir so modern wie möglich sind, aber dass Bayern auch Bayern bleiben kann.“

Anja Schuchardt

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Kubicek
86491 Ebershausen
am 1.9.

Bürgermeister Leonhard Kandler
86674 Baar/Schwaben
am 2.8.

Bürgermeister Hans Steindl
84489 Burghausen
am 2.9.

Bürgermeister Adi Fürstberger
84367 Tann
am 4.9.

Bürgermeister
Johann Lotterschmid
86556 Kühbach
am 6.9.

Bürgermeister Albert Lohner
86690 Mertingen
am 11.8.

Bürgermeister
Edmund Wirzberger
97843 Neuhütten
am 31.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Marold
94124 Büchlberg
am 3.9.

Landrat Karl Roth
82913 Starnberg
am 5.8.

Bürgermeister
Johann Bernreuther
86700 Otting
am 9.9.

Bürgermeister Bernhard Ruß
97522 Sand a. Main
am 15.8.

Bürgermeister
Gerhard Aulenbach
63860 Rothenbuch
am 15.9.

Bürgermeister Josef Walz
89284 Pfaffenhofen
am 21.8.

Bürgermeister Gerhard Struve
89299 Unterroth
am 26.8.

Bürgermeisterin
Brigitte Meyerdierts
97769 Bad Brückenau
am 30.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Schreiner
94258 Frauenau
am 3.8.

Bürgermeister Georg Rath
97633 Herbstadt
am 3.9.

Bürgermeister
Karl Oberschmid
89368 Winterbach
am 9.8.

Bürgermeister Jakob Herbert
63762 Großostheim
am 12.8.

Bürgermeister Andreas Meyer
85126 Münchsmünster
am 12.8.

Bürgermeister Peter Ditsch
86931 Pittriching
am 13.8.

Bürgermeister Jürgen Spahl
91126 Rednitzhembach
am 13.8.

Bürgermeister Ludwig Entfellner
83246 Unterwössen
am 13.8.

Bürgermeister Klaus Meier
91413 Neustadt a. d. Aisch
am 22.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edgar Knobloch
92655 Grafenwöhr
am 4.8.

Bürgermeisterin
Elisabeth Schätz
83527 Haag i. OB
am 4.8.

Bürgermeister Peter Juks
97199 Ochsenfurt
am 12.8.

Bürgermeister
Dr. Stephan Winter
87719 Mindelheim
am 13.8.

Bürgermeister
Karl-Philipp Ehrler
95236 Stammbach
am 13.8.

Bürgermeister Norbert Eckl
92552 Teunz
am 26.8.

Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
86150 Augsburg
am 29.8.

Bürgermeister Volker Dittrich
96199 Zapfendorf
am 30.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Frühbeißer
91278 Pottenstein
am 2.8.

Bürgermeister
Falk Sluyterman van Langeweyde
86956 Schongau
am 3.8.

Bürgermeister Anton Piermeier
94379 St. Englmar
am 9.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alexander Enthofer
86944 Unterdießen
am 10.9.

Landrat
Jens Marco Scherf
63897 Miltenberg
am 12.8.

Bürgermeister
Dr. Michael Higl
86405 Meitingen
am 18.8.

Bürgermeister
Dr. Volker Karb
97525 Schwebheim
am 21.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Baumgartner
93466 Chamerau
am 8.9.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig.
Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Landtag rettet die Bienen

Eine bessere Vernetzung der Biotop, mehr Blühstreifen entlang von Straßen und Äckern und weniger Lichtverschmutzung – drei der rund 100 neuen Regelungen für einen verbesserten Naturschutz in Bayern, die ab dem 1. August in Kraft treten. Der Landtag hat mit großer Mehrheit das Artenschutzvolksbegehren „Rettet die Bienen“ sowie das von CSU und Freien Wählern ergänzend eingebrachte „Versöhnungsgesetz“ verabschiedet. Für zusätzliche Aufgaben und Belastungen erhalten die Landwirte Ausgleichszahlungen in Höhe von 70 Millionen Euro im Jahr.

Entlang von Gewässern muss künftig ein mindestens fünf Meter breiter Grünstreifen von landwirtschaftlicher Nutzung frei bleiben. Der Einsatz von Pestiziden soll generell eingeschränkt, der Öko-Landbau deutlich ausgeweitet werden.

Im Februar hatten mehr als 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger das Volksbegehren für Artenvielfalt unterschrieben. Es ist damit das erfolgreichste in der Geschichte des Freistaats. In namentlicher Abstimmung votierten 167 Abgeordnete für die Annahme des Volksbegehrens. In der vorangegangenen Debatte warb Eric Beißwenger (CSU) für die Annahme der Gesetzesvorlagen. Mit dem „Versöhnungsgesetz“ gelinge es, für die Landwirte unbillige Härten zu beseitigen. „Vor uns liegt ein Gesellschaftsvertrag des Miteinanders, der Ökologie und Landwirtschaft versöhnt“, sagte Beißwenger.

CSU-Agrarsprecher Martin Schöffel betonte, die Landwirte dürften „nicht an den Pranger gestellt“ werden. Dank des staatlich geförderten Vertragsnaturschutzes würden sie schon seit Jahrzehnten auf weiten Flächen für eine ökologische Bewirtschaftung sorgen.

Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann nannte die Annahme des Volksbegehrens einen „gro-

ßen Tag für den Arten- und Naturschutz in Bayern“. Die nun beschlossenen Maßnahmen würden „nicht zum Spaß“ umgesetzt, sondern zur Bekämpfung des dramatischen Artenschwundes im Freistaat. Ausdrücklich lobte er das konstruktive Vorgehen von Ministerpräsident Markus Söder (CSU).

Söder: Innovatives Handeln erforderlich

Dieser stellte die Annahme der Gesetze in ihrer Bedeutung auf eine Stufe mit der Gründung des bayerischen Umweltministeriums 1970 und sprach von einem „ganz wichtigen Tag für Bayern“. Die Herausforderung des Artenschutzes mache innovatives Handeln erforderlich. „Wer möchte, dass Bayern so schön bleibt, wie es ist, der muss etwas verändern“, sagte Söder. „Wir allein können die Welt nicht retten, aber wir leisten unseren Beitrag für unser Land und zeigen damit anderen, wie es geht.“

Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) erkannte in den Gesetzen einen „Mehrwert für den Artenschutz“. Für die Umsetzung müssten nun alle Bürger ihren Beitrag leisten. Freie-Wähler-Fraktionschef Florian Streibl hob den im Versöhnungsgesetz verankerten Bil-

dungsauftrag hervor. Damit werde bereits an den Schulen der Grundstein für Artenschutz und verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen gelegt.

„Wir wollen echte Lösungen und nicht nur Lippenbekenntnisse!“ Das ist die Position des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) zu Söders „Versöhnungsgesetz“ zur Artenvielfalt, dem Verband und Landwirte weiter skeptisch gegenüber stehen. Bauernpräsident Walter Heidl sagte, entscheidend seien Lösungen, die Bienen und Bauern gleichermaßen gerecht würden. Der Bauernverband habe zuletzt bei vielen Veranstaltungen und Gesprächen mit Politikern versucht, „bäuerliche Anliegen und Erfahrungen in die Diskussion rund ums Volksbegehren einzubringen und der Landwirtschaft Gehör zu verschaffen“.

Kritik am Versöhnungsgesetz

SPD-Fraktionschef Horst Arnold bekräftigte das Ja seiner Partei zum Volksbegehren und das Nein zum „Versöhnungsgesetz“. „Dieses verwässert, verwirrt und verschleiert den ursprünglichen Willen des Volksbegehrens“, sagte er. Die SPD-Landtagsfraktion hatte acht Änderungsanträge eingebracht, unter anderem zum Verbot der Fassadenbeleuchtung ab 23 Uhr zum Schutz der Insekten und zu naturnaher Umgestaltung von Gärten. Beim „Versöhnungsgesetz“ verweigerten SPD und AfD ihre Zustimmung. Die AfD kündigte gegen das Gesetzgebungsverfahren eine Verfassungsklage an.

Anja Schuchardt

Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände zum Beschluss der Bundesregierung:

Spahns umstrittener Gesetzentwurf zur Masern-Impfpflicht

An der von Gesundheitsminister Jens Spahn avisierten Impfpflicht bei Masern scheiden sich die Geister. Den entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundeskabinett nun gebilligt. Für Kinder muss demnach künftig beim Eintritt in eine Gemeinschaftseinrichtung, wie Kindertagesstätte, Schule, Flüchtlingsunterkünfte oder auch Ferienlager eine vollständige Masern-Schutzimpfung nachgewiesen werden. Auch dort arbeitende Personen sollen gegen die gefährliche Infektionskrankheit geimpft sein.

Ausnahmen gelten für Menschen, die einen ärztlichen Nachweis vorlegen können, dass bei ihnen eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht ratsam ist. Bei vor 1970 Geborenen entfällt die Impfpflicht ebenfalls.

Laut WHO zählt die Skepsis gegenüber Impfungen zu den zehn größten Gefahren für die globale Gesundheit. Der Deutsche Städtetag schließt sich der Position an, dass diesem Trend entschieden vorzubeugen sei: „Vom Grundsatz her unterstützen wir als ultima ratio daher das Anliegen einer gesetzlichen Masern-Impfpflicht. Damit verbundene Effekte und Folgewirkungen müssen aber sorgfältig abgewogen werden.“

Nach Ansicht des Kommunalverbandes ist der Gesetzentwurf von „besonderer kommunaler Relevanz“, weil er die grundsätzlichen Aspekte der gesundheitlichen Daseinsvorsorge anspricht. Dabei handle es sich um kommunale Strukturen, wie etwa dem von den Städten zum Teil mitgetragenen öffentlichen Gesundheitsdienst sowie diversen Gemeinschaftseinrichtungen in kommunaler Verantwortung.

Immenser Erfüllungsaufwand

Ausführungen, die kommunale Einrichtungen betreffen und in denen von nur geringen Aufwänden ausgegangen wird, teilt der Deutsche Städtetag nicht. Gerechnet werde „mit einem derzeit noch nicht bezifferbaren, aber jedenfalls erheblichen Erfüllungsaufwand“. Dies wiederum bedürfe einer entsprechenden zusätzlichen personellen wie finanziellen Ausstattung, die im Entwurf allerdings nicht adäquat berücksichtigt sei.

Der Deutsche Städtetag erwartet, dass sich Gemeinschaftseinrichtungen wegen Unklarheiten bei vorgelegten Bescheinigungen an ihr zuständiges Gesundheitsamt wenden und viele Säumige gemeldet werden, die in der Folge entweder eine Bescheinigung vorlegen oder sich am Gesundheitsamt impfen lassen. Die Anzahl der Personen, gegen die ein Bußgeldverfahren eingeleitet wird, dürfte dagegen deutlich niedriger sein, mutmaßt der Kommunalverband.

Diskussionen und rechtliche Auseinandersetzungen

Mit dem Gesetz soll vor allem durchgesetzt werden, dass Kinder, die erstmals eine Kindertagesstätte besuchen oder eingeschult werden, gegen Masern geimpft werden. Kinder, deren Eltern keine Masernimpfung vornehmen lassen wollen, werde somit das Recht auf Förderung in der Kindertageseinrichtung verwehrt. „Vor Ort erwarten wir so leider Diskussionen und rechtliche Auseinandersetzungen. Vor Inkrafttreten einer Impfpflicht muss das Rechtsverhältnis dieser im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung umfassend geklärt werden. Ein mit absoluter Sicherheit zu erwartender Konflikt darf unter keinen Umständen auf den Rücken der Kindertageseinrichtungen und deren Trägern sowie am Ende auch zulasten der Kinder ausgetragen werden“, stellt der Deutsche Städtetag klar.

Aus rein epidemiologischer Sicht erscheine eine Impfpflicht für Personal in Gemeinschaftseinrichtungen grundsätzlich sinnvoll. Allerdings hätten gerade Kitas und Schulen schon jetzt Probleme, ausreichend qualifiziertes Fachpersonal zu bekommen. Außerdem kämen damit neue bürokratische Pflichten auf die Arbeitgeber zu. Darüber hinaus sei hier die Reihenfolge der Maßnahmen anhand der Eingriffstiefe in persönliche Rechte einzuhalten.

Auch müsse über die Vorgehensweise bei der Prüfung von Impfnachweisen nachgedacht werden. Problematisch sei der Umgang mit bereits Tätigen in Gemeinschaftseinrichtungen. Der Impfstatus wäre künftig Einstellungs Voraussetzung. Unklar sei der Umgang mit bereits tätigen „Impfverweigerern“.

Verhältnis zwischen Nutzen und Aufwand fraglich

„Insgesamt geht der Verwaltungsaufwand für die Umsetzung des Vorhabens einseitig zu Lasten der Einrichtungen und ihrer Träger und Leitungen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen und offener Fragen erhielten wir aus der städtischen Praxis Rückmeldungen, denen zufolge das Verhältnis zwischen Nutzen und Aufwand der geplanten Regelungen fraglich erscheint. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bei einer grundsätzlich denkbaren generellen Impfpflicht auch an die Erwachsenen gedacht werden sollte“, unterstreicht der Städtetag. Die derzeit auch medial besonders beobachteten Masernausbrüche würden vor allem durch Personen aufrechterhalten, die bereits im Erwachsenenalter sind.

Bei Kindern lägen die Impfquoten gegen Masern hingegen für die Erst- bzw. Zweitimpfung bei 97 bzw. 93 Prozent. Aus epidemiologischer Sicht habe eine Steigerung der Impfquoten in dieser Gruppe daher nur wenig Auswirkung.

Insgesamt erscheinen die verfahrensrechtlichen Vorgaben und Abläufe aus Sicht des Kommunalverbandes bisher nicht ausreichend definiert. Unabhängig von dem grundsätzlich zu begrüßenden Ziel der Erhöhung der Durchimpfungsrate müssten die rechtlichen Unklarheiten ausgeräumt werden.

Der Deutsche Landkreistag begrüßt das Vorhaben, „die Impfraten bei Masern auf das notwendige Niveau anzuheben, so dass eine ‚Herdimmunität‘ erreicht wird“. Überzeugte Impfgegner erscheinen nach Wahrnehmung des Verbandes in der Minderheit. Eine Impfpflicht könnte aber verunsicherte Bevölkerungsguppen in eine die Impfung ablehnende Haltung drängen.

Unabhängig vom erheblichen Mehraufwand insbesondere in den Gesundheitsämtern werden erhebliche beratende, dienstleistende und ordnungsrechtliche Leistungen sowie fachbehördliche Leistungen vonnöten sein, so der DLT. Die Einbindung in die Telematik sei grundsätzlich zu begrüßen, wengleich dies einen weiteren Faktor darstelle, der erhebliche Kosten verursachen wird. „Diese Kosten sind den Trägern der Gesundheitsämter von den Län-

dern zu erstatten. Daher ist es auch notwendig, dass die Länder einen Kostenausgleich hierfür vom Bund nicht nur einfordern, sondern auch erhalten. Die zusätzlichen Leistungen der Gesundheitsämter sind nicht zum ‚Nulltarif‘ zu haben“, unterstreicht der Deutsche Landkreistag.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund befürwortet grundsätzlich den Ansatz, eine Impfung gegen Masern für Betretende in Gemeinschaftseinrichtungen und das zuständige Personal verpflichtend einzuführen. Begrüßt wird die Bereitstellung von jährlich 5 Millionen Euro für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur umfassenden und wiederkehrenden Information der Bevölkerung zum Thema Impfen.

Finanzieller Ausgleich für umfangreiche neue Aufgaben

Durch den Gesetzentwurf würden den Kommunen umfangreiche neue Aufgaben zugewiesen. Rückmeldungen aus der Praxis zeigten, dass die vom Bundesministerium für Gesundheit nachgereichte Kostenfolgenabschätzung bei weitem nicht die kommunalen Mehrausgaben abdecken. Der tatsächliche finanzielle Aufwand dürfte also deutlich höher liegen. „Darüber hinaus vermissen wir eine Aussage bezüglich der Form des finanziellen Ausgleichs der Kommunen für den durch das Gesetz verursachten Mehraufwand“, betont der DStGB. Auch vertritt er die Auffassung, dass der Referentenentwurf in einer Reihe von Punkten (Nachweis der Impfung, zeitlicher Rahmen, Mitteilungsspflichten etc.) praxisgerechter ausgestaltet und in zeitlicher Hinsicht vollziehbar geändert werden muss. DK

Jahresbericht 2018 der Hanns-Seidel-Stiftung:

Beachtliche Leistungsbilanz

Auf ein bewegtes Jahr blickt der soeben erschienene Jahresbericht der Hanns-Seidel-Stiftung zurück. Laut HSS-Vorsitzender Prof. Ursula Männle und Generalsekretär Dr. Peter Witterauf stand 2018 im Zeichen der Jubiläen 100 Jahre Freistaat Bayern und Einführung des Frauenwahlrechts sowie der Landtagswahlen im Oktober. „Aber auch die europäischen und internationalen Entwicklungen, die schwierigen Verhandlungen über den geregelten EU-Austritt Großbritanniens, und die anwachsende wirtschaftliche Konfrontation zwischen den USA und China durch die wechselseitige Einführung immer weiterer Handelszölle im Verlauf des Jahres, haben den Eindruck einer ‚aus den Fugen geratenen Welt‘ weiter vertieft und die Arbeit unserer Stiftung nachhaltig beeinflusst“, heißt es weiter.

In Kombination mit dem zunehmenden Erstarken populistischer Parteien in ganz Europa, die teils auch in Regierungsverantwortung gewählt wurden, bestehe weiterhin die große Gefahr, dass es durch aufkeimende nationalistische Tendenzen zu einer Abkehr vom Solidaritätsgedanken, hin zu einer auf Einzelinteressen basierenden Entscheidungsfindung kommt. Insofern sei die organisatorische Neugründung einer Abteilung für europäischen und transatlantischen Dialog wirkungsvoll. „Damit können für die Zukunft die internationalen Kontakte der Stiftung zu den USA, Kanada, Russland, West-, Mittel- und Südosteuropa sowie zur NATO und der EU in einem Verantwortungsbereich gebündelt werden“, so Männle und Witterauf. Mit Hilfe dieser Kontakte verfolge die Hanns-Seidel-Stiftung zum Ausbau der internationalen Stabilität und Sicherheit beizutragen.

Auch die Arbeit der HSS im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit,

Liebe Leserinnen und Leser,

glücklicherweise kennen die Kommunen hierzulande solche Szenarien derzeit vor allem aus dem Buch „Blackout“. Marc Elsberg beschreibt hier zwei Wochen in Europa mit einem großflächigen Stromausfall und dessen katastrophale Auswirkungen. Deutsche Experten vermitteln folgendes Szenario: „In der ersten Sekunde fallen sämtliche Geräte und Anlagen aus, die Strom benötigen: Wasserpumpen, Heizungen, auch medizinische Geräte. Bankautomaten spucken kein Geld mehr aus, Ampeln fallen aus, Lebensmittelgeschäfte können nicht mehr kassieren und ganz Deutschland sitzt im Dunkeln. Notstromaggregate laufen nur solange Treibstoff da ist. Nachschub gibt es nicht.“ Ein längerer Ausfall der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung und damit auch das Ver-



GZ KOLUMNE
Anne-Marie von Hassel

Daseinsvorsorge in den Kommunen:

450 MHz als Arbeitspferd

sagen der Abwasserversorgung führt zu chaotischen Zuständen und einem weitgehenden Zusammenbruch des öffentlichen Lebens. Am Ende ist auch die innere Sicherheit gefährdet, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Polizei, Feuerwehr, ...) können ihren Aufgaben nicht wie gewohnt nachkommen.

Die gewohnte Versorgungssicherheit ist aber auch sonst zunehmend gefährdet. Das Energiesystem ist inzwischen deutlich höherem Stress ausgesetzt, zum Beispiel durch den Verlust an planbarer grundlastfähiger Erzeugung (Kernenergie, Kohle), der Zunahme volatiler Stromerzeugung (Wind, Sonne) und durch zusätzliche Verbraucher (e-Mobilität, Klimaanlage) und Speicher. Gleichzeitig sind in jüngster Zeit die Risiken von Cyber-Angriffen auch auf KRITIS-Betreiber weiter gestiegen. Das Risiko eines großflächigen Stromausfalls in Deutschland ist heute so hoch wie noch nie – und es wächst weiter an.

Die Energieversorgung braucht also eine leistungsfähige Kommunikationstechnologie,

um die Steuerung des Energiesystems leisten und die Energiewende umsetzen zu können. Die 450 MHz-Frequenzen (ehemaliges C-Netz) können das dringend benötigte Arbeitspferd für die Energie- und Wasserwirtschaft sein und so zur Sicherung Daseinsvorsorge maßgeblich beitragen. Aktuell wird die Vergabe der 450 MHz-Frequenz für die nächsten Jahre entschieden. Die Frequenz ist langwellig (wenige Masten, gute Gebäudedurchdringung) und LTE-fähig und somit für den Bedarf der Energie- Wasserversorgungsbranche hervorragend geeignet. Mit einem eigenen bundesweiten Funknetz kann die Branche ein schwarzfallfestes Kommunikationsnetz und den notwendigen Datenaustausch M2M (Machine to Machine) für die anstehenden und zukünftigen Anforderungen an die Versorgung sicherstellen. Dabei gilt es, die wechselseitigen Abhängigkeiten der KRITIS-Branchen Energie und Telekommunikation zu minimieren.

Nur ein unabhängiges Funknetz in einer separaten Organisation unter der Governance der Energie-, Wasser- und Abwasserwirtschaft (d.h. Sprach und Datenkommunikation in einem separiertem 450- MHz Funknetz) bietet eine echte zusätzliche Redundanz zum Sprach- und Datenkommunikationsnetz von privaten oder öffentlichen (BDBOS) Betreibern. Wechselseitige Serviceangebote mit der Energie- und Wasserwirtschaft erhöhen die Systemicherheit sogar dann noch erheblich.

Rund 150 Branchenunternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft – insbesondere auch zahlreicher kommunaler Stadtwerke – haben sich deshalb zur Versorger-Allianz 450 zusammengeschlossen. Diese Initiative fordert die ausschließliche Zuteilung der 450 MHz-Frequenz an die Energie- und Wasserwirtschaft.

Letztlich werden es die kommunalen Entscheider sein, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber in der Verantwortung stehen, wenn wichtige Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge ausfallen. Deshalb wird genau dieser Zielgruppe nichts anderes übrig bleiben, als sich rechtzeitig für die Interessen der ihnen anvertrauten Menschen einzusetzen.

Ihre Anne-Marie von Hassel

Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung

se für Frieden, Freiheit, Recht, für Demokratie und internationale Verständigung eingesetzt haben. Weitere Preisträger waren unter anderem Henry Kissinger, Helmut Kohl, Jean-Claude Juncker und Michail Gorbatschow. DK

Korrektur

Im Kommentar der Bayerischen Gemeindezeitung vom 18. Juli 2019 auf Seite 3 wurden leider einige Aussagen zur Schwimmbadförderung nicht ganz präzise dargestellt. So erfolgt die Förderung kommunaler Freibäder nicht über das BayFAG, sondern durch ein neues „Sonderprogramm Schwimmbadförderung“ des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, das auf sechs Jahre angelegt ist und für das im Doppelhaushalt 2019/2020 jeweils 20 Millionen Euro veranschlagt sind.

Auch bei der Förderung von schulisch genutzten Hallenbädern nach dem BayFAG erfolgte eine Fördererleichterung: Seit diesem Jahr ist eine Förderung unabhängig von der erreichten Sportklassenzahl möglich, sofern die geforderte Mindestanzahl an Sportklassen nicht durch interkommunale Zusammenarbeit erreicht werden kann und die Nutzung eines anderen Schulschwimmbads in zumutbarer Entfernung schulorganisatorisch nicht möglich ist. □

Ein gesellschaftlicher und politischer Höhepunkt des zurückliegenden Jahres war für die Hanns-Seidel-Stiftung die Verleihung des Franz Josef Strauß-Preises an den Staatspräsidenten von Rumänien, S.E. Klaus Werner Iohannis. Er wurde für seinen „unerschütterlichen Einsatz für die gemeinsamen Werte der Europäischen Union sowohl national als auch international“ ausgezeichnet. Der Franz Josef Strauß-Preis, 2018 zum zehnten Mal vergeben, würdigt Persönlichkeiten, die sich in herausragender Wei-



Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Ministerpräsident Dr. Markus Söder trugen sich ins Goldene Buch der Stadt Bamberg ein. Im Hintergrund Oberbürgermeister Andreas Starke (re.) und 2. Bürgermeister Dr. Christian Lange (li.) Bildarchiv Bayerischer Landtag | Rolf Poss

„100 Jahre Bamberger Verfassung“ in Bamberg:

Bewusstsein für den Wert der Demokratie stärken

Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Ministerpräsident Markus Söder erinnern am 24. Juli 2019 mit dem Festakt „100 Jahre Bamberger Verfassung“ an die Einführung des ersten parlamentarischen und demokratischen Systems in Bayern.

In der Konzerthalle Bamberg nannte Ilse Aigner in ihrer Festrede Bamberg einen jener Orte in Bayern, die für einen echten Fortschritt in der Demokratisierung Bayerns stehen.

Positive Erinnerungskultur schaffen

„In Bamberg wurde vor 100 Jahren bayerische Demokratiegeschichte geschrieben. Unser demokratischer Freistaat ist keine Selbstverständlichkeit. Freiheit und Demokratie wurden über Generationen hinweg mühsam errungen. Auf diese Leistung können wir stolz sein. Deshalb wollen wir neben der wertvollen Gedenkstättenerbe der vergangenen Jahrzehnte künftig auch eine positive Erinnerungskultur schaffen. Bei-

des zusammen macht Erinnerung aus“, sagte Aigner. Dazu werde der Bayerische Landtag zusammen mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, und dem Vorsitzenden der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Ferdinand Kramer, eine Veranstaltungsreihe initiieren, die Meilensteine der Demokratisierung Bayerns ins Gedächtnis rufen soll. „Wir wollen und werden im Verlauf dieser Legislaturperiode in ganz Bayern Orte, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde, sichtbar und gerade auch für junge Menschen erlebbar machen. Es soll jeweils ein Fest der Demokratie vor Ort werden“, erklärte Aigner.

Unwürdiges Schauspiel

(Fortsetzung von Seite 1) bei Gebäudesanierungen zu nutzen. Bei der Sitzung des Finanzausschusses in Vilshofen sprachen sie sich gegen eine Besteuerung von CO₂ aus.

„Wirksame Maßnahmen, um den CO₂-Ausstoß umgehend zu reduzieren, sollten nicht gegen unsere Bürger gerichtet sein, sondern mit ihnen umgesetzt werden. Ein solcher Ansatz muss als erstes die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungen in den Fokus nehmen“, forderte Landrat Hermann Hübner, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag.

Meyer: FAG-Förderung „plus“ für ökologische und energiesparende Bauweisen

Laut Franz Meyer, gastgebender Passauer Landrat und Vorsitzender des Bezirksverbands Niederbayern, „ist es längst kein Geheimnis mehr, dass in Gebäuden ein riesiges Einsparpotenzial von CO₂ liegt. Im Koalitionsvertrag des Bundes wird deswegen zu Recht eine steuerliche Förderung von Sanierungen angestrebt. Obwohl unlängst auch unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger Druck auf Berlin gemacht hat, geht nichts so richtig vorwärts. Wenn wir die Treibhausgase wirklich verringern wollen, müssen wir insbesondere bei den Gebäuden ansetzen. Für kommunale Baumaßnahmen fordern wir ökologische und energiesparende Bauweisen durch eine FAG-Förderung „plus.“ DK

Impulse für eine ...

(Fortsetzung von Seite 1) lungen durchgeführt, u.a. auch zur Online-Plattform CSU-Kreativ, wo individuelle Druckerzeugnisse online gestaltet und auf Wunsch einfach und bequem bestellt werden können.

Der CSU-General wies darauf hin, ein Paket für eine „Großstadtoffensive“ zu schnüren. Insgesamt sei das Bewerberumfeld auch im ländlichen Raum ausgezeichnet. Man habe phantastische Personalentscheidungen getroffen. Ziel sei es, die ganze Bandbreite der Volkspartei CSU – Jung und Alt, Frauen und Männer sowie unterschiedlichste Berufsgruppen – zum Ausdruck zu bringen. Dies mache den Geist der CSU aus. „Wir als CSU-Landesleitung zeigen hier das größtmögliche Engagement“, versprach Blume.

Jedes Thema hat kommunalpolitische Relevanz

„Es sind noch 234 Tage bis zum Tag der Kommunalwahl am 15.03.2020. Die Menschen müssen uns als Zukunftspartei wahrnehmen. Wir sind die Kommunalpartei in Bayern. Jedes Thema, das momentan bundespolitisch diskutiert wird – sei es Umweltschutz, ÖPNV, Energie, sozialer Wandel, Arbeitsplatzsicherung, Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungsmarkt oder die demografische Entwicklung – hat auch kommunalpolitische Relevanz“, stieß Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, ins gleiche Horn. In puncto Demografie bat er darum, die zunehmende Zahl an Senioren nicht als Problemfälle darzustellen. Mehrheitlich wollten die heute über 60-Jährigen nicht nur in Verbindung mit dem Thema

Pflege gebracht werden. Dies entspreche beileibe nicht ihrem Lebensgefühl.

Als „schlüssig und sachgerecht“ bezeichnete der Minister den Umstand, dass Wahlalter und Volljährigkeit Hand in Hand gehen. Dabei bezog er sich auf die Entscheidung des Bayerischen Landtags gegen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Der Gleichklang von Volljährigkeit und Wahlalter habe sich bewährt. In der ganzen Rechtsordnung sei der Eintritt der Volljährigkeit mit 18 Jahren eine deutliche Zäsur. Erst dann könne man Rechte und Pflichten eigenverantwortlich begründen und müsse die Folgen gegen sich wirken lassen.

Für Herrmann wäre es widersprüchlich, wenn jemand mit 16 Jahren selbstständig keinen Vertrag abschließen, aber über das Schicksal des Landes bestimmen kann. Ebenso widersprüchlich sei es, wenn dieser 16-Jährige im Stadtrat über Millionen zu entscheiden hätte, beim Kauf eines Mopeds aber die Einwilligung seiner Eltern einholen müsste. Die Mitverantwortung für politische Entscheidungen erfordere nun einmal ein gewisses Lebensalter und eine gewisse Lebenserfahrung.

Bayerns Kommunen sind phänomenal stark

Mit Blick auf den erneuten Rekordwert bei den kommunalen Steuereinnahmen, die zum ersten Mal auf mehr als 20 Milliarden Euro gestiegen sind, betonte Herrmann: „Bayerns Kommunen sind phänomenal stark, die allermeisten stärker denn je. Unsere Städte, Märkte und Gemeinden konnten ihre Einnahmen

im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 7,1 Prozent steigern. Damit ist ihre Finanzlage deutlich besser als in den meisten anderen Bundesländern.“ Dies versetze den Freistaat außerdem in die Lage, den finanzschwächeren Kommunen noch besser unter die Arme greifen zu können. „Die Finanzausgleichleistungen steigen auf die neue Rekordsumme von 9,97 Milliarden Euro und erhöhen sich so gegenüber dem Vorjahr um stattliche 436 Millionen Euro.“

Intensiver Bürgerdialog

Um in der Kommunalpolitik Zielkonflikte wahrnehmen zu können, brauche es einen intensiven Bürgerdialog, fuhr der Minister fort und nannte exemplarisch das Thema Flächenverbrauch. Statt Bevormundung kommunaler Entscheidungsträger durch starre Flächengrenzen auf Gemeindeebene setze die Staatsregierung auf gemeinschaftliche Lösungen und Überzeugung statt Verbote. Insgesamt werde ein sachgerechter Ausgleich zwischen der erforderlichen Reduzierung der Flächeninanspruchnahme einerseits und wichtigen weiteren Anliegen wie der Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse oder der Schaffung bezahlbaren Wohnraums andererseits erreicht. Das Paket sei der Einstieg in einen andauernden Prozess zur nachhaltigen Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Die Bayerische Staatsregierung ändere das Bayerische Landesplanungsgesetz und dessen Grundsatzkatalog mit dem Ziel, einen wesentlichen Beitrag zum Flächensparen zu leisten. Dazu wird Herrmann zufolge eine Ziel- und Richtgröße von fünf Hektar pro Tag für die erstmalige planerische Inanspruchnahme von

Kostenlose Eintrittskarten zur KOMMUNALE

GZ-Service für Kommunalvertreter

Am 16./17. Oktober findet in Nürnberg gemeinsam mit der Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags die KOMMUNALE statt – das Branchen-Highlight für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider. Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner der Messe Nürnberg. Wir laden unsere Leser sehr herzlich ein, uns an unserem Stand 9-137 zu besuchen.

Bitte benachrichtigen Sie uns einfach über news@gemeindezeitung.de. Sie erhalten Gutscheincodes für kostenfreien Eintritt auch für Ihre Kolleginnen und Kollegen. Machen Sie einen Betriebsausflug! □

Freiflächen im Außenbereich für Siedlungs- und Verkehrszwecke eingeführt. Bis spätestens 2030 soll das Fünf-Hektar-Ziel schrittweise erreicht werden.

Neben dem ehrenamtlichen Bürgerengagement, das laut Minister im Kommunalwahlkampf „wertgeschätzt“ werden muss, gelte es auch, Fragen der inneren Sicherheit ernst zu nehmen. So dürften Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Kommunalpolitikern in den sozialen Netzwerken nicht länger hingenommen werden, sondern müssten zur Anzeige gebracht und konsequent verfolgt werden.

Bayern ist sicherstes Bundesland

„Wir setzen auf eine starke und gut ausgerüstete Polizei“, unterstrich Herrmann. Bayern sei das sicherste aller Bundesländer und weise die niedrigste Kriminalitätsrate auf. Bereits jetzt habe man mit rund 43.000 Stellen den höchsten Stellenbestand aller Zeiten erreicht. Dieser Weg werde konsequent fortgesetzt. „Allein heuer können wir rund 1.700 Neueinstellungen vornehmen, ein Wert auf Spitzeniveau“, kündigte Herrmann an. Grundlage seien die 3.500 zusätzlichen Polizeistellen, die die Bayerische Staatsregierung für den Zeitraum von 2017 bis 2023 beschlossen hat. „Damit schaffen wir beste Voraussetzungen dafür, dass Bayern bei der Inneren Sicherheit auch in Zukunft eine Spitzenstellung einnehmen wird.“

Zu hoher Zustrom an Flüchtlingen

Was das Thema Flüchtlinge angeht, attestierte der Minister einen „immer noch zu hohen Zustrom“. Im ersten Halbjahr 2019 wurden in Bayern etwa mehr als 9.000 Asylbeanträge gestellt; gleichzeitig haben über 7.000 Flüchtlinge das Land verlassen.

Deutliche Veränderungen sind bei der Herkunft der Flüchtlinge zu verzeichnen – immer mehr kommen inzwischen aus Schwarzafrika. Herrmann zufolge „werden die dortigen Probleme nicht wirklich dadurch gelöst, dass wir irgendeinen Prozentsatz von Afrikanern nach Europa holen. Vielmehr müssen wir durch konkrete Entwicklungshilfen des Bundes dafür sorgen, dass die junge afrikanische Generation in ihrer Heimat Zukunftsperspektiven hat.“ Kommunale Unterstützung – siehe das Projekt Schulen für Afrika aus dem Donau-Ries – sei hier natürlich ausdrücklich erwünscht, betonte der Minister abschließend. DK

Südschiene neu belebt ...

(Fortsetzung von Seite 1) Speicher (Batteriezellfertigung) im Rahmen eines IPCEI (Important Projects of Common European Interest) verhandeln. Auch die industrielle Demontage und das Recycling von Batterien und Batteriezellen müssten intensiviert werden.

Baden-Württemberg und Bayern sind sich einig, dass die Transformation der Automobilwirtschaft und der Strukturwandel im Mobilitätsbereich des Bayerischen Landtags an eine Schülergruppe des Bamberger Franz-Ludwig-Gymnasiums. Die Jugendlichen hatten beim Schülerlandeswettbewerb „Erinnerungszeichen“, der diesmal das Leitthema „100 Jahre Freistaat Bayern“ hatte, zwei Filme über die Bamberger Verfassung produziert. Darin haben die jungen Regisseure und Historiker die Ereignisse in ihrer Heimatstadt im Jahr 1919 aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Sonderpreis des Bayerischen Landtags

Während des Festaktes verlieh Ilse Aigner den Sonderpreis des Bayerischen Landtags an eine Schülergruppe des Bamberger Franz-Ludwig-Gymnasiums. Die Jugendlichen hatten beim Schülerlandeswettbewerb „Erinnerungszeichen“, der diesmal das Leitthema „100 Jahre Freistaat Bayern“ hatte, zwei Filme über die Bamberger Verfassung produziert. Darin haben die jungen Regisseure und Historiker die Ereignisse in ihrer Heimatstadt im Jahr 1919 aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Spielfilm zum Jubiläum

Eine fünfminütige Dokumentation zeichnet zunächst die revolutionären Vorgänge in München nach und schildert den Umzug des Bayerischen Landtags und der Regierung nach Bamberg. In einem 30-minütigen Spielfilm haben sich die Schülerinnen und Schüler mit den Reaktionen der Bamberger Bevölkerung auf den Umzug der „Münchner“ nach Oberfranken auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt der Geschichte steht der Gegensatz zwischen der unruhigen Landeshauptstadt und dem beschaulichen Bamberg.

Feierlicher Abschluss des Festaktes war der Auftritt der Bamberger Symphoniker unter der Leitung ihres Chefdirigenten Jakub Hrůša, die drei Sätze aus Bedřich Smetanas Zyklus „Mein Vaterland“ aufführten. □

Gemeinsamer Ausbau des SPNV

Baden-Württemberg und Bayern sind darüber hinaus entschlossen, gemeinsam den länderübergreifenden Schienenpersonennahverkehr als Rückgrat der öffentlichen Mobilität auszubauen. Beide Regierungen unterstützen das Projekt Region S-Bahn Donau-Ille und finanzieren jeweils ein Sechstel der Kosten der von der Region durchzuführenden Nutzen-Kosten-Untersuchung.

Auch die laufenden Untersu-

chungen zur S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim sollen vorangetrieben werden.

Bekräftigt wurden außerdem grenzüberschreitende Kooperationen zum Erhalt der biologischen Vielfalt, des Moorschutzes und des Klimaschutzes. Um den Gewässerschutz zu intensivieren, wurde bereits eine Flussarbeitsgemeinschaft Donau gegründet und erstmals wird ein gemeinsamer Bewirtschaftungsplan für das deutsche Donau-Einzugsgebiet erstellt. Eine engere Zusammenarbeit vereinbarte der Südwesten auch bei der Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen sowie wichtiger Innovationsfelder für das Bauen mit Holz.

Ausbau der Übertragungsnetze

Für den Erfolg der Energiewende seien unter anderem der Ausbau der Übertragungsnetze von Norden nach Süden, wie SuedLink und SuedOstLink, unverzichtbar, hieß es weiter. Beide Regierungen setzen sich zudem unter anderem für einen beschleunigten Ausbau des 65-%-Ziels der Bundesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Der 52-Gigawatt-Deckel für die Photovoltaik, bei dessen Erreichen die Förderung nach aktueller Gesetzeslage abrupt enden würde, wirke sich zunehmend negativ auf Investitionsentscheidungen in Photovoltaikanlagen aus. Er müsse deshalb schnell abgeschlossen werden.

Wichtig sei auch, einen regional ausgewogenen Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten, weshalb der Bund die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte regionale Steuerung dieses Ausbaus durch einen gesicherten Mindestanteil für die Ausschreibun-

gen im Süden Deutschland zügig umsetzen müsse. Einigkeit besteht zudem darüber, dass der Energieträger Gas auch in einem auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem eine wichtige Rolle spielen kann. Gas und die Speicherleistung der Gasinfrastruktur sind aus Ländersicht ein wichtiger Baustein für eine planbare, versorgungssichere und sektorenübergreifende Defossilisierung. Bayern und Baden-Württemberg sehen diesbezüglich auch im Energieträger Wasserstoff große Potenziale für die Zukunft.

Verstärkter Austausch und die Vernetzung im Bereich der Künstlichen Intelligenz

Die beiden Länder vereinbarten zudem einen verstärkten Austausch und die Vernetzung im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Bio- und Gesundheitsdaten oder auch Daten beispielsweise im Bereich der Materialwissenschaften sollen durch gemeinsame Datenpools ausgetauscht und verstärkt Kooperationen im Bereich des autonomen Fahrens auf den Weg gebracht werden. Der gegenseitige Wissensaustausch solle im Bereich von Cybersicherheit vorangetrieben werden.

„Wir haben heute die Südschiene neu belebt. Der Süden ist das ‚Leistungs-Herz‘ Deutschlands. Wir brauchen Zusammenarbeit, wo Länder Spitzenkompetenzen aufweisen“, erklärte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Sein baden-württembergischer Amtskollege Winfried Kretschmann zeigte sich überzeugt: „Baden-Württemberg und Bayern sind wirtschaftliche Lokomotiven und führende Industrie- und Innovationsregionen. Uns verbinden viele Zukunftsthemen, bei denen wir gemeinsam punkten werden.“ DK

Städtebauförderprogramm.

„Stadtumbau“ unterstützt bayerische Kommunen

Recycling gibt es nicht nur für Produkte, sondern auch in der Stadtplanung. Viele Orte in Bayern sind im Umbruch, es gibt brachliegende Flächen von ehemaligen Gewerbe- oder Industrieanlagen. Auch Flächen von ehemaliger militärischer Nutzung liegen brach. Genau hier setzen Bund und Freistaat mit dem Städtebauförderprogramm „Stadtumbau“ an. Mit der Förderung sollen Stadt- und Ortsmitten aufgewertet, städtische Infrastruktur baulich angepasst und Gebäude mit baukultureller Bedeutung erhalten werden.

Bayerns Bauminister Hans Reichhart: „Unser Ziel ist es, Flächen neu zu beleben und die Innenentwicklung von Bayerns Städten und Gemeinden zu fördern. In diesem Jahr können wir 130 Gemeinden in ganz Bayern mit rund 61 Millionen Euro von Bund und Freistaat unterstützen. Zusammen

mit den Mitteln der Kommunen stehen damit rund 84 Millionen Euro zur Verfügung.“

Stadt- und Ortsmitten aufwerten

Dank der Städtebaufördermittel kann dieses Jahr beispiels-

weise die „Alte Bleiche“ in Altmühlstadt a.d. Iller im Regierungsbezirk Schwaben revitalisiert werden. Das historische Baudenkmal gehört zu Ensemble einer ehemaligen jüdischen Siedlung und soll in kommunaler Verantwortung mit neuem Leben gefüllt werden. Die Städtebauförderung beteiligt sich an der Revitalisierung zusätzlich mit Mitteln der Förderinitiative „Innen statt Außen“. In der Stadt Selb in Oberfranken bekommt das ehemalige Kinocenter eine Zukunft. Der Komplex soll künftig als „kommunales Kino“ und sozialer Treffpunkt mit Designcafé für Menschen jeglichen Alters dienen.

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Fulminantes Geschäftsjahr 2018

„So etwas wie den Eintritt in eine neue Dimension“ stellt laut CEO Dr. Roland Fleck das Geschäftsjahr 2018 der NürnbergMesse Group dar. Wie Fleck bei der Bilanzpressekonferenz betonte, freue man sich über ein Rekordjahr – sowohl bei den Veranstaltungskennzahlen wie Ausstellern, Besuchern und Nettofläche als auch bei den Finanzkennzahlen.

Das Geschäftsjahr 2018 weist einen Umsatz von 315,1 Millionen Euro aus (53,3 % mehr als 2017), was einer Steigerung von 9,4 Prozent in Relation zum turnusbedingt vergleichbaren Geschäftsjahr 2016 bedeutet. Der Gewinn beträgt 28 Millionen Euro und das EBITDA beläuft sich auf 67,9 Millionen Euro. Finanzkennzahlen, denen grandiose Veranstaltungsrekorde zugrunde liegen: über 35.000 Aussteller, mehr als 1,5 Millionen Besucher und über 1,2 Millionen Quadratmeter Netto-Ausstellungsfläche.

Wirft man einen zweiten Blick auf die Zahlen, so wird Fleck zufolge deutlich, dass gerade auch die Anteile ausländischer Aussteller und Besucher weiter zunehmen – „ein Zeichen, das für die globale Attraktivität unserer Messeformate spricht“. Mit einem Anteil von 44 Prozent ausländischen

Ausstellern liege man auf einem beachtlichen Level.

Wie Flecks CEO-Kollege Peter Ottmann berichtete, verstärkt mit FORUM SA der griechische Marktführer künftig als größte internationale Tochtergesellschaft die NürnbergMesse Group. Die gesteckten Ziele im Rahmen der Unternehmensstrategie werden damit, so die CEOs, bereits zwei Jahre früher als geplant erreicht. Dieser große Schritt verleihe den nötigen Schwung, um die nächsten Kapitel in der Erfolgsgeschichte der NürnbergMesse anzugehen.

Strategisch eröffne der Einstieg bei der griechischen Nummer 1 ein Veranstaltungsportfolio, das hervorragend mit Nürnberger Leitmesen korrespondiert. Zudem böten sich vor Ort in Athen – neben dem griechischen Portfolio – beste Marktentwicklungschancen in Richtung Italien, Balkan und des

gesamten Mittelmeerraumes. Insgesamt wächst damit das internationale Veranstaltungsportfolio innerhalb der NürnbergMesse Group ungebremst dynamisch auf 75 Fachmessen und bietet dank der eingeschlagenen Produktfamilienstrategie des Unternehmens noch erhebliches weiteres Wachstumspotenzial.

Gesundes Wachstum

Auf hohem Niveau entwickelt sich auch die NürnbergMesse GmbH weiter. Hier betrug der Umsatz 2018 rund 270,3 Mio. Euro (2017: 168,0 Mio. Euro; 2016: 240,8 Mio. Euro). Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss von 28,2 Mio. Euro (2017: -6,6 Mio. Euro; 2016: 13,5 Mio. Euro) und das EBITDA betrug 65,5 Mio. Euro (2017: 16,2 Mio. Euro; 2016: 52,3 Mio. Euro). Mit Blick auf die Umsatzrendite der GmbH bedeutet dies Fleck zufolge, dass die NürnbergMesse GmbH 2018 eine der profitabelsten Messegesellschaften Deutschlands war. Dies sei dem Turnus der erfolgreichen Eigen- und Partnerveranstaltungen sowie dem Thema „NürnbergConvention“ geschuldet. „Dennoch unterstreicht es, dass wir gesund wachsen und bei der NürnbergMesse Umsatz- und Ertragssteigerungen Hand in Hand gehen.“

Neue Halle 3C als echter Gewinn

Eine strategisch wichtige Rolle spielt die erstmals Ende 2018 in den Hallenablauf integrierte neue Halle 3C. Wie Roland Fleck erläuterte, „stellt sie mit rund 70 Millionen Euro nicht nur für uns die größte Einzelinvestition bisher dar, sondern ist für unsere Aussteller und Besucher ein echter Gewinn“. Sie schätzten die attraktive Mischung aus modernem Äußeren, High-Tech in der Ausstattung und Nachhaltigkeit des Konzepts.

„Dieser Dreiklang ist es auch, der uns von vergleichbaren, funktionalen Hallen in Deutschland und weltweit abhebt und damit unsere Unternehmens-Zukunftsformel – nämlich vor allem die Punkte ‚Menschen vernetzen‘ und ‚Erlebnisse gestalten‘ – hervorragend veranschaulicht. Die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen hat uns als weltweit erster Messehalle sogar das höchste Prädikat ‚Platin‘ verliehen und dies unterstreicht: Die Halle 3C wird sehr gut vom Markt angenommen“, stellte Fleck fest.

Für CEO Ottmann ist damit klar: „Ausgehend von 2018 als erfolgreichstem Geschäftsjahr der Unternehmensgeschichte setzen wir auch 2019 die dynamische Entwicklung fort und erwarten einen Konzernumsatz von über 270 Mio. Euro, wovon 215 Millionen Euro auf die GmbH entfallen.“ DK

Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat: „Der Bund ist und bleibt ein verlässlicher Partner an der Seite der Länder und Kommunen: auch 2019 stellen wir knapp eine Milliarde Euro an Bundesfinanzhilfen für die städtebauliche Förderung zur Verfügung. Darüber hinaus fokussieren wir 2019 unsere Unterstützung stärker auf den Erhalt und die Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen sowie die Nutzung innerörtlicher Brachflächen für den Wohnungsbau. Damit leisten wir einen Beitrag zur Innenentwicklung und zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Gleichzeitig setzen wir so ein Ergebnis des Wohnungsgipfels um. Die Schaffung von neuem Wohnraum muss immer auch mit einer attraktiven Umfeldgestaltung und guten Infrastrukturen einhergehen.“

Der Bund als verlässlicher Partner

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen auch in diesem Jahr mit Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung in Höhe von 790 Millionen Euro. Die Städtebauförderprogramme „Soziale Stadt“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Stadtumbau“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Kleinere Städte und Gemeinden“ und „Zukunft Stadtgrün“ werden auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt.

Hinzu kommt der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ mit 200 Millionen Euro Programm-Mitteln des Bundes, mit dem die Kommunen den wichtigen Ausbau und die Sanierung ihrer sozialen Infrastruktur vorantreiben können. Die Bundesmittel sind Teil der Förderung, die die Kommunen vom Land erhalten. □

Kunstmyster Sibler:

Mittel für historische Baudenkmäler

Mit Mitteln aus dem Entschädigungsfonds werden aktuell drei historische Baudenkmäler in Bayern bedacht. Der Fonds wird vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verwaltet und gemeinsam vom Freistaat und den Kommunen getragen. Die Maßnahme ist mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt und wird von diesem fachlich begleitet.

Wie Kunstmyster Bernd Sibler in München bekannt gab, wird die Sanierung des ehemals herzoglichen Getreidekastens in Wasserburg am Inn mit 756.000 Euro aus dem Entschädigungsfonds unterstützt. „Der ehemalige Getreidespeicher ist bis heute ein eindrucksvolles Wahrzeichen und Teil des Wasserburger Altstadtensembles. Der historische Bau weist inzwischen nur noch selten erhaltene Merkmale der Baukunst des 16. Jahrhunderts auf. Mit diesem historischen Gebäude bewahren wir einen kostbaren Schatz unserer Geschichte, Kultur und Identität“, betonte der Minister. Der mit seinen drei Stockwerken stattliche Satteldachbau stammt aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Bis heute ist ein Großteil des historischen Putzes erhalten.

Ebenfalls gefördert wird mit 280.000 Euro die Sanierung des Pfarrhauses und -stadels Eichlberg im Landkreis Regensburg. Die Wallfahrt zur Heiligen Dreifaltigkeit nach Eichlberg ist Sibler zufolge in der Region weit verbreitet und besitzt hohe Symbolkraft. Die Kirche und die zum Pfarrhof zugehörigen Gebäude bilden ein beachtliches Anwesen und prägen das Erscheinungsbild des Wallfahrtsortes maßgeblich. Als wertvolles Zeugnis unserer Kultur und Tradition gilt es, dieses zu bewahren.

Gemeinsam bilden die Gebäude eine eindrucksvolle Gesamtanlage zeitgenössischer Baukunst. Das Pfarrhaus hat bis heute sein äußeres wie inneres Erscheinungsbild weitgehend bewahrt. Um es künftig als Karmelitenkloster nutzen zu können, sind Reparaturen des Dachs, der Fassade, Decken und Böden nötig. Deutliche Spuren hat der Zahn der Zeit am Stadel hinterlassen.

Mit 280.000 Euro wird schließlich die Sanierung der Festung Wülzburg in Weißenburg unterstützt. „Die Wülzburg ist ein Musterbeispiel für moderne Architektur und Ingenieurskunst des 16. Jahrhunderts. Die Errichtung einer Festung in Form eines Pentagons war zu dieser Zeit in Deutschland revolutionär. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir diesen in Deutschland einzigartigen architektonischen Schatz mit Mitteln aus dem Entschädigungsfonds instandsetzen können“, erklärte der Minister.

Hierbei wird u.a. schadhaftes Mauerwerk abschnittsweise saniert. Die Verzahnungen von äußerer und innerer Mauerwerkschale werden wiederhergestellt und Plattformen sowie Bastionen gegen Oberflächenwasser abgedichtet. Außerdem werden die Mauerkrone repariert und fehlende Abdecksteine erneuert. DK



V.l.: Edmund Ferstl (stv. Vorsitzender des Gutachterausschusses), Abteilungsleiterin Karola Mayer, Landrat Martin Wolf, Kreisbaumeister Gunther-F.-L. Hasse (Vorsitzender des Gutachterausschusses) und Anita Eisenmann (Geschäftsstelle Gutachterausschuss). Bild: Ostler

Neue Bodenrichtwertliste für den Landkreis Pfaffenhofen

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Bereich des Landkreises Pfaffenhofen hat in seiner jüngsten Sitzung die neue Bodenrichtwertliste beschlossen. Bodenrichtwerte sind durchschnittliche Lagewerte für den Quadratmeter unbebauter Grundstücksflächen, die im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse haben.

Grundlage für die Ermittlung für Bodenrichtwerte ist die in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses geführte Kaufpreissammlung. Sie stellt keine Prognose dar, sondern gibt das Kaufverhalten der zurückliegenden zwei Jahre wieder.

Die Bodenrichtwertliste wird gemäß BauGB alle zwei Jahre aktualisiert. Für die Städte Pfaffenhofen, Geisenfeld und Vohburg, für die Märkte Hohenwart und Manching sowie neu für den Markt Reichertshofen wurden Zonenkarten weiter differenziert. Das bedeutet, dass die Richtwer-

te für einzelne Ortsbereiche ausgewiesen werden. „Grundsätzlich lässt sich ein Anstieg der Bodenrichtwerte für baureifes Wohnbauland sowie für gemischte Bauflächen feststellen. Die Entwicklung der Bodenrichtwerte fällt in den einzelnen Gemeinden und Ortsteilen sehr unterschiedlich aus. Die Bodenrichtwerte für baureife gewerbliche Flächen sind mehrheitlich gestiegen. Auch bei den landwirtschaftlichen Flächen ist grundsätzlich ein Anstieg festzustellen“, so der Vorsitzende des Gutachterausschusses Gunther-F.-L. Hasse. □

NÜRNBERG 2019

KOMMUNALE

11. BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS

ME SSEZENTRUM NÜRNBERG

16. – 17.10.2019

KOMMUNALER BEDARF
AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

- Größte Fachmesse mit rund 400 Ausstellern
- Kommunales Angebotsportfolio einzigartig in Deutschland
- Wertvolle Kombination aus Messe, Kongress, Fachforen und Netzwerkplattform
- Innovative IT-Themen im Fokus
- Garantiert dienstreisefähig!

Follow us on Twitter!
twitter.com/kommunale

JETZT TICKETS SICHERN!
kommunale.de/komm2019



NÜRNBERG MESSE

Denkmalschutzmedaille 2018:

Sichtbare Geschichte erhalten

Fünf Bürgermeister in München ausgezeichnet

Gemeinsam mit Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil hat Bayerns Kunstminister Bernd Sibler in der Alten Münze in München an 25 Persönlichkeiten und Institutionen, die sich um Bau- oder Bodendenkmäler im Freistaat verdient gemacht haben, die Denkmalschutzmedaille 2018 verliehen. Unter den Ausgezeichneten befinden sich auch fünf Erste Bürgermeister.

Vorschläge für die Auszeichnung mit der Denkmalschutzmedaille machen die Regierungen, Bezirke, Landkreise und Kirchen im Freistaat sowie der Bayerische Landesverein für Heimatpflege und das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege. In diesem Jahr sind mehr als 100 Vorschläge eingegangen.

Denkmäler als kostbarer Schatz unserer Kultur

„Unsere Denkmäler geben unserer Heimat ihr unverwechselbares Gesicht! Sie sind ein kostbarer Schatz unserer Kultur. Sie prägen unsere Identität in ganz besonderer Weise. Sie zu erhalten und zu pflegen heißt, das Gesteir zu bewahren, es für die Zukunft sichtbar zu machen und Altes und Neues in einzigartiger Weise zu verbinden“, betonte Sibler und ergänzte: „Mit ihrem Einsatz helfen die Preisträgerinnen und Preisträger mit, Kultur lebendig zu halten, Baudenkmäler mit Leben zu füllen und Bodendenkmäler vor dem Vergessen zu bewahren. Ich danke Ihnen für Ihren außerordentlichen Einsatz für die bayerische Denkmalpflege!“

Auch Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil dankte den Preisträgern und lobte: „Altes zu bewahren und es mit unseren heutigen Vorstellungen in Einklang zu bringen, ist nicht immer leicht – wie gut dies aber gelingen kann, zeigen die Trägerinnen und Träger der Denkmalschutzmedaille. Ihr sensibler Umgang mit der historischen Substanz, mit den Zeugnissen der Vergangenheit, hat Vorbildcharakter.“

Rathaus Kinsau

Für die Instandsetzung des alten Pfarrhofs und Umnutzung zum Rathaus Kinsau, Landkreis Landsberg am Lech, wurde 1. Bürgermeister Marco Dollinger ausgezeichnet. Auch heute noch an zentraler Stelle über dem Ort gelegen, bildet der 1735 entstandene Pfarrhof mit der benachbarten Pfarrkirche ein eindrucksvolles Beispiel für den architektur- und religionsgeschichtlichen Anspruch der Barockzeit im sogenannten Pfaffenwinkel. Das Gebäude verlor mit der Zeit jedoch etwas an Glanz – mehrere Jahre des Leerstands setzten ihm zuletzt ziemlich zu.

Auf Initiative von Bürgermeister Marco Dollinger wurde mit Mitteln aus dem Entschädigungsfonds eine aufwändige Gesamtinstandsetzung des alten Pfarrhofs durchgeführt. Schäden an Mauer- und Dachwerk wurden repariert; die Innenräume behutsam restauriert. Trotz der jahrelangen Vernachlässigung des Baudenkmals konnte so ein Großteil der wertvollen bauzeitlichen Ausstattung erhalten werden. Mit der Instandsetzung gingen zugleich die Umnutzung des alten Pfarrhofs zum Rathaus und damit die Wiederbelebung des bedeutenden Baudenkmals einher.

Wittelsbacher Schloss

Erster Bürgermeister Roland Eichmann und Baureferent Carlo Haupt erhielten für die Instandsetzung des Wittelsbacher Schlosses im schwäbischen Friedberg die Denkmalschutzmedaille. 2006 kaufte die Stadt Friedberg vom Freistaat Bayern das dringend sanierungsbedürftige Wittelsbacher Schloss: Sie wollte es den Bürgern Friedbergs weiterhin als Museum und künftig, im Rahmen von Veranstaltungen, auch als „Bürgerschloss“ zugänglich machen. 2015 begannen die umfassenden Instandsetzungsmaßnahmen am Schloss: von der Dacheindeckung über die Instandsetzung des gesamten Dachtragwerks bis hin zur Fassadengestaltung. Seit Oktober 2018 wird das Schloss nun für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen genutzt.

Das Museum Wittelsbacher Schloss zu Archäologie, Schloss und Stadtgeschichte sowie zu Friedberger Uhren soll 2019 öffnen. Baureferent Carlo Haupt hat das Projekt von Anfang an begleitet und sich dabei auch gegen politische Widerstände durchsetzen müssen.

Schulhaus in Dinkelscherben

Für ihre Verdienste, das ehemalige Schulhaus im Markt Dinkelscherben, Landkreis Augsburg, wieder instandgesetzt zu haben, wurden Erster Bürgermeister Edgar Kalb und die ehrenamtlichen Helfer Alfons Frey, Bernhard Bittracher und Karl Schropp geehrt.

Das ehemalige Schulhaus in Dinkelscherben-Ried ist ein Vor-

zeigebeispiel für den Schulhausbau auf dem Land im frühen 20. Jahrhundert. Dass es gelungen ist, dem ehemaligen Schulhaus wieder dauerhaft eine Nutzung durch örtliche Vereine und Gruppen zu geben und dadurch diesen Ortsmittelpunkt lebendig zu halten, ist dem hartnäckigen Einsatz und dem enormen bürgerschaftlichen Engagement zu verdanken.

An den Fassaden wurden historische Putze aus der Bauzeit, wo es möglich war, erhalten; die Kastenfenster und Fensterläden repariert. Das Walmdach wurde nach historischem Vorbild neu eingedeckt. Wandbemalungen aus der Bauzeit wurden freigelegt und rekonstruiert; Türen, Treppen und historische Böden konnten erhalten und restauriert werden – all diese historischen Details verleihen dem Gebäude seinen besonderen Charme.

„Schleuse 94“ in Eggolsheim

In Eggolsheim (Landkreis Forchheim) haben Gemeinde und ehrenamtlich engagierte Bürger gemeinsam die sogenannte Schleuse 94 des Ludwig-Donau-Main-Kanals instand gesetzt. Ebenfalls mit der Denkmalschutzmedaille gewürdigt wurden deshalb Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann und Stefan Pfister und Fritz Sitzmann für den Förderverein Schleuse 94 e.V.

Die „Schleuse 94“ ist eine von ehemals 100 Schleusen entlang des im 19. Jahrhundert zwischen Kelheim und Bamberg errichteten Kanals. 2007 nahm Rathauschef Schwarzmann die In-

50 Jahre Freilichtmuseum Massing:

Spannende Zeitreise

Für ein halbes Jahrhundert wertvoller Geschichtsvermittlung steht das Freilichtmuseum Massing, das seinen Festtag kürzlich mit einem bunten Rahmenprogramm feierte. 1969 als „Niederbayerisches Bauernhofmuseum Massing“ eröffnet, ist es eines der ältesten seiner Art im Freistaat. Weit mehr als 1 Million Besucher haben seither den Weg dorthin gefunden.

Vor 50 Jahren wurde der Schusteröderhof – ursprünglich einen Kilometer entfernt beheimatet – am 22. Juni offiziell als erstes Heimatmuseum eröffnet.

Mit fast 50 Tagwerk war dies früher ein großer Hof. Durch Modernisierung, Mechanisierung, Spezialisierung und den damit einhergehenden Druck zur Betriebsvergrößerung der 1960er Jahre begann sich die bäuerliche Kulturlandschaft stark zu verändern. Um besondere Gebäude und damit die Tradition zu be-

standsetzung der Schleuse mit Unterstützung des LEADER-Programms in Angriff. Unterstützung bekam der Markt Eggolsheim dabei von dem 2009 gegründeten Förderverein Schleuse 94 e. V. Die Sandsteinquader, aus denen die Schleusenkammer erbaut ist, wurden einer sorgfältigen restauratorischen Konservierung unterzogen; die verlorengegangenen Schleusentore nach historischem Vorbild nachgebaut. Erneuert ist auch die Brücke, die einst über die Schleuse führte. Der aus Stahl errichtete Bau orientiert sich an der Form seines historischen Vorgängers.

Rathaus in Sommerhausen

Seit über 450 Jahren wird das Rathaus in Sommerhausen (Landkreis Würzburg) als Verwaltungs- und Begegnungszentrum der Bürgerschaft genutzt. Der 1558 erbaute, repräsentative Bau entstand am Übergang von Gotik zu Renaissance und stellt ein Denkmal von landesweiter Bedeutung dar: Neben dem historischen Grundriss hat sich die umfangreiche und in dieser Dichte nur selten überlieferte Ausstattung erhalten. Für die Instandsetzung des Rathauses – das bauzeitliche Dachwerk war akut einsturzgefährdet – wurde Erster Bürgermeister Fritz Steinmann ausgezeichnet.

Nach einer vorbildlichen Restaurierung wird das historische Rathaus heute wieder für Gemeinderatssitzungen, Trauungen und Empfänge genutzt. Die historische Ratsbibliothek und das Gemeindearchiv wurden klimatisch und sicherheitstechnisch auf den Stand der Zeit gebracht und dadurch die wertvollen historischen Zeugnisse für spätere Generationen gesichert.

DK



ERLUS-Vorstand Peter Hoffmann, stellvertretender bayerischer Ministerpräsident Hubert Aiwanger, Bürgermeister Peter Forstner und Leiter Vertrieb und Marketing Guido Hörer (v.l.). Bild: ERLUS AG

Nachhaltigkeit im Visier

ERLUS präsentierte bei Energieschau photokatalytisch aktive Tondachziegel

Stickoxide beeinträchtigen die Lebensqualität der Bürger vieler Städte. Der Grenzwert von 40 µg/m³ wird in einigen Städten deutlich überschritten. Ansätze, die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu reduzieren, gibt es viele. Laut ERLUS-Vorstand Peter Hoffmann wirken die meisten, wie z.B. die Elektromobilität, aber nur langfristig, „teilweise wohl erst in 20 bis 30 Jahren“.

Damit bleiben den betroffenen Städten nach derzeitigem Stand nur Fahrverbote, die politisch aber gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen sind. Dabei gibt es längst Alternativen: Dach- und Oberflächen für luftreinigende Baustoffe existieren in den dicht bebauten Städten reichlich. Und diese können sehr effektiv genutzt werden.

Mit den drei Produktparten Dach, Schornstein und Lüftung präsentierte sich die ERLUS AG auf der Energie- und Wirtschaftsschau in Neufahrn in Niederbayern. Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger zeigte sich beim Besuch des ERLUS-Ausstellungsstands ins-

besondere an dem neuen Dachziegelmodell ERLUS Lotus air® interessiert, das Luft reinigend wirkt.

Vorstand Peter Hoffmann sowie Vertriebs- und Marketingleiter Guido Hörer erläuterten die Vorzüge des Dachziegels, der eine marktfähige Baustofflösung zur nachhaltigen Stickoxidreduzierung in Ballungsräumen darstellt, ohne dass es dadurch im Stadtbild zu Änderungen kommen muss. Die mit Titandioxid beschichteten Baustoffe sind bei Sonnenlicht in der Lage, Stickoxid in der Luft aktiv abzubauen. Neben Betonflächen, Pflastersteinen und Fahrbahndecken, Farben, Fliesen, Solarmodulen oder Fensterscheiben kann nun auch die mit ERLUS Lotus air® beschichtete Dachfläche einen Beitrag zu sauberer Luft in den Ballungsräumen leisten.

Stickoxidbelastung reduzieren

Im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts „PureBau“ - Untersuchung von Werkstoffsystemen für photokatalytisch hoch-effiziente Baustoffe“ wurden mit ERLUS Lotus air® beschichtete Dachziegel durch das Fraunhofer-Institut für Schicht- und Oberflächentechnik (IST) in Braunschweig getestet. Mit einem Wert von ca. 1,1 cm/s für die Depositionsgeschwindigkeit (Geschwindigkeit, mit der Gase auf Oberflächen abgesetzt und damit aus der Luft entfernt werden) liegen die Stickoxidabbauwerte der beschichteten Dachziegel etwa viermal so hoch, wie sie für einen vernünftigen Einsatz in der Praxis notwendig wären.

„Durch gezielte Ausschreibungsvorgaben oder Fördermöglichkeiten für den Bau oder die Sanierung öffentlicher Gebäude könnten Städte den Einsatz photokatalytischer aktiver Baustoffe bereits heute nachhaltig fördern“, betonte Hoffmann.

Die ERLUS AG bietet im Bereich Schornstein Montage- und geschosshohe Systeme an. Die Schornsteinsysteme sind auch für nachwachsende Rohstoffe wie beispielsweise die von Minister Aiwanger beim Rundgang auf der Energieschau favorisierten Pelletheizungen geeignet.

Für reine Luft im Haus sorgt das Lüftungsnetzwerk Via Ventio S, das für die Komfortlüftung von Einfamilienhäusern geeignet ist. Der vertikale Schacht ist besonders schmal und passt in jede 17,5 cm starke Wand. Das Lüftungsnetzwerk ist mit jedem handelsüblichen Lüftungszentralgerät kompatibel und auch selbst leicht zu reinigen.

DK

Alltagsleben mit allen Sinnen erlebbar

Wie Kunstminister Bernd Sibler bei der Jubiläumsfeier betonte, „wird beim Gang durch die historischen Bauernhäuser und -höfe das Alltagsleben unserer Vorfahren mit allen Sinnen erlebbar. Die historischen Gebäude nehmen uns mit auf eine Zeitreise und führen uns vor Augen, wie tiefgreifend der gesellschaftliche Wandel der vergangenen 150 Jahre war. Dieses Museum gibt ein wertvolles Zeugnis vom ‚Damals‘ und hilft uns damit, unser ‚Heute‘ besser zu verstehen. Hier finden wir unsere Wurzeln, hier begegnen wir unserer Identität. Museen wie dieses für die Zukunft zu bewahren, ist mir ein echtes Anliegen.“

Bereits 2007 wurde das Freilichtmuseum Massing mit dem Sonderpreis des Bayerischen Museums für sein vorbildliches Museumsdepot ausgezeichnet. Geöffnet ist es von Mitte März bis Ende Oktober.

KI

Wertvolle Pionierarbeit

Inzwischen gibt es in Niederbayern auch in Finsterau und Tittling Freilichtmuseen und einige mehr in ganz Bayern. Doch Massing leistete Pionierarbeit. Wegen der vielen Höfe, umfangreichen Sammlungen, Sonderausstellungen, Erlebnis und Bildungsprogramme ist das Museum sehr attraktiv. Getragen wird es von einem kommunalen Zweckverband, dem neben dem Bezirk Niederbayern die Landkreise Rottal-Inn und Freyung-Grafenau sowie die Marktgemeinden Massing und Mauth angehören. Der Verband ist auch Träger des Freilichtmuseums Finsterau im Bayerischen Wald.

Von einem Heimatmuseum, mit Leidenschaft gegründet und lange Zeit von bürgerlichem En-

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten.

Truhändischer Grundriss
Städtebauliches Projektmanagement
Finanzierung
Baumodell
Erschließungsträgerschaft
Diensteistung

Bayern Grund

IHR STARKER PARTNER RUND UM DIE KOMMUNALE IMMOBILIENENTWICKLUNG

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten (inkl. Wohnungsbau)

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale

... wussten Sie auch?

Wir sind 2019 auf der Kommunale in Nürnberg. Besuchen Sie uns an unserem Stand, für ein persönliches Gespräch. Wir freuen uns auf Sie. Ihre BayernGrund

Am 16. - 17. Oktober in Nürnberg Die Fachmesse für Kommunalbedarf

Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“:

Starke Unterstützung für Bayerns Baukultur

37 Millionen Euro für Erhalt historischer Stadt- und Ortskerne in Bayern / Nachhaltige Investition in 69 bayerische Städte und Gemeinden

Der Freistaat Bayern nimmt viel Geld in die Hand und investiert in den ‚Städtebaulichen Denkmalschutz‘. Mit 24 von insgesamt 37 Millionen Euro unterstützt der Freistaat gemeinsam mit dem Bund dieses Jahr Projekte in insgesamt 69 bayerischen Kommunen. Dank Förderung können die Kommunen ihre historischen Altstädte und Ortskerne erhalten und modernisieren.

„Baukultur ist Identität. Baukultur ist das, was unsere Stadt- und Ortskerne ausmacht. Gerade in Zeiten des stetigen Wandels müssen wir umso mehr unsere historischen bayerischen Städte und Ortschaften bewahren und gleichzeitig lebendig gestalten“, so Bauminister Dr. Hans Reichhart. Neben der Förderung kommunaler Maßnahmen können auch private Bauherren von den Kommunen unterstützt werden. Reichhart: „Wer sein Denkmal pflegt und historisches Erbe für die nachkommenden Generationen erhält, schafft etwas für das Gemeinwesen. Dabei unterstützen wir die Städte und Gemeinden.“

Historische Bausubstanz neu belebt

In Abensberg wird beispielsweise das ‚Haus in der Mauer‘, ein leerstehendes Gebäude an der Stadtmauer, saniert. Abensberg kann mit der Umnutzung zum Kunst- und Kulturhaus nicht nur historische Bausubstanz neu beleben, sondern auch einen neuen kulturellen Treffpunkt für Kreativveranstaltungen wie Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Symposien und Vorträge in der Ortsmitte schaffen. In Neumarkt - Sankt Veit wird derzeit nach umfangreicher Bürgerbeteiligung die Ausführungsplanung für die Neugestaltung des Stadtplatzes erarbeitet. Ziel ist eine dem bedeutenden historischen Stadtbild angemessene barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums mit mehr

Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer. Die bauliche Umsetzung beginnt voraussichtlich im Herbst.

Bayernweit stehen 2019 rund 24 Millionen Euro Fördermittel aus diesem Bund-Länder-Programm ‚Städtebaulicher Denkmalschutz‘ zur Verfügung. Zusammen mit den Investitionen der Gemeinden ergibt sich ein Gesamtvolumen von mehr als 37 Millionen Euro. Damit stehen in diesem Jahr rund 3,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung als noch im letzten Jahr. Dies zeigt auch das hohe Interesse der Kommunen an den Zielsetzungen des Förderprogramms – nämlich die Erneuerung der Stadt- und Ortszentren unter Wahrung des historischen Erbes. „Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat: „Der Bund ist und bleibt ein verlässlicher Partner an der Seite der Länder und Kommunen: Auch 2019 stellen wir

Innenminister Herrmann zum Sportstättenbau:

Zehn Millionen Euro zusätzlich für finanzschwächere Gemeinden

Neues staatliches Sonderförderprogramm bringt höhere Zuschüsse für Sport- und Schützenvereine

Bayern fördert ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 den Sportstättenbau in finanzschwächeren Gemeinden mit zusätzlich zehn Millionen Euro jährlich. Das Volumen für den vereinseigenen Bau von Sportanlagen erhöht sich auf rund 25 Millionen Euro im Jahr.

Bayerns Innen- und Sportminister Joachim Herrmann: „Mit unserem neuen staatlichen Sonderförderprogramm werden wir den vereinseigenen Sportstät-

tenbau für Sport- und Schützenvereine in finanzschwächeren Gemeinden unterstützen und die Fördersätze dort deutlich erhöhen. In Gemeinden mit durchschnittlicher oder überdurchschnittlicher Steuerkraft bleibt die Förderung unverändert. Für Räume mit besonderem Handlungsbedarf nach dem Bayerischen Landesentwicklungsprogramm gibt es noch einmal fünf Prozentpunkte mehr Zuschuss.“

Bundesfinanzhilfen

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen auch in diesem Jahr mit Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung in Höhe von 790 Millionen Euro. Die Städtebauförderprogramme Soziale Stadt, Aktive Stadt und Ortsteilzentren, Stadtbau, Städtebaulicher Denkmalschutz, Kleinere Städte und Gemeinden und Zukunft Stadtgrün werden auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt. Hinzu kommt der Investitionspakt Soziale Integration im Quartier mit 200 Millionen Euro Programmmitteln des Bundes, mit dem die Kommunen den wichtigen Ausbau und die Sanierung ihrer sozialen Infrastruktur vorantreiben können. Die Bundesmittel sind Teil der Förderung, die die Kommunen vom Land erhalten. □

Ein Quartier für alle Fälle

Delegation der CSU Rosenheim-Land besichtigt einzigartiges Generationenwohnprojekt „Dahoam im Inntal“

Ein Lebensraum mit Herz, und zwar für alle – das ist es, was das Generationenwohnprojekt „Dahoam im Inntal“ im oberbayerischen Brannenburg einzigartig macht. Eine Delegation der CSU Rosenheim-Land rund um die Landtagsabgeordneten Otto Lederer und Klaus Stöttner besuchte das Quartier und konnte mit eigenen Augen sehen, wie das Konzept des Projektentwicklers InnZeit Bau GmbH – die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum, einer Rundumversorgung, einem generationenübergreifenden, nachbarschaftlichen Miteinander und dem Leben im Einklang mit der Natur – in jeder Hinsicht aufgeht.

Hier entstehen auf einem ehemaligen Kasernenareal rund 300 moderne Wohneinheiten und 32 zusätzliche Sozialwohnungen für insgesamt 900 Menschen. 500 sind bereits eingezogen. Ihnen steht der Service des Sondergebiets „Betreuung & Pflege“ bereits offen. Künftig werden neben einem Senioren-Pflegeheim auch Demenzpflege und sozialtherapeutische Wohngruppen angeboten. Klaus Stöttner, MdL: „Das Konzept von ‚Dahoam im Inntal‘ ist in vielen Bereichen beispielgebend.“

Bei der Quartiersbegehung des 16 ha großen Areals erläuterte Geschäftsführer Rupert Voß den Politikern das Projekt, das nicht nur Familien, Lebensgemeinschaften, Senioren und Singles im Sinne eines dörflichen Miteinanders ein Zuhause gibt, sondern die Bedürfnisse jeder Altersgruppe auch noch entsprechend fördert: „Zu einem Lebensraum mit Herz gehört es nicht nur, Wohnraum mit entsprechenden Rabatten und Förderungen für alle Einkommensstrukturen bezahlbar zu machen, sondern man muss dafür

auch mit intensiver, individueller Betreuung eine Vielfalt von Leistungen bieten. Speziell für pflegebedürftige Personen sollte das sowohl kleine Alltagshilfen umfassen als auch Kurzzeitpflege und qualifizierte Pflege nach individuellen Bedürfnissen – bis hin zur sicheren Geborgenheit im beschützten Lebensbereich.“

Auf dem Gelände entstehen Mehrfamilienhäuser, Doppel- und Einfamilienhäuser in einer bunten Vielfalt mit breit gefächerten Wohnungsgrößen, ergänzt durch ein attraktives Angebot an Einkaufs- und Betreuungsmöglichkeiten. Auch das Freizeitangebot ist groß, liegen doch Spiel- und Sportflächen sowie das Wendelsteingebirge direkt vor der Haustür. Ein Montessori-Kinderhaus mit familienfreundlichen Öffnungszeiten erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dank eines Nachbarschaftsforums können die Bewohner sich austauschen und gemeinsame Aktivitäten vereinbaren. Das Projekt steht für das Ziel, qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Wohnraum zu bieten. □

Zusätzliche Aufschläge

Wie Herrmann weiter erklärte, können in Einzelfällen auch für Vereinskoooperationen nochmal zusätzliche individuelle Aufschläge auf den Zuschussatz gewährt werden. Bei größeren Maßnahmen in Höhe von mehr als 250.000 Euro werden Vereine auch durch zinsvergünstigte staatliche Darlehen beim Bau und der Sanierung ihrer Sportstätten unterstützt. Herrmann: „Hier werden wir den bisherigen maximalen Darlehensanteil von zehn Prozent auf bis zu 20 Prozent verdoppeln.“

Lebendiges Vereinsleben

Das Sportland Bayern zeichnet sich nach den Worten seines Sportministers durch ein lebendiges Vereinsleben und großartige Trainingsbedingungen aus. Intakte Sportanlagen seien dabei ein wesentliches Element und auch die strukturschwachen Regionen dürften hier nicht ins Hintertreffen geraten. „Im Ergebnis werden deshalb für Vereine in Gemeinden mit etwas mehr als der Hälfte der bayerischen Bevölkerung künftig höhere staatliche Fördersätze als bisher gelten“, so der Minister. Herrmann abschließend: „Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Förderkulisse ein



Experten und Referenten des 4. Brandschutzforums Südostbayern v.l.: Lorenz Schröter, Landesamt für Denkmalpflege; Markus Eder, Stadtbaumeister Eggenfelden; Peter Hofer, Kreisbaumeister Rottal-Inn; Guntram Loher, COPLAN AG; Rupert Stinglwagner, RUSTIBS und Stephan Weber, Vorstand COPLAN AG. □

Brandschutzforum Südostbayern geht erfolgreich in die 4. Runde

Kommunen, Bauherren und Planer: Zahlreiche Teilnehmer informierten sich beim vierten Expertenforum über das Thema Brandschutz

In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rottal-Inn und der Stadt Eggenfelden fand bereits zum vierten Mal das Brandschutzforum Südostbayern statt. Das von der COPLAN AG organisierte Forum stand in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Martin Wagle, MdL. Insgesamt vier Vorträge von drei Referenten beleuchteten das Thema „Brandschutz im Bestand und im Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Was ist bei den Bauantragsunterlagen unbedingt zu beachten? Wie ist der Bestandsschutz im Baurecht verankert? Und wie werden nutzgerechte Lösungen für denkmalgeschützte Gebäude gefunden und Spannungen zwischen Denkmalschutz und Brandschutz vermieden?

Rupert Stinglwagner, Brandschutzingenieurbüro RUSTIBS, leitete die Veranstaltung mit einem Vortrag über die Bauantragsunterlagen ein: „Die Bauantragsunterlagen sind äußerst umfangreich. Umso wichtiger ist es, zu wissen, auf welche Punkte man besonders achten muss. Mit dem Forum möchten wir eine umfassende Hilfestellung und Fortbildungsmöglichkeit für Kommunen, Bauherren und Planer anbieten.“

Anschließend gab Joseph Messerer, Leitender Branddirektor a.D., den Teilnehmern einen vertiefenden Einblick in das Baurecht bezüglich des Bestandsschutzes: Beginn und Ende des Bestandsschutzes, der Gefahrenbegriff in der Bauordnung und Abweichungen vom

Baurecht bildeten die Schwerpunkte seines Vortrags. Um den theoretischen Teil zu verdeutlichen, erläuterte Rupert Stinglwagner einige Beispiele aus der Praxis. Den Bezug zum Denkmalschutz stellte die Behörde selbst her: Julia Ludwar, Gebietsreferentin vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, erklärte, wie der Kompromiss zwischen Brandschutz und Denkmalschutz gelingt. □

Geballtes Expertenwissen

Ergänzend zu den Referenten, standen den Teilnehmern noch weitere Experten für Fragen und Antworten zur Verfügung: Unter der Moderation von Stephan Weber, Vorstand COPLAN AG, wurde bei der Po-

diumsdiskussion über die fachlichen Vorträge hinaus diskutiert. Welchen Einfluss hat die Gesetzeslage auf die Bauordnung? Welches Verbesserungspotenzial sehen die Experten bei den



Julia Ludwar gab als Gebietsreferentin einen Einblick in die Arbeit des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege. □

Bauantragsunterlagen? Und wo liegen die größten Schwierigkeiten für den Planer im Umgang mit dem Brandschutz?

Bei einem anschließenden Get-together konnten sich die Teilnehmer in entspannter Atmosphäre noch weiter austauschen und diskutieren. □

wirkungsvolles Programm zur Unterstützung der Sport- und Schützenvereine in den finanzschwächeren Gemeinden Bayerns auflegen.“ Herrmann einigte sich mit dem bayerischen Finanzministerium darauf, das neue Förderprogramm zum Jahresende 2020 dahingehend zu überprüfen, ob sich die Regelungen bewährt haben oder ob gegebenenfalls Anpassungen veranlasst werden müssen.

Große Wertschätzung der Politik

Der Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbandes (BLSV), Jörg Ammon, begrüßt das Förderprogramm: „Die deutliche Aufstockung der Mittel für den vereinseigenen Sportstättenbau, insbesondere in strukturschwachen Regionen, steht für die große Wertschätzung der Politik für unsere Sportvereine und für deren herausragendes ehrenamtliches Engagement. Wir ziehen mit der Bayerischen Staatsregierung partnerschaftlich an einem Strang, um ein funktionierendes Vereinsleben auch außerhalb von Ballungsgebieten zu gewährleisten. Wir sind uns dieser großen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und werden uns bei der Umsetzung des Förderprogramms im Sinne unserer Sportvereine einsetzen. Im Namen des gesamten BLSV und seiner Sportvereine und Sportfachverbände möchte ich mich bei der Bayerischen Staatsregierung und unserem Sportminister ausdrücklich bedanken.“ □



Überschaubare Projekte wie Dorfplätze, Wege oder Gemeinschaftshäuser können mit der ELER-Förderung rasch umgesetzt werden. Bild: ALE Oberpfaß

Zuschüsse für Dorferneuerungsprojekte

Ländliche Gemeinden, die kleinere Projekte bei der Dorferneuerung oder Infrastruktur planen, können ab sofort wieder Zuschüsse beantragen; auch außerhalb von Dorferneuerungsverfahren.

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat dazu nun die Antragsrunde für das Jahr 2019 eröffnet. „Wir wollen den Gemeinden helfen, überschaubare Projekte wie Dorfplätze, Wege oder Gemeinschaftshäuser rasch umzusetzen“, sagte die Ministerin in München.

EU-Förderung

Das Programm wird aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geför-

dert. Die Projekte sollen die Innenentwicklung der Gemeinden voranbringen und dabei gleichzeitig den ländlichen Charakter erhalten. Laut Kaniber können damit Investitionen zwischen 25.000 Euro und 1,5 Millionen Euro mit einem Fördersatz von 60 Prozent bezuschusst werden. Insgesamt stehen für den aktuellen Antragszeitraum 18 Millionen Euro zur Verfügung. Die Anträge müssen bis 27. September 2019 beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung eingereicht werden. □

20. Bayerischer Museumstag in Neumarkt i. d. Opf.:

„Im digitalen Raum – das erweiterte Museum“

Mit Aspekten der Digitalisierung und ihren Chancen im Bereich der Museen befasste sich der im zweijährigen Turnus von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern veranstaltete „Bayerische Museumstag“ in Neumarkt i. d. Opf. Rund 350 Teilnehmer, darunter Gäste aus Österreich, Italien, Schweden und Russland, kamen an drei Tagen zu einer der größten Museumsfachtagungen im deutschsprachigen Raum zusammen.

Den Auftakt bildeten Führungen durch Neumarkt und seine Museen, sowie zum neu eröffneten BayernLab. Oberbürgermeister Thomas Thumann und Landesstellenleiterin Dr. Astrid Pellengahr begrüßten die Gäste, Bernd Sibling MDL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, eröffnete die Tagung. Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums in Frankfurt a. M., hielt den Impulsvortrag mit dem Titel „Das digitale Museum“.

Die folgenden Fachvorträge der Tagung beschäftigten sich mit den zahlreichen Arbeits- und Aufgabenfeldern der Digitalisierung in den Museen. Sie fokussierten dabei Themen wie „digitale Strategien“, „Open Access“ oder „Digitale Transformation“ und dokumentierten vorbildliche oder inspirierende Anwendungen im digitalen deutschen Kulturraum.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden darüber hinaus die Preisträger des Förderpreises „Vermittlung im Museum“ der Bayerischen Sparkassenstiftung bekanntgegeben und der Bayerische Museumspreis der Kulturstiftung der Versicherungskammer Bayern verliehen.

Fraunhofer-Software:

Visualisierungen für eine effiziente Stadtplanung

Stadtplanung in Zeiten der »Smart City« ist dann erfolversprechend, wenn sie alle Beteiligten digital und unkompliziert einbezieht. Das Fraunhofer IGD hat zwei Systeme zur digitalen Stadtplanung entwickelt, die nach Pilotphasen und Praxistests nun für den Einsatz in Kommunen zur Verfügung stehen.

Gerade in ländlicheren Gebieten sind alte Ortskerne durch sinkende Einwohnerzahlen, den demographischen Wandel und die Erschließung neuer Wohn- und Industriegebiete am Stadtrand vom Zerfall bedroht. Für eine wirksame Reaktivierung müssen Bewohner, Immobilieneigentümer und Politik nachhaltige und ressourcenschonende Ideen entwickeln, wie Altstädte erhalten und strukturell aufgewertet werden können.

Neues Leben für historische Innenstädte

Im Rahmen des Projekts Akt-Vis hat das Fraunhofer Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD eine interaktive 3D-Webanwendung entwickelt, anhand derer Ideen zur Zukunftsgestaltung ausgetauscht und diskutiert werden können. Die Anwendung bereitet die vielfältigen Geodaten einer Kommune einheitlich auf und integriert sie in eine interaktive Visualisierungsumgebung. Das erhöht die Transparenz im gesamten Planungsprozess enorm und erleichtert die Kommunikation zwischen Stadtplaner, Architekten und Infrastrukturunternehmen sowie den Bürgern.

Die realitätsgerechte Ansicht von Gebäuden und Straßenzügen über einen Multi-Touch-Tisch war auch Basis für Bürgerbeteiligungsgespräche in drei hessischen Kommunen, mit denen gemeinsam das interaktive Tool aufgebaut wurde. Nach Abschluss des BMBF-geförderten Projektes steht nun eine funktionstüchtige Endversion einer WebGIS-An-

Förderpreis „Vermittlung im Museum“

Mit dem Hauptpreis von 10.000 Euro ehrt die Jury des Förderpreises „Vermittlung im Museum“ das Freilichtmuseum Glentleiten im oberbayerischen Großweil. Hier entsteht ein neues museumspädagogisches Zentrum im „Starkerer Stadel“. Leitgedanke bei der Konzeption ist das freie, selbstentdeckende Lernen und Erleben der Besucher. Dazu können z. B. an Mitmachstationen eigene, kreative Ideen zum Thema „Bauen und Wohnen“ umgesetzt werden, um damit auch zentrale Fragen wie „Wie wollen wir in Zukunft wohnen?“ zu behandeln.

Neben diesem Hauptpreis gibt es zwei weitere gleichwertige Preise, die mit jeweils 5.000 Euro dotiert sind. Einen dieser beiden Preise erhält das Deutsche Hutmuseum in Lindenberg im Allgäu. Die Idee ist eine Art „Speed-Date“ mit dem Museum. Um das Hutmuseum besser kennenzulernen, treten die Besucher über eine WhatsApp-Schnitzeljagd in einen Dialog mit den Objekten. Der kurze und knackige Museumsbesuch soll das digitale Vermittlungsangebot im Museum ergänzen.

Der zweite Nebenpreis wandert nach Mittelfranken für das neue Vermittlungskonzept in der Ausstellung „EinBlick“. Das Konzept von Mission Eine Welt orientiert sich an den Mechaniken von Escape-Rooms. Eine Kriminalgeschichte führt mit analogen und digitalen Aufgaben durch die Ausstellung. Dadurch sollen die Teilnehmer nicht nur den Fall lösen, sondern sich zugleich intensiv mit den zu behandelnden Themen auseinandersetzen.

Bayerischer Museumspreis

Mit dem Museumspreis in der Kategorie haupt- oder nebenamtlich geführtes Museum wurde das Museum Oberschönenfeld ausgezeichnet, und in der Kategorie ehrenamtlich geführtes Museum das Staffelseemuseum Seehausen.

Das Museum Oberschönenfeld beschreibt in seiner völlig neu konzipierten Dauerausstellung in den Nebengebäuden des dortigen Klosterkomplexes spannende Wege. Die Museumsmacher haben sich dafür entschieden, viel mehr als die Gegenstände an sich und knappe Informationen zu ihrem Kontext zu zeigen. Vielmehr erzählt die Ausstellung Geschichten – Geschichten über Menschen, ihr Leben und ihre Schicksale. So wird beim Rundgang der Alltag im ländlichen Schwaben vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis hin zur Gegenwart lebendig.

Ausgewählte Sammlungsstücke, ob in einer Abteilung zum Leben im Kloster, zu Wohnen und Wirtschaften oder auch dem Strukturwandel in der Landwirtschaft, beleuchten die jeweiligen Themenfelder. Zitate aus Gesprächen mit Gewährspersonen sind in gelungener Auswahl und Gestaltung zu den beiden Ausstellungsteilen „Tradition und Wandel“ und „Geschichten aus Schwaben“ zusammengestellt. Das Museum eröffnet so Besuchern jeden Alters persönliche Zugänge und auch emotional berührende Anknüpfungspunkte an die eigene Biografie.

Das Staffelseemuseum des Seehausener Heimatvereins hat es sich im Obergeschoß des alten Pfarrhofs zur Aufgabe gemacht, den Dreiklang von Naturraum, Geschichte und Kunst, der die Gemeinde prägt, erfahrbar zu machen. Jedem der genannten Themenbereiche wurde ein eigener Raum gewidmet.

Beim inszenierten Blick unter die Oberfläche des Sees begegnet man zunächst seinen natürlichen Bewohnern, den Fischen, selbst, doch werden auch Themen wie die Nutzung des Gewässers und der Tourismus angesprochen. In der ortsgeschichtlichen Abteilung beginnt die Darstellung mit vorgeschichtlichen Siedlungsspuren auf der Insel Wörth. Mithilfe eines Films können die Besucher die bekannte Seeprozession am Fronleichnamfest miterleben.

Im Raum zur Hinterglasmalerei wird dieses traditionelle örtliche (Kunst-)Handwerk, von der Erzeugung des Trägermaterials bis hin zum Vertrieb, vorgestellt. Anhand von Vergleichsobjekten aus anderen Erzeugerorten werden dabei die Eigenheiten des Seehausener Malergewerbes herausgearbeitet. Temporäre Ausstellungen stellen schließlich Themen und Künstler der Staffelseeregion vor.

Exkursionen zu Oberpfälzer Museen, nicht zuletzt auch mit dem Fokus auf digitale Lösungen, und ein abschließender Empfang des Bezirks Oberpfalz im Freilichtmuseum Neusath-Perschen durch Bezirkstagspräsident Franz Löffler rundeten das Tagungsprogramm ab. Zur Tagung wurde eine App entwickelt, die Veranstaltungsort und Tagungsprogramm ausführt sowie eigens produzierte Podcasts zum Museumstag verfügbar macht. **DK**

Zentrum für Digitale Innovationen Mainfranken:

Deutscher Holzbaupreis für den „Cube“

Nach dem Holzbaupreis 2018 hat der „Cube“, wie das markante Gebäude des Zentrums für Digitale Innovationen Mainfranken (ZDI) heißt, nun auch den Deutschen Holzbaupreis erhalten. Der Deutsche Holzbaupreis gilt in der Bundesrepublik als die wichtigste Auszeichnung für Gebäude aus Holz. Eine Fachjury hatte im Vorfeld der Auszeichnung 157 Arbeiten zu bewerten, die von anspruchsvollen Neubauten über erfandene Gebäudesanierungen bis zu neuen Entwicklungen auf dem Produktsektor reichten.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt gratuliert den Projektpartnern: „Der ‚Cube‘ ist eines der markantesten Wahrzeichen unseres neuen Stadtteils Hubland. Das Gebäude ist gelungen – architektonisch, funktional, in der Bauweise und durch die Errichtungsgeschwindigkeit. Diese erneute Auszeichnung ist eine Anerkennung der Leistung aller Partner, die in kürzester Zeit das Gebäude errichtet haben.“

Zusammenspielt hatten bei der Realisierung für den Bauherrn, die Stadt Würzburg, vertreten durch den Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing (WWS): Die Henne schönau Architekten GmbH (Frankfurt), Hußenröder Ingenieure als Tragwerksplaner (Würzburg) und die HESS TIMBER GmbH aus Kleinheubach.

Der Cube kostete mitsamt



Schlüsselübergabe. Von links: Hubert Saradeth (Gebäudemanagement Landkreis Amberg-Weizsach), Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Schulleiterin Gisela Lehnerer, Landrat Richard Reisinger, Architekt Alfred Popp, Maria Mader und Thomas Raitel (beide Gebäudemanagement).

Bild: Michael Schröter / Christine Hollederer

Sulzbach-Rosenberg:

Festakt zur Einweihung des SFZ

Nach fünf Jahren Bauzeit ist die Generalsanierung des Sonderpädagogischen Förderzentrums (SFZ) in Sulzbach-Rosenberg abgeschlossen. Das Gesicht des SFZ hat sich während dieser Zeit deutlich verändert. Rund 15 Millionen Euro hat der Landkreis Amberg-Weizsach als Sachaufwandsträger seit dem Spatenstich im Juni 2014 für die Generalsanierung des SFZ in die Hand genommen. Nun sind die Bauarbeiten abgeschlossen und die Schule konnte bei einem Festakt mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner offiziell ihrer Bestimmung übergeben werden.

„Mit einem neuen Teppich im Lehrerzimmer hatte alles begonnen, im Laufe der Zeit hätten sich die Baustellen im Haus jedoch derart gehäuft, sodass sich am Ende eine Generalsanierung mit Neubauteil herauskristallisierte“, sagte Landrat Richard Reisinger beim Festakt mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner als Ehrengast.

Enormer Kraftakt

„Der Umbau unter vollem Betrieb war ein enormer Kraftakt, den wir gemeinsam mit der Schulfamilie jedoch bestens bewältigt haben“, fügte Reisinger hinzu und richtete seinen Dank an die Architekten Alfred Popp, sein Team vom Gebäudemanagement sowie die bauausführenden Firmen und eben die Schulfamilie.

Die von Landrat Richard Reisinger angekündigte First Lady Bayerns, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, ging in ihrer Rede auf

das Thema Inklusion ein, das bereits Kinder der 1. und 3. Klasse des Sonderpädagogischen Förderzentrums in ihrem Theaterstück zu Beginn des Festakts auf die Bühne gebracht hatten. Die Landtagspräsidentin sah in der generalsanierten Schule einen hervorragenden Raum für die Kinder sich zu entwickeln und atestizierte dem Lehrerkollegium eine „phänomenale Arbeit“.

Anschließend konnte Architekt Alfred Popp an Landrat Richard Reisinger und Schulleiterin Gisela Lehnerer nicht nur einen symbolischen Schlüssel überreichen, sondern den beiden augenzwinkernd auch Mut machen, denn ein Teppich, der Ausgangspunkt für die Generalsanierung, sei in den neuen Räumen nicht mehr verlegt worden.

Nach dem kirchlichen Segen dankte Schulleiterin Gisela Lehnerer vor allem ihrem Kollegium, die während der fünfjährigen Bauphase hervorragende Arbeit geleistet hatten. **□**

Räumlich ist das ZDI aufgeteilt in drei Gebäude. Neben dem Cube am Hublandplatz 1 beherbergt der Tower das Ideenlabor. Hinzu kommt noch als letzter Baustein, der Inkubator. Das Konzept möchte junge Start-Ups bei der Hand nehmen und guten Ideen und Innovationen ideale Rahmenbedingungen bieten: vom kritischen Überprüfen und Nachjustieren einer ersten Idee, über den inspirierenden Austausch mit anderen Gründern und Coaches bis zur Bewährungsprobe im Markt.

Der „Cube“ ist dabei nicht das einzige Gebäude der Stadt Würzburg, das mit innovativen Baustoffen errichtet wurde. Bei der im Mai eröffneten Umweltstation der Stadt Würzburg wurde bayernweit erstmalig Recycling-Beton für den Bau eines öffentlichen Gebäudes verwendet.

Der Einsatz von Recycling-Beton schützt wertvolle Ressourcen. Die Ausstattung mit einer Eisspeicherheizung spart Energie und schützt gleichzeitig das Klima. Die Umweltstation zeigt damit, wie moderne Architektur mit nachhaltigem Umweltschutz vereint werden kann. **□**

Projektpartner

Die Projektpartner sind die digitalen Player in ganz Mainfranken: die Würzburger Universität, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, die IHK Würzburg-Schweinfurt, das Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum, das Gründer-, Innovations- und Beratungszentrum Schweinfurt, das Technologie- und Gründerzentrum Würzburg, die Region Mainfranken GmbH sowie das Innovations- und Gründerzentrum Würzburg.

32. Lindauer Seminar 2019:

Kanalisationstechnik und Entwässerungssysteme

Zwei Tage Fach- und Praxiswissen der Kanalisationstechnik: Unter dem Titel „Praktische Kanalisationstechnik – Zukunftsfähige Entwässerungssysteme“ lieferte das Lindauer Seminar, bedeutendes Branchenforum im deutschsprachigen Raum, Einblick in neue Herausforderungen und innovative Lösungen der Siedlungsentwässerung. Der Veranstalter, die JT-elektronik GmbH (Lindau), konnte zur Neuauflage des Branchentreffs wiederum rund 500 Teilnehmer und über 80 ausstellende Unternehmen willkommen heißen.

Beliebt ist das Branchenforum vor allem wegen seiner Themenvielfalt, die in sechs Vortragsblöcken vorgestellt wurde. In diesem Jahr widmete sich der erste Block den „Strukturellen Veränderungen in der Stadtentwässerung“ und der Frage, wie auf neue Anforderungen reagiert werden kann.

Im zweiten Vortragsblock ging es um die Finanzierung der Abwasserbetriebe im Zusammenhang mit der aktuellen Gebührensituation. Die Themen „Qualität und Qualifikationsanforderungen in der Siedlungsentwässerung“ sowie „Dichte öffentliche und private Entwässerungssysteme“ standen ebenso auf der Tagesordnung wie die „Entwicklungen und Kostenstrukturen im Kanalbetrieb“ sowie die „Kanalsanierung“.

Hochmoderne Fernwirktechnik

Hermann Doblinger, AWA-Ammersee Wasser- und Abwasserbetriebe gKU, ergänzte mit seinem Vortrag „Wie haben wir unsere Kosten im Griff auch im ländlichen Raum?“, dass eine Kosten- und damit Gebührenoptimierung immer auch ein Wissen um Prozessabläufe bedinge.

Doblinger stellte in diesem Zusammenhang das Kanalnetzmanagementsystem der Ammersee Wasser- und Abwasserbetriebe vor. Insbesondere in einem ländlich strukturierten und damit weitläufigen Netz müsse man sich einer hochmodernen Fernwirktechnik bedienen. Hierdurch könne nicht nur – der ordnungsgemäße Betrieb von Pumpwerken, Druckleitungen oder Regentlastungsanlagen sichergestellt werden. Weiterer Vorteil sei, dass darüber hinaus auch

Kanalüberprüfungen:

Sonderförderprogramm wird verlängert

Unterstützung für kleine Kommunen

Kleine Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern werden zwei Jahre länger vom Freistaat dabei unterstützt, ihre Kanalnetze professionell überprüfen zu lassen und in sogenannten Kanalkatastern zu erfassen. Das entsprechende Sonderförderprogramm wird dazu bis zum 31.12.2021 verlängert.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Mit dem Sonderförderprogramm werden rund 11.000 Kilometer Kanäle zusätzlich erfasst. Wir wollen damit die letzten weißen Flecken auf der Landkarte beseitigen. Ziel ist es, kleine Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Infrastruktur fit für die Zukunft zu machen. Die Staatsregierung ist für die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe ein verlässlicher Partner. Von den Maßnahmen profitieren die Bürger unmittelbar. Denn ein gutes Kanalnetz führt vor Ort zu sinkenden Gebühren.“

Das Sonderförderprogramm wurde 2015 mit einer Laufzeit von fünf Jahren aufgelegt. Aufgrund des großen Interesses der Kommunen und des derzeit weitgehend ausgelasteten Marktes könnten die Arbeiten vielfach aber möglicherweise nicht fristgerecht abgeschlossen werden. Im Rahmen des Sonderförderprogramms werden Kommunen

Kennzahlen für Energieanalysen oder Benchmarkingprozesse erzeugt würden.

Beim diesjährigen Lindauer Seminar wurde das erste Mal ein sehr gut besuchtes Ausstellerforum in das Veranstaltungsprogramm integriert. Mit einem Kurzvortrag zur Aus- und Weiterbildung in der Kanalspektive und -sanierung sowie weiteren Herstellerbeiträgen aus den Bereichen Spüdatenerfassung, Sanierungsverfahren und Inspektionssoftware wurde die Praxis- und Innovationsnähe des Lindauer Seminars weiter untermauert.

Praxis- und Innovationsnähe

Geschäftsführer Tobias Jöckel, JT-elektronik GmbH Lindau, berichtete über den aktuellen Entwicklungsstand eines neuartigen Kanalreinigungsfahrzeugs. Ziel der beantragten Entwicklung sei, eine verstellbare Reinigungsdüse mit geeigneten Sensoren zur kontinuierlichen Erfassung des Längs- und -Querschnittsprofils und mit Kamertechnik auszustatten. Auf Basis der damit gewinnbaren Messdaten könne dann ein bedarfsgerechtes Reinigungsmanagement unterstützt werden.

Als Betreiber berichtete Michael Mahr, Zweckverband München-Südost, über die Notwendigkeit von Revisionsschächten für die Kanalsanierung. Revisionsschächte würden beim Zweckverband München-Südost als Bindeglied zwischen Bürger und Kanalnetzbetreiber eingestuft. Ihre Bedeutung könne nicht unterbewertet werden, da sie in einzigartiger Weise einen unkomplizierten und satzungsgemäßen Zugang zum Grundstücksanschluss ermöglichen.

mit 1 Euro je erfasstem Meter Kanal unterstützt.

Sanierungsbedarf erkennen

So kann auch ein eventueller Sanierungsbedarf erkannt und weitere Maßnahmen eingeleitet werden. Auch hier werden die Kommunen unterstützt: Allein 70 Millionen Euro stehen pro Jahr für die Härtefallförderung der Kommunen zur Verfügung. Derzeit sind über 250 Förderanträge eingegangen und größtenteils bereits verbeschieden.

Die bayerischen Kommunen haben rund 35 Milliarden Euro in kommunale Abwasseranlagen und 11 Milliarden Euro in öffentliche Wasserversorgungsanlagen investiert. Der Freistaat hat die Kommunen dabei mit insgesamt über 12 Milliarden Euro unterstützt. Mittlerweile werden 99 Prozent der Bevölkerung zentral mit Trinkwasser versorgt, 97 Prozent sind an eine kommunale Kläranlage angeschlossen. □

Die Inspektion der Grundstücksentwässerungsanlage vom Revisionsschacht aus binde darüber hinaus den Bürger deutlich umfassender in den ganzheitlichen Instandhaltungsprozess ein, als dies bei der Leitungsinspektion vom Hauptkanal aus möglich sei.

Interkommunale Zusammenarbeit gefordert

Unternehmensgründer Ulrich Jöckel war es schließlich vorbehalten, auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die sich aus einer interkommunalen Zusammen-

Landkreis Günzburg:

Fast 10 Mio. Euro für kommunale Hochbaumaßnahmen

Auch in diesem Jahr unterstützt der Freistaat Bayern wieder kommunale Hochbaumaßnahmen im Landkreis Günzburg. Der Landkreis, die Städte Günzburg und Krumbach, die Märkte Jettingen-Scheppach und Offingen, die Gemeinden Aletshausen, Bibertal, Kammeltal, Kötz und Röfingen sowie der Schulverband Thannhausen erhalten Zuweisungen nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) für kommunale Hochbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt 9.787.000 Euro. Dies teilt der heimische Landtagsabgeordnete Alfred Sauter mit.

2,54 Millionen Euro bekommt der Landkreis Günzburg für die Generalsanierung und den Umbau des Sempert-Kraemer-Gymnasiums in Krumbach. 2,65 Millionen Euro werden für den Ersatzneubau der Staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule in Krumbach bereitgestellt. Weitere 2,18 Millionen Euro dienen der Erweiterung und Sanierung des Dossenberger-Gymnasiums in Günzburg.

Mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 40.000 Euro unterstützt der Freistaat Bayern die Stadt Günzburg bei der Errichtung von Kindergartenplätzen durch das Bezirksklinikum Günzburg. 142.000 Euro bekommt die Stadt Günzburg für die Generalsanierung der Herrenwaldhalle Reinsburg (Sporthalle der Grundschule) sowie einen Baukostenzuschuss von 50.000 Euro für den Umbau und die Erweiterung des evangelischen Reggio-Kinderhauses. Die Stadt Krumbach kann sich über 495.000 Euro für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Billenhausen sowie über 50.000 Euro für die Generalsanierung der Freisportanlagen am Schul- und Sportzentrum Krumbach freuen.

Der Markt Jettingen-Scheppach erhält 117.000 Euro für die Erweiterung des Kindergartens St. Ulrich in Scheppach. Eine Förderung in Höhe von 96.000 Euro erhält der Markt Offingen für den Ersatzneubau der Kindertagesstätte in Offingen. Die Gemeinde Aletshausen erhält für den Umbau und die Erweiterung des Kindergartens 180.000 Euro, die Gemeinde Bibertal für die Erweiterung des Kinderhauses St. Mauritius in Kissendorf 70.000 Euro.

Für die Sanierung und die Erweiterung des Kindergartens Sebastian Kneipp im Kloster Wetenhausen erhält die Gemeinde Kammeltal eine Förderung in Höhe von 250.000 Euro, der Gemeinde Kötz werden für den Neubau der Kindertagesstätte St. Nikolaus in Kleinkötz 200.000 Euro sowie für den Neubau eines Kinderhortes in Großkötz 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde Röfingen erhält für die Erweiterung des Kindergartens Roßhaupten 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Eine Förderung in Höhe von 420.000 Euro bekommt der Schulverband Thannhausen für die Generalsanierung der Dreifachsporthalle in Thannhausen.

Mit Blick auf den ungebrochen

arbeit insbesondere im ländlichen Raum ergeben. Mit seinem Vortrag legte er seine Visionen zu einer interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Eigenkontrolle dar. So hätten seiner Erfahrung nach insbesondere kleinere Betreiber selbst bei Unterstützung durch Ingenieurbüros oftmals nicht die Möglichkeiten, die Erfordernisse einer Eigenkontrollverordnung zu erfüllen.

Wenn sich Kommunen ihren Aufgaben bewusster würden, dann sei die interkommunale Zusammenarbeit das ideale Werkzeug, um den stetig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Bayerische Staatsregierung unterstütze interkommunale Kooperationen, wo immer es möglich und sinnvoll sei, erläuterte Jöckel abschließend. DK

Kabinettsbeschluss:

Neue Projekte für Krankenhausbauprogramme 2020 bis 2023

Bayern hält die Krankenhausförderung von 2020 bis 2023 auf Rekordniveau. Der jährliche Krankenhausförderetat von derzeit rund 643 Millionen Euro wird fortgeführt. Damit können weiterhin jedes Jahr insbesondere große Einzelbaumaßnahmen gefördert und die ausgezeichneten stationären Versorgungsstrukturen in Bayern gewährleistet werden.

Das Kabinett hat konkret den Startschuss für 17 neue Krankenhausbauvorhaben in allen Regionen Bayerns gegeben. Für diese neuen Bauprojekte investiert der Freistaat in den nächsten Jahren rund 442 Millionen Euro. Bayern setzt damit seine konsequente Förderpolitik fort.

Das sichert überall im Land eine moderne stationäre Versorgung von hoher Qualität für alle Patientinnen und Patienten.

Konsequente Förderpolitik

Die neuen Bauvorhaben verteilen sich auf alle sieben Regierungsbezirke. Herausragende Projekte sind die Baumaßnahmen an der München Klinik Harlaching (157,20 Millionen Euro), am Krankenhaus Rummelsberg Schwarzenbruck (63,51 Millionen Euro), am Bezirksklinikum Obermain in Ebersfeld (59,02 Millionen Euro), am Klinikum St. Marien Amberg (33,27 Millionen Euro), an der Kreisklinik Mindelheim (24,40 Millionen Euro), an der Main-Klinik Ochsenfurt (21,53 Millionen Euro) sowie an der Klinik Maltersdorf (18,80 Millionen Euro).

Optimale Ergänzung von Versorgungsstandorten

Der Freistaat verfügt mit aktuell 414 zugelassenen Krankenhäusern über ein engmaschiges Netz von Versorgungsstandorten, die sich optimal ergänzen. In den letzten zehn Jahren wurden etwa 4,8 Milliarden Euro für Investitionen an bayerischen Kliniken ausbezahlt und damit kräftig und verlässlich investiert. Bayern liegt dabei mit Investitionen in Höhe von 49 Euro pro Einwohner deutlich über dem Durchschnitt der Bundesländer (ca. 35 Euro pro Einwohner). □

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Bezirk lässt Kulturträger nicht hängen

Niedrigzinsphase: Kommunen sollen die unterfränkische Kulturstiftung entlasten

Der Bezirk ist darauf gefasst, für angelegte Gelder auch künftig kaum Zinsen zu bekommen. Das ist dramatisch für die bezirkseigene Kulturstiftung, über die aktuell jedes Jahr Kulturprojekte in Höhe von acht Millionen Euro gefördert werden. 2026 werden voraussichtlich nur noch fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen, hieß es am Donnerstag im Kulturausschuss. Damit die freie Kulturszene nicht auf der Strecke bleibt, sollen die Kommunen in Zukunft stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Kulturstiftung des Bezirks, die letztes Jahr 20-jähriges Bestehen feiern konnte, basiert auf einem Grundstockvermögen von knapp 210 Millionen Euro. In den besten Jahren konnten daraus 13 Millionen Euro erlöst werden. Viel Geld stand damit zur Verfügung, um freie Theater, Musikvereine, Chöre, Museen und soziokulturelle Projekte zu fördern.

Bereits vor zehn Jahren begann die Quelle „Kulturstiftung“ spärlicher zu sprudeln. Erste Sparmaßnahmen griffen. Vor allem die Denkmalpflege wurde, wie es seinerzeit hieß, „entwuchert“. So gibt es seit 2009 jährlich nur noch sechs mit je 25.000 Euro dotierte Denkmal-Förderpreise. Zuvor wurden jedes Jahr zwölf Preise vergeben.

Auch in finanziell klammen Zeiten will man die freie Kulturszene nicht hängen lassen, betonten Vertreter der Bezirksverwaltung im Kulturausschuss. Schließlich rechnen Organisationen wie die Clingenburg Festspiele, die Humorbrigade Hofgarten oder der Blasmusikverband Vorspessart fest mit den bisher gewährten Geldern. Um die freie Kultur weiterhin fördern zu können, sollen große Ausgabenblöcke ab 2021 von der Kulturstiftung in den allgemeinen Haushalt des Bezirks verlagert werden. Das allerdings bedeutet, dass die kreisfreien Städte und Landkreise in der Region und damit letztlich Unterfrankens Bürger die Projekte über die Bezirksumlage mitfinanzieren müssen.

Aus Sicht der Bezirksverwaltung ist eine Aufgabenverlagerung eindeutig besser, als weitere Sparmaßnahmen zu beschließen. Wobei es inzwischen sowieso kaum noch möglich wäre, einzusparen. Mehr als vier Millionen Euro aus der Kulturstiftung werden für Projekte ausgegeben, zu deren Förderung der Bezirk verpflichtet ist. Dazu gehören bezirkseigene Einrichtungen wie die Museen Schloss Aschach oder die Musikakademie Hammelburg. Weiter rund zwei Millionen Euro sind jedes Jahr für Projekte vorgesehen, die als „unverzichtbar“ gelten. Hierzu zählen die Vergabe der Förderpreise zur Erhaltung der historischen Bausubstanz sowie das Archäologische Spessartprojekt.

1,8 Mio. Euro Fördersumme

Unterm Strich stehen damit ohnehin nur knapp 1,8 Millionen Euro für kulturelle Initiativen, Vereine und Kulturveranstaltungen von Kommunen zur Verfügung. Damit diese Fördersumme auch in Zukunft fließen kann, sollen 2021 die Kosten für die Berufsfachschule für Musik in Bad Königshofen und der Musikakademie Hammelburg aus dem allgemeinen Bezirkstopf finanziert werden. Damit würde die Kulturstiftung im ersten Schritt um 1,1 Millionen Euro entlastet. Ab 2022 sollen die Ausgaben für die Meisterschule Ebern, ab 2023 die

für das Denkmal „Schlosspark Werneck“ und ab 2024 die für das Freilandmuseum Fladungen aus dem Kameralhaushalt finanziert werden.

Um den finanziellen Mehrbedarf des Bezirks zu decken, müssen die Kommunen ab 2024 dauerhaft zusätzlich 1,6 Millionen Euro pro Jahr aufbringen. Allein dadurch wird die Bezirksumlage um 0,2 Prozent steigen. Im Gegenzug könnten jedoch alle Kulturprojekte, die der Bezirk unterstützen muss oder möchte, zuverlässig bis 2026 finanziert werden. So lange können Erlösrückgänge mit Entnahmen aus der Rücklage der Stiftung kompensiert werden. 2026 wird jedoch auch damit Schluss sein. „Dann ist unsere Rücklage aufgebraucht“, so Gernot Janke, Direktor der Bezirksverwaltung.

Im nächsten Jahr soll es noch keine Verlagerung von Aufgaben geben, weil die Bezirksumlage 2020 ohnehin „kräftig“ erhöht werden muss, kündigte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel an. Dies liegt an stark steigenden Ausgaben für die Pflege. Die notwendige Erhöhung gegenüber den Umlagezahlern durchzusetzen, wird laut Dotzel „problematisch“ genug.

Der Bezirk hofft, dass es in Zukunft eine Chance gibt, sich von einigen Aufgaben dauerhaft zu entlasten. So soll versucht werden, die Berufsfachschule für Musik in Bad Königshofen in eine Hochschule umzuwandeln. Dann wäre der Freistaat verantwortlich für die Einrichtung. Für die Studierenden hätte dies den Vorteil, dass sie in Bad Königshofen einen Bachelor-Abschluss machen könnten.

Pat Christ

Gemeinnützige Krankenhausgesellschaft des Landkreises Bamberg:

Einbindung in das Programm „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml schafft die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass die Gemeinnützige Krankenhausgesellschaft des Landkreises Bamberg in das Programm zur unterstützenden Ausbildung junger Landärzte „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“ (BeLA) eingebunden werden kann.

„Erfreulicherweise stehen uns nun entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung“, teilte Huml mit. Landrat Johann Kalb hatte sich dafür eingesetzt, das Be-LA-Programm im Landkreis Bamberg finanziell so auszustatten, wie dies bei den Projektpartnern der Fall war, die zum Start an Bord waren.

Im Haushalt sind nun nach den Worten der Staatsministerin Mittel für eine halbe Stelle an einem Krankenhaus sowie die Aufwandsentschädigungen für die beteiligten Hausärzte eingestellt. Jetzt müssten noch die entsprechenden Kooperationsvereinbarun-

gen zwischen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Gemeinnütziger Krankenhausgesellschaft und Hausärzten geschlossen werden.

Monatliches Stipendium

Im Rahmen des Programms erhalten Studierende ein monatliches Stipendium in Höhe von 600 Euro, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, nach Abschluss des Studiums ihre Facharztweiterbildung für Allgemeinmedizin im Weiterbildungsverbund der Region zu absolvieren, in der die studentische Ausbildung erfolgt ist.



Auf Einladung der Stadt Günzburg und des Historischen Vereins Günzburg war der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landtags und Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten Karl Freller, MdL, bei der Finissage der Wanderausstellung „Vergissmeinnicht“ im Heimatmuseum Günzburg am Internationalen Museumstag zu Gast. Er hielt eine mahnende Rede gegen Antisemitismus und rechten Extremismus, der nun auch in den Parlamenten Platz genommen habe. Unser Bild zeigt von links Kunstlehrerin Birgit Rembold, Museumsleiter Dr. Raphael Gerhardt, Landtagsabgeordneter Alfred Sauter, Bürgermeisterin Dr. Ruth Niemetz, Landtagsvizepräsidenten Karl Freller, MdL und den 1. Vorsitzenden des Historischen Vereins Günzburg Stefan Baisch.

Bild: Niemetz/Historischer Verein



Die bisher aus dem Haushalt der Kulturstiftung finanzierte Musikakademie Hammelburg soll ab 2021 von Unterfrankens Kommunen finanziert werden.

Bild: Pat Christ

„Landkreis Günzburg – die Familien- und Kinderregion“

Bürgermeisterseminar befasst sich mit Weiterentwicklung der Landkreistwicklungsstrategie

Günzburgs Landrat Hafner tauschte sich mit den Bürgermeistern des Landkreises diesmal in Nördlingen im Rahmen eines Bürgermeisterseminars über die Zukunft des Landkreises aus. Es sollte das 1999 entstandene Leitbild „Landkreis Günzburg – Die Familien- und Kinderregion“ fortgeschrieben werden. Übereinstimmend sagen Landrat und Bürgermeister, dass sie auch weiterhin für die Landkreisbevölkerung ein hohes Maß an Lebensqualität sichern wollen und den Landkreis als attraktiven Wirtschaftsstandort stärken möchten.

Es gilt, so Landrat Hafner, auch nach 19 Jahren, soziale Standards im Vergleich zu urbanen Zentren weiter zu verbessern. Deutlich machten die Teilnehmer, dass die Entwicklungsstrategie „Landkreis Günzburg – Die Familien- und Kinderregion“ nicht nur fortgeschrieben werden muss, sondern an eine veränderte gesellschaftliche Realität im Hier und Jetzt anzupassen ist. Eingebettet ist dieser nun eingeleitete Prozess in das Thema Regionalmanagement, ein Instrument der Landesentwicklung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Fachliche Begleitung

Als einer von zehn Modellstandorten „Zukunftsstrategien für die Regionen“ in Bayern hat der Landkreis Günzburg kürzlich den Zuschlag erhalten, in diesem Rahmen die bestehende Strategie weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit der Regionalmarketing GbR – Wirtschaft und Tourismus, zuständig für das Regionalmanagement im Landkreis und somit für die „verwaltungsmäßige“ Abwicklung der Förderung, läuft die inhaltliche Arbeit beim Landratsamt, im Team Leitbildentwicklung und Kultur. Zwei starke Partner, die Bertelsmann Stiftung und der Verein Familiengerechte Kommunen, werden den Landkreis in diesem Prozess fachlich und inhaltlich begleiten. Ein weiterer Kooperationspartner ist die Universität Augsburg.

Ziel soll es sein, so Landrat Hubert Hafner zum Abschluss des Bürgermeisterseminars, den Landkreis Günzburg als die Familien- und Kinderregion aktiv und zukunftsorientiert zu gestalten. Der Landkreis soll weiterhin attraktiv für Familien bleiben. Dass wir eine Familien- und Kinderregion sind, soll jeder Landkreisbürger und jede Landkreisbürgerin wissen und verinnerlichen. Es soll in jedem Winkel des Landkreises deutlich sein, wie lebenswert und liebenswert unsere Familien- und Kinderregion ist...

Ein lebendiges, gelebtes und sich ständig weiterentwickelndes Leitbild fußt auf einem breiten Beteiligungsprozess. Ein aktiver Leitbildprozess kann und soll dazu führen, dass sich die Bürger in einer Region dauerhaft wohlfühlen und verwurzeln. Damit die Entwicklungsstrategie des Landkreises Günzburg weiterhin und noch stärker als Grundlage für eine positive und nachhaltige Entwicklung dienen kann, wird deren

Fortschreibung aktuelle Entwicklungstendenzen im Bereich Wirtschaft, Verkehr, Umwelt und Soziales, aber auch gesellschaftliche Themen wie Zuwanderung und Integration aufgreifen.

hajo

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Scheckübergabe „Bahnschwimmen“ mit Landrat Johann Kalb.

Bild: Rudolf Mader

25.000 Bahnen für den guten Zweck

Landkreis Bamberg startet Modellprojekt zur Schwimmförderung bei Kindern

Immer mehr Kinder verlassen die Grundschule als Nichtschwimmer. Um diesen Trend zu stoppen, hat der Landkreis Bamberg jetzt mit verschiedenen Kooperationspartnern ein umfangreiches Modellprojekt zur Schwimmförderung bei Kindern ins Leben gerufen.

„Schwimmen fördert nicht nur die motorischen Fähigkeiten und ist wichtig für unsere Gesundheit. Schwimmen rettet im Zweifel auch Leben. Darum ist es uns eine Herzensangelegenheit, unseren Kindern das Element Wasser näher zu bringen und den Spaß am Schwimmen zu vermitteln“, erklärt Landrat Johann Kalb.

Das Projekt besteht aus drei wesentlichen Bausteinen. Den Startschuss machte das „Bahnschwimmen für die gute Sache“. Ziel war es, innerhalb von 30 Minuten möglichst viele Bahnen zugunsten eines guten Zwecks zu schwimmen. Dabei suchte jedes teilnehmende Kind im Vorfeld einen „Sponsoren“, der jede geschwommene Bahn mit 10 Cent vergütet. Landkreischef Kalb: „Das Ergebnis kann sich sehen lassen. 880 Dritt- und Viertklässler von 18 Schulen im Landkreis schwammen rund 25.000 Bahnen und haben so sage und schreibe 7.300 Euro gesammelt.“

Der Erlös kommt zur Hälfte dem Schulbauernhof Heinershof e. V. in Stolzenroth zu Gute, der den Schulen mit pädagogischen Angeboten zur Verfügung steht. Mit der anderen Hälfte wird ein Fördersportfest im Rahmen der Internationalen Woche des Landkreises Bamberg kofinanziert, bei dem auch Jugendliche einer Schule für Hörgeschädigte aus dem polnischen Partnerlandkreis Jelenia Góra teilnehmen werden.

Ein weiterer Baustein fand in Hallstadt statt. Unter dem Motto

„Nicht verpennen, lieber Schwimmen und Rennen“ nahmen 200 Schülerinnen und Schüler der 2. bis 4. Klasse der Hans-Schüler Grundschule Hallstadt an der Aktivwoche für aufgeweckte Kinder teil. In Zusammenarbeit mit dem Turnverein Hallstadt, der Stadt Hallstadt, der Wasserwacht - KV Bamberg und der Hans-Schüler Grundschule Hallstadt stellte die Ehrenamtsstelle am Landkreis Bamberg ein spannendes und abwechslungsreiches Programm auf, das die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Spiel, Spaß und vor allem viel Bewegung animierte. Gefördert wurde die Woche von der Adalbert-Raps-Stiftung Kulmbach sowie der Stiftung Helfen tut gut. Sponsor ist auch das „Bundesprogramm Integration durch Sport“.

Abgerundet wird das Modellprojekt durch den dritten Baustein, der auf die Schwimmförderung bei den ganz Kleinen abzielt. In Zusammenarbeit mit dem St. Michael Kindergarten in Breiten- güßbach und einem Schwimmtrainer des Turnvereins Hallstadt wurden Vorschulkindern erste Grundkenntnisse im Schwimmen vermittelt.

Landkreischef Kalb zufolge „ist Schwimmen nicht allein Aufgabe der Schulen. Vielmehr sind wir alle in die Pflicht genommen – Familie, Eltern, Vereine, Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten –, die Lehrkräfte mit dieser wichtigen Aufgabe nicht alleine zu lassen.“

Fachkräfte als Faktor für erfolgreiche Regionen und Unternehmen

Metropolkonferenz der Metropolregion München zu Gast im Landkreis Donau-Ries

Der Verein Europäische Metropolregion München e.V. (EMM e.V.) veranstaltet einmal jährlich im Sommer, immer an einem anderen Ort in der Region, die Metropolkonferenz. Dabei steht ein – für die gesamte Region zukunftsrelevantes – Thema im Fokus. In diesem Jahr widmeten sich die Teilnehmer auf der Harburg dem Schwerpunkt „Fachkräfte als Faktor für den Erfolg von Unternehmen und Regionen“.

Landrat Stefan Rößle freute sich in seiner Begrüßung über die Rolle des Landkreises Donau-Ries als Gastgeber und Mitveranstalter der Metropolkonferenz 2019. Er betonte die Bedeutung überregionaler Netzwerke auch beim Thema Fachkräftesicherung und -gewinnung, da deren Herausfor-

derungen längst nicht mehr lokal begrenzt seien. So biete „die Mitgliedschaft in der Metropolregion München auch für eher ländlich geprägte Regionen wie Donau-Ries die Möglichkeit, qualifizierte Arbeitskräfte auf die attraktiven Arbeitsbedingungen vor Ort aufmerksam zu machen und gleichzeitig auch junge heimische Menschen in der Region zu halten.“ Die große Bekanntheit der Metropolregion sowie die Vernetzung innerhalb seien hilfreich, um voneinander zu lernen und Vorgehensweisen auszutauschen.

Der Schwerpunktthema, dem sich die diesjährige Metropolkonferenz widmete, war natürlich für die geladenen Gäste kaum unbekanntes Terrain. Was den Teilnehmern vor Ort jedoch vermittelt werden konnte, war ein umfassendes Wissen von Experten, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven für die Hauptzielgruppen der Veranstaltung beleuchteten: für Vertreter aus Regionen, Kommunen und Unternehmen.

Bedeutsamkeit von Regionalmarken

So stellte Dr. Hubert Bratl, Geschäftsführer i.R. der Agentur invent, eingangs die Bedeutsamkeit von Regionalmarken dar: „Gut entwickelte und geführte Regionalmarken bringen für die Fachkräftinitiativen der Städte und Regionen jene Anziehungs- und Bindekraft, die für das Kommen und Bleiben von Fachkräften und jungen Talenten unverzichtbar erscheint.“ Beispielhaft hierfür stellten anschließend Veit Meggle und Dr. Celine Schulz von der Kreisentwicklung des Landkreises Donau-Ries ihre Erfahrungen mit der Entwicklung der Regionenmarke DONAURIES vor.

Einem erfrischend innovativen Ansatz präsentierte Carolin Gößen, die als Inhaberin der Agentur CG Talent.Mensch den Anwesenden die Chancen aufzeigte, wie individuelle Stärken von Mitarbeitern zu nutzen seien: „Wenn ein Mensch begeistert ist von dem was er tut, dann ist Erfolg die einzig logische Konsequenz. Demnach geht es darum, die Menschen in Unternehmen so zu platzieren, dass sie ihren natürlichen Stärken und Talenten entsprechend arbeiten können. Dies sorgt für eine hohe Motivation, bessere Ergebnisse und weniger Krankheit. Stärken stärken, Schwächen managen lautet die Zauberformel für zufriedene Menschen und Mitarbeiter.“

Stärken nutzen

Dieser intrinsische Ansatz der Fachkräftesicherung wurde von den Teilnehmern sehr positiv aufgenommen, zumal im Anschluss auch Unternehmen aus dem Landkreis von ihren Praxiserfahrungen auf diesem Themenfeld berichteten.

Im Vorfeld der fachlichen Vorträge wurde den Gästen ein umfangreiches Rahmenprogramm im Landkreis Donau-Ries geboten – ob eine Führung durch das Erlebnis-Geotop Lindle in Nördlingen, der Besuch bei Airbus Helicopters in Donauwörth oder eine Schlossführung durch die Harburg. Zudem rundete die musikalische Unternehmung durch das Holzbläser Trio aus dem Landkreis Donau-Ries sowie der informelle Ausklang bei Brotzeit im Innenhof der Harburg den hochsommerlichen Tag stimmig ab.

Rahmenprogramm

Das Stadtfest hatte mit der Einweihung einer acht Meter hohen Helix-Skulptur begonnen,



Gastgeber und Veranstalter der Metropolkonferenz 2019. Von links: Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer EMM e.V.; Wolfgang Kilian, Bürgermeister Stadt Harburg; Dr. Eva Krumme; stv. Geschäftsführerin EMM e.V.; Stefan Rößle, Landrat Donau-Ries.

Bild: Marco Kleebauer



Ministerpräsident Dr. Markus Söder trägt sich im Beisein von Penzbergs 1. Bürgermeisterin Elke Zehetner in das Goldene Buch ein.

Bild: Staatskanzlei

100 Jahre Stadt Penzberg:

Feier-Tage der Superlative

Das ganze Jahr bereits feiert Penzberg in Oberbayern seine Stadterhebung vor 100 Jahren. Alles begann am Neujahrstag mit einem Standkonzert der Stadt- und Bergknappenkapelle auf dem Stadtplatz. Zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen stehen noch ins Haus, so im September ein historischer Festzug mit anschließendem Festabend.

Mit einem „Programm der Superlative“ ging inzwischen das dreitägige bunte und vielfältige Stadtfest über die Bühne. „Stargast“ der Festivitäten war Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der es sich nicht nehmen ließ, am Festabend mit zahlreichen Ehrengästen teilzunehmen.

Stolze Stadt mit Charme

Beim Festakt in der Stadthalle beschrieb Bürgermeisterin Elke Zehetner eingangs zwei Zukunftsaufgaben: den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu festigen und den Charme der Stadt zu bewahren. Ministerpräsident Söder lobte die Stadt im Landkreis Weilheim-Schongau als eine „stolze Stadt, die ohne Bergwerk nicht entstanden wäre“ und würdigte ihre Entwicklung zum Biotechnologie-Standort.

Das Stadtfest hatte mit der Einweihung einer acht Meter hohen Helix-Skulptur begonnen,

ehe die mit meterhohen Lichtsäulen illuminierte Innenstadt zum Flanieren und Bummeln einlud. Geboten waren eine lange Einkaufsnacht, ein Weinfest, ein „KreAktivtag“ der Penzberger Vereine, eine interkonfessionelle Andacht und zwei Stadtwetten. Zudem verwandelte sich der Stadtplatz in eine Konzertbühne.

Am 2. April 1918 hatte Michael Pfalzgraf, Mitglied des Gemeindeausschusses, den Antrag gestellt, „die Gemeindeverwaltung möge bei der nächsten Gemeindeausschusssitzung den Punkt ‚Aufhebung der ländlichen und Einführung der städtischen Verfassung‘ auf die Tagesordnung setzen“. Es dauerte allerdings bis zum 1. März 1919, bis das bayerische Innenministerium der Bitte der Penzberger entsprach und aus Penzberg eine Stadt wurde. Die Stadterhebung wurde am 21. April 1919 zusammen mit dem Kriegerheimkehrfest gefeiert. DK

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Wie bin ich froh, kein A-Promi zu sein. So ist mir auf ewig die Premiere auf dem grünen Hügel verschlossen und die damit verbundene Qual.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kokettierte mal wieder mit seiner nur auf das Städtchen und die Region beschränkten Prominenz, obwohl er sich – ganz unter uns – eine Einladung zur Premiere der Richard-Wagner-Festspiele vorstellen könnte.

Obwohl, wenn man die Berichte liest oder die Fernsehbilder sieht, möchte man Ende Juli lieber wer weiß wo anders sein, als im Festspielhaus in Bayreuth. Sengende Sonne, zwischen 35 und 40 Grad, Abendgarderobe, Smoking (gut, wer seine politische Zukunft in der

Festspiel- und Festival-Land Bayern

Vergangenheit hatte, kann auch mal auf die Fliege verzichten), unbequeme, enge Bestuhlung, keine Klimaanlage und eine endlos lange Oper. Was sich wie eine ausgeklügelte Folter anhört, ist in Wahrheit alljährlich der inoffizielle Höhepunkt des Festspielsommers in Bayern.

Die Wagner-Festspiele sind sozusagen die Walhall der Festivals in Bayern, die den Hauch von Exklusivität und Distinktion verspüren lassen, die Festspiele wohl ursprünglich in sich tragen sollten. Ein besonderes Kulturerlebnis für die Besonderen.

Das ist natürlich längst auch in Bayreuth anders, ebenso wie bei den anderen großen Opernfestspielen im Süden, in München. Dort wird mit Hingabe das zeitgenössische Musiktheater gepflegt und die Hochkultur ist durch eine ganze Reihe Veranstaltungen rund um die Opernfestspiele längst für Leute wie Du und ich demokratisiert. Allein „Oper für alle“ auf dem Max-Josephs-Platz hatte zu den besten Zeiten 12.000 Zuschauer!

Überhaupt ist Bayern das Festspiel- und Festival-Land in Deutschland. Wer sich mal auf die Internetseite des Bayerischen Kultministeriums verirrt und dort den Festspielkalender für Bayern von den Ansbacher Rokoko-Festspielen bis zu den Wurzer Sommerkonzerten

durchscrollt, der sieht, dass der Freistaat jedes Jahr für jeden Geschmack und in jeder Region abwechslungsreiche, spannende und hochklassige kulturelle Schmankerl anbietet hat.

Ob im fürstlichen Rahmen wie in Regensburg, am Flussufer wie in Würzburg, in einem dörflichen Theaterbau wie in Kiefersfelden oder auf einem Gutshof wie im Chiemgau – es gibt fast keine Location, die zu ausgefallen, zu schwierig herzurichten oder zu unwegsam zu erreichen wäre, um der Freude am Theater, der Musik, der Literatur oder der Poesie Grenzen zu setzen.

Natürlich schaut man als Stadt ohne große Festspieltradition auch neidisch auf Memmingen mit dem Fischertag, Mindelheim mit dem Frundsbergfest, Oberammergau mit der Passion oder Landshut mit der Hochzeit. Aber das zeigt auch, dass die große Anzahl der Feste, Festivals und Festspiele in Bayern nicht in erster Linie dem Tourismus und dem Kommerz zu verdanken ist, sondern dass dahinter fast immer viel örtliches Engagement, eine langjährige Tradition und große Anteilnahme der Bevölkerung steht.

Schließlich war es ja auch für Bayreuth ein Glücksfall, dass Wagner sich – Münchens überdrüssig – in die verträumte ehemalige Residenzstadt verliebte und dort die Weihstätte für seinen künstlerischen Nachruhm entstehen sehen wollte. Leider war unserer Stadt eine solche Erweckung bisher nicht vergönnt, aber wer weiß, was das Schicksal noch bereit hält?

Mein Chef, der Bürgermeister, jedenfalls hat sich vorgenommen, in der kommenden ruhigen Urlaubszeit mal nicht in fremde Gefilde zu entfliehen, sondern eine Tour durch Bayern zu machen und dabei auch das eine oder andere Festival zu besuchen. Karten hat er schon, denn die Aufführungen sind in der Regel beliebt. Ob er Anregungen für unsere Stadt mitbringen wird? Jedenfalls wünsche ich ihm schöne Ferien und hoffe, dass er die Kulturreise ganz im Sinne Paul Klees genießen kann: „Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar.“

Ihre
Sabrina

Psychiatrische und neurologische Versorgung in Mainkofen:

Bestmögliches Gesamtpaket

Feierliche Übergabe des ersten Bauabschnitts zur Neustrukturierung des Bezirksklinikums und Spatenstich zum zweiten Bauabschnitt

Zahlreiche Gäste waren der Einladung des Bezirks Niederbayern zur feierlichen Übergabe des ersten Bauabschnitts im Bezirksklinikum Mainkofen gefolgt. Dieser erste von insgesamt drei Bauabschnitten ist wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzeptes zur Neustrukturierung des Klinikums. Zu dem nun fertiggestellten Gebäuden gehören das Zentrum für Alltagspsychiatrie mit insgesamt vier Stationen und 80 Betten, der sog. Würfel 1 des Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen mit 40 Betten und das Zentrum für Krisenintervention mit 12 Betten.

Vor rund drei Jahren war der Grundstein für das Großprojekt ‚Neustrukturierung‘ am Bezirksklinikum Mainkofen gelegt worden. Für den ersten Bauabschnitt seien 43 Millionen Euro investiert worden, sagte Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bei seiner Begrüßung. Das entspräche 39.000 Euro, die während der Bauzeit tagtäglich in Mainkofen verbaut wurden. „Doch jeder Euro, den der Bezirk hier investiert, ist es wert“, betonte der Bezirksstagspräsident. „Denn wir müssen und wollen die zeitgemäße psychiatrische und neurologische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Mit den Baumaßnahmen im Rahmen der Neustrukturierung rückt das Ziel, unseren Patienten ein bestmögliches Gesamtpaket zu bieten, nun immer näher.“

Der stellvertretende Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, Ministerialdirigent Peter Steiert, hob in seiner Festrede hervor, dass es einerseits gelte, im Rahmen der Dezentralisierung regionale Versorgungseinrichtungen zu schaffen. „Auf der anderen Seite ist eine Balance zwischen wohn-

ornahen Therapieangeboten und leistungsfähigen zentralen Einrichtungen erforderlich“ stellte Steiert fest.

Straffer Zeitplan

Nach Grußworten des Deggendorfer Landrats Christian Bernreiter und dem Oberbürgermeister der Stadt Deggendorf, Dr. Christian Moser, übergab Architekt Jo-

chen Eggert den symbolischen Schlüssel an Bezirksstagspräsident Heinrich.

Am späten Nachmittag gab dieser beim Spatenstich zum Bauabschnitt 2 das offizielle Startsignal für das nächste Teilziel. Dabei wird das ‚Zentrum für Suchterkrankungen‘ mit dem sog. Würfel 2 vervollständigt, das auf dem Grundstück des bereits abgerissenen Bestandsgebäudes B9 gebaut wird. Die Kosten für Bauabschnitt 2 werden etwa 14 Millionen Euro betragen. „Wenn diese Baumaßnahme dann voraussichtlich im Juli 2021 abgeschlossen sein wird, steht noch der 3. Bauabschnitt mit einem Investitionsvolumen von bis zu 35 Millionen Euro an“, erläuterte Heinrich. □



Besichtigten die zum 1. Bauabschnitt gehörigen neuen Gebäude (v.l.): Bezirksbaumeister Matthias Kopf, Ministerialdirigent Peter Steiert, Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl, Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Krankenhausdirektor Gerhard Schneider.

Bild: Bezirk Niederbayern/Bäter

Ratssitzung und Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg:

Gateway ländliche Räume

Die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft wurden im Rahmen der jüngsten Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg in Weiden gestellt. Der Ratsvorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Andreas Starke, freute sich über die Fülle und Qualität der Projekte. Der 13. Wissenschaftstag, der im Anschluss an die Sitzung startete, sei das beste Beispiel für die Agilität der Region bei Zukunftsthemen.

Große Zustimmung fand der Vorschlag zum Ausbau der fairen Beschaffung. 56 Kommunen und Landkreise, 70 Schulen und 6 Hochschulen tragen aktuell einen Fairtrade-Titel und gestalten durch ihr Engagement die Faire Metropolregion. Dennoch hat eine Umfrage ergeben, dass nur 28 Prozent der Kommunen faire Produkte beschaffen und per Beschluss Sozial- und Umweltstandards bei Anschaffungen berücksichtigen. Nach dem Willen der Kommunen soll dies geändert werden.

Mit dem „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Europäischen Metropolregion Nürnberg“ beschlossen sie, dass im kommenden Jahr acht Millionen Euro in die Beschaffung fairer Produkte fließen sollen. Damit erklärten sich die Kommunen bereit, entsprechende Stadt-, Gemeinderats- und Kreisbeschlüsse sowie verbindliche Beschaffungsleitlinien für

nachhaltige Produkte zu prüfen. Für viele Verwaltungen stellen Beschaffungsverfahren bislang ein komplexes Thema dar, es fehlen Information und Erfahrungswissen. Dabei gibt es in der Region bereits zahlreiche gute Beispiele. „Hier kommt die öffentlich geförderte Entwicklungsagentur Faire Metropolregion ins Spiel, die den Kommunen bei der Beschaffung beratend zur Seite stehen soll und die bisherigen Erfahrungen bündelt“, informierte Thomas Thumann, politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und Oberbürgermeister der Stadt Neumarkt. Hier solle auch erhoben werden, ob die Beschaffungsziele von acht Millionen Euro erreicht werden oder gar nach oben korrigiert werden können. Unterzeichnet wird der Pakt am 1. Oktober 2019 beim 1. Fair Trade Gipfel der Metropolregion Nürnberg in Bamberg.

Ebenfalls auf der Agenda der

Ratssitzung stand die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 der Stadt Nürnberg. Ziel ist es, das größte und bedeutendste Kulturprojekt der nächsten Jahre in Deutschland in die Metropolregion zu holen. Welche Projekte 2020 in der Metropolregion umgesetzt werden, wurde ebenfalls beraten. Dazu zählt als Großveranstaltung die 3. Klimaschutzkonferenz der Metropolregion Nürnberg, die im Februar kommenden Jahres in Bayreuth stattfinden soll. Bereits etablierte Formate werden auch 2020 fortgeführt.

Fachpanels

Rund 700 Gäste kamen im Anschluss zum „wissenschaftlichen Schaufenster“ der Metropolregion. Unter dem Motto „Gateway ländliche Räume“ wurden beim Wissenschaftstag Kernthemen der Metropolregion in Fachvorträgen diskutiert. Die fünf Fachpanels Arbeit und Bildung 4.0, Logistik und E-Commerce, Gesundheit

als Chance für Versorgung und Wirtschaft, Gateway Mittel- und Osteuropa sowie Energie, Technologie und Nachhaltigkeit weckten das Interesse der zahlreichen Teilnehmer.

Neben den Panels boten auch Informationsstände im Ausstellungsbereich die Möglichkeit, mehr über die wissenschaftlichen Kompetenzen in der Metropolregion Nürnberg zu erfahren und ins Gespräch zu kommen. Hochschulen und ausgewählte Forschungseinrichtungen der Region, aber auch Partner des Wissenschaftstags informierten hier über Kompetenzzentren und unternehmerische Aktivitäten. Zudem gab eine Talkrunde mit dem tschechischen Vizepremier Dr. Karel Havlíček, Staatsminister Dr. Florian Herrmann und OTH-Präsidentin Prof. Dr. Andrea Klug Einblicke in die deutsch-tschechische Zusammenarbeit.

Gastgeber des Wissenschaftstags waren neben der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden (OTH Amberg-Weiden) und der Stadt Weiden die Landkreise Neustadt an der Waldnaab und Tirschenreuth. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des 12. Bayerischen EnergieForums der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Gesundheitsregionplus Passauer Land wird weiter gefördert

Sicherung der medizinischen Versorgung bleibt weiterhin Ziel
Neue Projekte bereits in Planung

Die Gesundheitsregionplus Passauer Land wird weiter gefördert. Das hat die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml in einem Schreiben an Landrat Franz Meyer mitgeteilt. Im Landkreis Passau hat man bereits mit der Fortführung der Förderung gerechnet, deshalb sind auch bereits Projekte für die kommende Förderphase in Planung.

Das Projekt der Gesundheitsregionen in Bayern hat als Hauptziel die Sicherung der medizinischen Versorgung besonders im ländlichen Raum. Seit Beginn des Projekts 2015 leitet Franziska Solger-Heinz die Geschäftsstelle der Gesundheitsregionplus Passauer Land. Der aktuelle Förderzeitraum läuft zum Jahresende aus. Im Doppelhaushalt 2019/2020 wurden jedoch laut Gesundheitsministerium weitere Mittel eingestellt.

Anerkennung für Projektergebnisse

Dass der Freistaat Bayern die Gesundheitsregionplus Passauer Land nun weiter unterstützt, liegt sicher auch an den Ergebnissen aus der Projektarbeit, die überregional für Aufmerksamkeit und Anerkennung gesorgt haben, so Franziska Solger-Heinz und Landrat Franz Meyer. So gab es für die Infomappe „Gesundheit und Migration für Helfende“, die sowohl als Print-Version als auch digital verfügbar ist, Lob und Dank von Innenminister

Joachim Herrmann und Gesundheitsministerin Huml. Die Passauer Vorlage soll mit kleinen Änderungen künftig bayernweit genutzt werden können.

Franziska Solger-Heinz hat nach der positiven Nachricht aus München bereits die nächsten Projekte in Planung. Um beispielsweise die Nachwuchsgewinnung in Medizin und Pflege sicherzustellen, ist für die nächste Zeit ein Workshop mit Medizinstudenten in der Region geplant. Außerdem soll der Demenzwegweiser neu aufgelegt werden, da die erste Auflage bereits vergriffen ist.

„Ich habe mehrmals mit Ministerin Huml über die Fortführung der Förderung gesprochen und freue mich nun sehr über die positive Entscheidung“, so Landrat Franz Meyer. Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sei dieses Projekt von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang dankt der Landrat auch den Landtagsabgeordneten Dr. Gerhard Waschler und Walter Taubeneder für ihre Unterstützung.

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 12. September 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Garten- und Landschaftsbau · Forstwirtschaft · Friedhof
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

Bürgermeisterwahlen im Freistaat

Bei der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in der oberbayerischen Gemeinde Benediktbeuern behielt Toni Ortlieb (Bürgervereinigung) äußerst knapp mit 51,05 Prozent der Wählerstimmen die Oberhand. Sein Kontrahent Hanns-Frank Seller von der CSU kam auf 48,95 Prozent. Die Wahl war nach dem plötzlichen Tod von Hans Kieferauer im März nötig geworden.

In der Gemeinde Stetten im Oberallgäu wurde der bislang kommissarische Amtsinhaber Uwe Gelhardt (parteilos) von den rund 1.100 Wählern mit 52,3 Prozent zum Rathauschef gewählt. CSU-Kandidat Robert Kopp erreichte 44,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 60 Prozent. Notwendig geworden war die Wahl, weil 1. Bürgermeister Richard Linzing im vergangenen April gestorben war. Der Bürgermeister in Stetten arbeitet ehrenamtlich. **DK**

LIEFERANTEN **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Gewerbebau



Infrastrukturanbieter



Kommunale IT



Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Kommunaler Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung



www.bayernlabo.de

Bayern Labo

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



12. Bayerisches EnergieForum in Garching Klimaschutz jetzt!

Zum 12. Mal veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung ihr EnergieForum unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“. Über 200 Kommunalvertreter informierten sich einmal mehr über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxisbeispiele. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungierte auch in diesem Jahr TV Bayern live. 35 Partner und 21 Aussteller wohnten der bewährten Austauschplattform zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien bei.

Gemeinsam mit der Bayerischen GemeindeZeitung gestaltete die dena den Themenraum „Kommunaler Klimaschutz durch Energiemanagement und Energieeinsparungsgarantien“ und präsentierte sich vor Ort außerdem mit einem eigenen Stand. Schwerpunkte des von Stefan Drexelmeier (Bayerische Energieagenturen e.V.) moderierten Themenraums waren das Energie- und Klimaschutzmanagementsystem, das die dena speziell für Kommunen konzipiert hat, sowie die Dienstleistung Energiespar-Contracting. Die zahlreichen Teilnehmer erfuhren außerdem, welche Unterstützungsmöglichkeiten der Bund und die dena Kommunen beim Verbessern ihrer Energieeffizienz bieten. Praxisbeispiele aus dem kommunalen Klimaschutz und eine Podiumsdiskussion rundeten die Veranstaltung ab.

Laut GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel haben Wissenschaftler in diesen Tagen die höchste CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre seit Beginn der Aufzeichnungen registriert. Das Mauna Loa Observatorium in Hawaii habe 41,26 CO₂-Teilchen pro Million Teilchen Luft (ppm) gemessen. So hoch wie heute sei der CO₂-Gehalt in der Luft zuletzt vor drei Millionen Jahren gewesen. Das Observatorium dokumentiere den CO₂-Gehalt der Atmosphäre seit den 1950er Jahren.

In den vergangenen Jahren seien immer neue CO₂-Rekorde gebrochen worden, „denn trotz des wachsenden Problembewusstseins setzt der Mensch Jahr für Jahr mehr CO₂ frei“.

Dies zeige sich nicht nur in den absoluten Werten, sondern auch im Ausmaß des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre. Zwischen 1. Januar 2018 und 1. Januar 2019 sei der Gehalt von 407,05 ppm auf 409,92 ppm gewachsen – der viertstärkste Anstieg seit Beginn der Messungen. Drei der vier Jahre mit dem höchsten CO₂-Anstieg in der Atmosphäre lägen in den vergangenen vier Jahren. Während 1959 „nur“ 315,97 ppm gemessen wurden, liege der aktuelle Wert bei 415 ppm.

Tatsache ist: „Noch nie haben Menschen innerhalb einer Generation diese Erde so verändert, wie dies genau jetzt der Fall ist“, hob von Hassel hervor. Die Zeit sei reif zum Handeln. Schließlich sollte den Kindern und Enkeln eine Welt übergeben werden, in der sie gut leben können. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck und die Vorträge – soweit sie freigegeben wurden – sowie die Links zu den Ausstellern stehen im GZ-Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download in der Gruppe „Energie“ bereit.



Staatsminister Hubert Aiwanger, StMWi

Staatsminister Hubert Aiwanger | StMWi

Die bayerische Energiepolitik ist aktiv

Wir brauchen eine Energiewende 2.0. Der Umbau der Energieversorgung, hin zu den erneuerbaren Energien muss Fahrt aufnehmen. Dabei sind die Rahmendaten gesetzt. Ende 2022 geht das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz. Da bleibt nicht mehr viel Zeit. Inzwischen wurde mit dem Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 der nächste Meilenstein klar definiert. Jetzt muss ebenso klar präzisiert werden, wie die wegfallende gesicherte Leistung ersetzt werden soll.

Bayern steht fest dafür ein, dass die Energieversorgung auch in Zukunft bezahlbar, sicher und nachhaltig bleibt, mit Erzeugung möglichst vor Ort. Das ist aber nicht so einfach sicherzustellen. Wir dürfen uns nicht leichtgläubig darauf verlassen, dass der Strom aus Norddeutschland schon kommen wird, wenn wir ihn brauchen. Bis wann die HGÜ-Leitungen fertig gebaut sind, ist unsicher. Unabhängig davon brauchen wir ausreichend Grundlast, also Gaskraft und natürlich massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Energiewende ist eine erhebliche Kraftanstrengung, die nur gemeinsam zu schaffen ist und den Einsatz aller verfügbaren Möglichkeiten und das Engagement aller Beteiligten verlangt.

Der Fokus der Energiewende in Bayern muss grundsätzlich darauf liegen, die wirtschafts- und standortpolitische Dimension der Energiepolitik in den Vordergrund zu rücken. Ein Schlüssel dafür wird es sein, Energie zeit- und ortsnah zum Verbrauchsort in Bayern zu produzieren und damit Wertschöpfung und Akzeptanz im ländlichen Raum zu schaffen. Dafür brauchen wir möglichst viel energiefachliches Know-How vor Ort in den Kommunen. Unterstützend hierbei wirken z. B. die bestehenden Programme des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, wie das „Energiecoaching Plus“ und die Förderung zu Erstellung und Umsetzung kommunaler Energienutzungspläne. Wir geben auch eine Anschubfinanzierung bei der Gründung kommunaler Energieagenturen. Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Energiewende vor Ort. Zahlreiche Kommunen haben schon viel erreicht. Ich will dennoch alle Kommunen weiter stärken und die Zusammenarbeit mit uns weiter verbessern.

Der Ausbau der Erneuerbaren gelingt und trägt zu einer sicheren Energieversorgung bei, wenn wir es schaffen, die Flexibilität auf Angebots- und Nachfrageseite zu erhöhen.

Hierfür gibt es mehrere Optionen:

Preisreize, Speicherung, Sektorenkopplung, z. B. mit Power-to-X, Reservekraftwerke und Lastmanagement. Diese Optionen müssen sich in einem fairen Wettbewerb miteinander messen. Alle Varianten haben Potenziale, die ausgeschöpft werden können und müssen.

Versorgungssicherheit

Ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren setzt auch voraus, dass Anlagen, die demnächst aus der EEG-Förderung herausfallen, nicht außer Betrieb genommen werden. Wir müssen deshalb Wege aufzeigen, wie ein wirtschaftlicher Betrieb weiter möglich ist. Beispielsweise ist hier die Umstellung auf Eigenstromversorgung mit Vermarktung der Restmengen eine Chance. Das ist schon jetzt oft wirtschaftlich darstellbar und kann durch Einbau eines richtig dimensionierten Speichersystems noch deutlich optimiert werden. Ein wesentlicher Zusatzeffekt ist, dass bei netzdienlicher Betriebsweise des Speichers der Netzausbau ein wenig kleiner ausfallen kann und die Versorgungssicherheit für alle steigt.

Wir müssen also alle Register ziehen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen und damit auch unsere Wirtschaftskreisläufe vor Ort zu stärken. ■

Detlef Fischer | VBEW – Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Die Energiewende geht uns alle an!

Auf der Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 wurde beschlossen, dass die Menschheit 2051 quasi klimaneutral zu leben hat. Einstimmig hat der Deutsche Bundestag ein Jahr später dem Beitritt Deutschlands zum Pariser Klimaabkommen zugestimmt. Alle Abgeordneten ziehen beim Klimaschutz also an einem Strang, sollte man meinen. „Aber haben Sie davon schon etwas in der Praxis bemerkt? Nicht jedem ist offenbar klar, was das bedeutet“, unterstrich VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer.



Detlef Fischer mit Veranstalterin Theresa von Hassel

Anhand der Maslowschen Bedürfnispyramide erklärte er die Diskrepanz zwischen dem, was wir wollen und dem, was wir bereit sind, tatsächlich zu tun. Daher werde die Energiewende in einer freien Welt nur gelingen mit nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen, die in allen signifikanten Eigenschaften besser sind als die nicht nachhaltigen Produkte. „Wir brauchen für die Energiewende nachhaltige Produkte, die Spaß machen und keine Verzichtprodukte. Die Elektromobilität wird Spaß machen und ist alles andere als Verzicht“, hob Fischer hervor.

„Eine Energiewende muss nicht nur eine Stromerzeugungswende, sondern natürlich insbesondere eine Mobilitätswende sein“, so der VBEW-Geschäftsführer. Am Beispiel des Massengeschäfts Kreuzfahrten, das insbesondere wegen hoher Schadstoffemissionen im Kreuzfeuer der Kritik steht und des unablässigen Flugwahns zeigte er auf, dass Massentourismus und Nachhaltigkeit nun einmal unvereinbar sind.

Wie Fischer erläuterte, hatte der Flughafen München in den Pfingstferien 2019 so viele Fluggäste wie noch nie in diesem Zeitraum. Für die Ferien waren 20.000 Starts und Landungen gemeldet. Gut 2,4 Millionen Passagiere haben den Airport im Erdinger Moos laut Flughafen GmbH für eine Reise genutzt.

Zwar wolle der MUC bis zum Jahr 2030 als erster deutscher Flughafen CO₂-neutral sein, doch gelte dies nur für den Boden. In der Luft (Frachtverkehr ausgenommen) wurden 2018 ca. 9 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Dies entspricht etwa 12 % der offiziellen bayerischen CO₂-Emissionen – Tendenz steigend.

Laut Fischers „finaler Erkenntnis nach vielen Jahren Energiewende“ stecken gerade „die Ökos“, längst enttarnt als weltläufige Vielflieger, in einem echten Dilemma, wollen sie doch die Energiewende eigentlich unbedingt haben und damit die Welt vor dem Untergang retten. Dafür hätten sie

jahrzehntelang gegen die Mainstream-Lobby gekämpft, sich dafür mit Ketten mit Bahngleisen verbunden, sich mit Wasserwerfern bespritzen lassen, „und aber mehrheitlich nicht begriffen, dass man dafür heimische Landschaft und Raum in einem erheblich größeren Umfang in Anspruch nehmen muss als bei einer Energiegewinnung aus fossilen und nuklearen Energieträgern“.

Beispiel Windräder:

Sehr zahlreich sind sie in Oberfranken zu finden, vergleichsweise wenig in Oberbayern. „Wer wie ich in Oberfranken aufgewachsen ist, erkennt die Landschaft nicht wieder“, so Fischer. „Dies ist allerdings zu akzeptieren, wenn ich die Energiewende will.“ Tatsächlich aber schafften es manche Leute intellektuell, gleichzeitig gegen Kernkraft und Stromtrassen zu demonstrieren. Sie sind aber für die Energiewende. Nur woanders. Aus Fischers Sicht „der pure Wahnsinn“.

Beispiel Bürgerentscheid in Lam/Bayerischer Wald (2015):

Mehr als 85 % der Bürger wollten kein Pumpspeicherkraftwerk am Osser. Abgelehnt. Beispiel Bürgerentscheid Bodenkirchen bei Landshut (2018): „Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Bodenkirchen alle notwendigen Untersuchungen und Vorbereitungen zur wirtschaftlichen und umweltverträglichen Nutzung der Windkraft im Gemeindebereich unternimmt und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt?“ Ergebnis: Nein! (56,4 %).

Fischers Fazit: „Die Politik und die Gesellschaft sind mit der Energiewende heillos überfordert. Mit herkömmlichen Lösungsansätzen wie Fördermechanismen, Freiwilligkeit und Suffizienz ist sie niemals bis 2050 zu schaffen.“ Deshalb sein Appell: „Die Bevölkerung muss rasch darüber aufgeklärt werden, dass eine Energiewende bis 2050 nicht ohne eine signifikante Änderung des Lebensstils (insbesondere der Eliten) zu haben sein wird. Mutige Politiker müssen unterstützt werden. Hören wir auf, uns etwas vorzumachen. Schönrechnen hilft dem Klima nicht; es gilt deshalb, ehrliche Energie- und Klimastatistiken durchführen.“

Benötigt werde ein System, das klimaschädliches Verhalten massiv bestraft und bei dem klimafreundliches Verhalten zum Normalfall wird. Dabei schwebt dem VBEW-Geschäftsführer nicht nur die Einführung eines CO₂-Preises vor, sondern auch einer CO₂-Card mit einem persönlichen CO₂-Konto. Konkret bedeutet dies: Jede in Deutschland lebende Person erhält monatlich eine gleich hohe Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten. Damit wird den Menschen selbst die Entscheidung überlassen, welche Maßnahmen zur Emissionsreduktion sie treffen wollen. „Pilotprojekt gefällig? Mitstreiter sind willkommen!“ ■



Saubere Zukunftsmobilität für kommunale Nutzfahrzeuge



Thomas Wöber

Thomas Wöber | gibgas consulting, erdgas schwaben GmbH

Kommunale und klimaneutrale Nutzfahrzeuge mit CNG- und E-Antrieb

Nimmt man den Klimaschutz im Mobilitätsbereich ernst, sind nachhaltige Antriebe wie die CNG- und E-Mobilität, je nach Anwendungsgebiet, eine gute und sinnvolle Alternative zum Dieselmotorkraftstoff. So können beim Einsatz von nachhaltigen Antrieben die Emissionen auf klimaneutral gestellt, Abgase massiv reduziert und Betriebskosten in vielen Fällen gesenkt werden.

Gerade im kommunalen Bereich gibt es mittlerweile praxisbewährte Lösungen. Mit PKW- und Nutzfahrzeugen, die mit dem Kraftstoff CNG (Compressed Natural Gas, gasförmig komprimiertes Methan) oder mit ökologisch erzeugtem Strom unterwegs sind, haben Städte und Gemeinden die besten Karten. „Entscheidend ist, dass der jeweilige alternative Antrieb optimal auf die Bedürfnisse des Bauhofes, der städtischen Reinigung und bei PKW-Nutzungen passt“, stellte Thomas Wöber fest.

Auf Basis der „Well-to-Wheel-Betrachtung“, der ganzheitlichen Effizienzbetrachtung des Treibhausgas CO₂ vom Bohrloch (Erzeugung) bis zu Rad (Verwendung), haben die CNG- und Elektrofahrzeuge starke Argumente. Tanken zum Beispiel Gasfahrzeuge CNG aus Biomethan und Ökostrom im Liefergebiet von erdgas schwaben, sinken die CO₂-Emissionen um satte 100 % gegenüber einem vergleichbaren Benzin-Fahrzeug. Auch beim Feinstaub und bei den Stickoxiden (NO_x) sind Reduktionen bis zu 100 % möglich. „Das ist praktizierter Umweltschutz, der sofort nutzbar ist und einen echten Beitrag zur Schadstoffreduzierung leistet“, führte Wöber aus.

Der Kraftstoff CNG, der aus den Quellen Biomethan, Erdgas und Methan aus Ökostrom bereitgestellt werden kann, überzeugt auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Die Anschaffungskosten liegen leicht über dem Diesel. Bereits innerhalb weniger Jahre im Betrieb haben sich die leichten Nutzfahrzeuge im Rahmen der Nutzungsdauer amortisiert.

Gerade im kommunalen Einsatz können bestimmte Fahrzeug-Klassen optimal eingesetzt werden, sei es der E-StreetScooter (Ausführung „Work L“/Kasten) oder der IVECO Daily CNG als Pritsche/Kasten für den Bauhof oder

aber im Bereich der Abfallentsorgung und Straßenreinigung eine CNG-Straßenkehrmaschine vom Hersteller DULEVO Modell 6000 CNG.



1. Die umweltschonende Straßenkehrmaschine DULEVO 6000 CNG fährt klimaneutral mit Biomethan.
2. Der StreetScooter „Work L“ fährt rein elektrisch und ist mit verschiedenen Aufbauten verfügbar.

erdgas schwaben betreibt an sechs Standorten CNG-Tankstellen, die 100 % klimaneutrales und reststoffbasiertes Biomethan abgeben. An allen erdgas schwaben-Standorten wie Augsburg, Donauwörth, Günzburg, Nördlingen, Kaufbeuren und Kempten sind bereits öffentlich zugängliche E-Ladestationen aufgebaut. Weitere Standorte sind in Planung.

Bei der Prüfung, ob klimaneutrale CNG-Gas- und Elektrofahrzeuge genutzt werden können, sind 90 % der Fahrten eines Autofahrers im gleichen Aktionsradius. Bei den Fahrten zu Arbeit, Freizeit, Familien sowie im kommunalen Einsatz gilt es zu prüfen, ob der PKW/Nutzfahrzeug-Fahrer gewohnheitsmäßig an den CNG-Tankstellen und E-Ladesäulen vorbeikommt. Ein Überblick der CNG-Tankstellen und E-Ladesäulen findet sich auf:

www.gibgas.de/Tankstellen und www.ladenetz.de

erdgas schwaben bietet zusammen mit Thomas Wöber von gibgas im Liefergebiet auch Mobilitätsberatungen für den Einsatz von CNG-Fahrzeugen und E-Mobilen im kommunalen Einsatz an. ■

Christian Stettner | Südwärme AG

Kommune und Contracting – eine erfolgsversprechende Partnerschaft



Christian Stettner

„Der Sanierungsstau in den Liegenschaften (Heizräumen) ist erheblich und die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden. Hier stellt Contracting eine Lösungsmöglichkeit dar“, hob Christian Stettner (Technischer Vertrieb) hervor.

Ein Contractor liefert das „fertige“ Produkt Wärme/Strom“. Er plant, baut, finanziert und betreibt speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Vorteile für die Kommunen sind die Reduzierung des Sanierungsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem ist keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Auch kann

durch die Bündelung der Einkaufsmengen der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Laut EG-Vertrag gelten beim Deutschen Vergaberecht drei Grundsätze: Gebot der Transparenz, Verbot von Diskriminierung und Gebot des freien und fairen Wettbewerbs. Verfahrensschritte einer Ausschreibung sind die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungsphase sowie die Angebots- und Annahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe, Schnittstellen, Wärmebedarf und Preisstand werden ebenso exakt definiert wie Eignungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote. →

TV BAYERN 

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Mit der Bekanntmachungsphase ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Besichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Angebotsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nichtberücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert. Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden.

Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren

Leistungs- und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, zudem ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabeverfahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden wie VfW, CIB oder dena.

Am Praxisbeispiel eines Seniorenheims (Ausgangssituation: Bestandsgebäude; Heizanlage ist am Ende der Nutzungsdauer – Erdgaskessel; Kunde möchte das Objekt mittels Contracting mit Energie versorgen lassen; Ingenieurbüro ist zuständig für die Durchführung der Ausschreibung; Laufzeit des Contractingvertrags 10 bzw. 15 Jahre;

technisches Konzept frei wählbar; Schnittstelle: „Heizrauminnenkante“; Mittelwert 2018; definierter Energiebedarf Heizlast: 330 kW; Wärmebedarf: ca. 750.000 kWh; Strombedarf: ca. 330.000 kWh) zeigte Stettner mögliche Anlagenvarianten der Neuanlage auf.

Für den optimalen Betrieb der Anlage ist nach seinen Worten die Einbindung externen Know-hows ratsam. Durch einen feststehenden, transparenten Wärmepreis (keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur oder gar Anlagenerneuerung erforderlich) ist eine sichere Haushaltsplanung gewährleistet. Zudem werden Brennstoffkosten durch Kapital und Know-how ersetzt. ■



Dr. Jörg Ochs | SWM Infrastruktur GmbH & Co.KG

Energieversorgung 4.0 – Digitalisierung der Versorgungsnetze

Wie wird die Stadt der Zukunft aussehen? Für München stehen die Zeichen auf Wachstum: Die Einwohnerzahlen in der Metropolregion München werden weiter steigen. Die SWM und ihre Unternehmenstöchter wie die SWM Infrastruktur GmbH bereiten schon jetzt die Zukunft Münchens vor.

Die zentrale Herausforderung: Es gilt, das Zusammenleben auf zunehmend engerem Raum zu organisieren und die Versorgung von immer mehr Menschen mit veränderten Ansprüchen zu gewährleisten. Die SWM ergreifen unterschiedliche Maßnahmen, um die hohe Lebensqualität in der wachsenden Millionenstadt und ihrer Region sicherzustellen.

CarSharing, Mieträder und Co-Working-Bereiche, also offene Büros, werden das Stadtleben immer mehr prägen. Zugleich werden die Bewohnerinnen und Bewohner autonomer und

wollen ihre Lebenswelt selbst gestalten. Energiewende, umweltverträgliche Mobilität, Klimaschutz und fortschreitende Digitalisierung rücken dabei noch weiter in den Vordergrund.

Eine trag- und leistungsfähige Infrastruktur ist die notwendige Voraussetzung für die Stadt von morgen. So benötigen digitale Innovationen hochleistungsfähige Datenautobahnen. Seit 2007 erschließen die SWM mit M-net die Stadt konsequent mit einem Glasfasernetz. Bis Ende 2021 sollen alle Münchner Schulen und Kitas, 70 Prozent der Münchner Haushalte sowie 81.000 Gewerbebetriebe die Möglichkeit haben, einen Glasfaseranschluss zu bekommen. In der Planung ist bereits heute FTTB-3, um 2022 ohne Unterbrechung in den Außenbezirken weiterzuarbeiten. Ziel ist es, langfristig alle Münchner Haushalte an das Glasfasernetz anzuschließen. →

Zur Digitalisierungsinfrastruktur in München gehören weitere Kommunikationsnetze. Neben dem Glasfasernetz mit derzeit 9.000 Kilometern Länge betreiben die SWM ein 1.500 Kilometer langes Kupfernetz. Zudem bieten sie ein öffentliches WLAN-Netz mit 1.500 Access-Punkten. Ein Schlüsselstück für die Smart City ist das neue flächendeckende LoRa-WAN: Das energiesparende, ausfallsichere Funknetz der SWM ist für unterschiedlichste Anwendungen im Internet der Dinge geeignet. So können Nutzer etwa Umweltdaten, Füllstände in der Industrie oder Zugänge in der Gebäudesicherheit überwachen. Mit einer Flächenabdeckung von 5.000 Quadratmetern sind die SWM darüber hinaus der größte öffentliche Tetrafunk-Netzbetreiber in Deutschland.

In den Häusern sorgen künftig intelligente Messsysteme für mehr Transparenz beim Stromverbrauch: Kunden können damit laufend ihren Zählerstand einsehen. Die SWM treiben die neue Smart-Meter-Technik voran: Bis 2020 sollen in einem ersten Schritt zehn Prozent der heutigen Stromzähler auf moderne und datensichere Messeinrichtungen umgestellt sein.

In einem Forschungsprojekt mit der Universität München testen die SWM derzeit, ob über Geräuschsensoren mit künstlicher Intelligenz Leckagen im Wassernetz festgestellt werden können. Durch die Etablierung von Portallösungen wie Internet Self Service für den Netzanschluss / Inbe-

triebsetzung oder die Online-Planauskunft wird die Kundenschnittstelle digitalisiert und ein Monitoring der Prozesse ermöglicht. Ein im Internet frei zugänglicher Baustellenfinder liefert Bürgern, Baufirmen oder Behörden tagesaktuelle Informationen zu laufenden oder geplanten Bauvorhaben.

E-Mobilität ist für die SWM und ihre Verkehrstochter Tradition und Zukunft: Ökostrom treibt Tram- und U-Bahnen an. Bald soll die erste reine E-Buslinie für München kommen und mittelfristig sollen alle eigenen Busse mit Elektroantrieb fahren.

Die SWM machen E-Mobilität auch für Jedermann attraktiver: Bis Ende 2019 werden sie 550 Ökostrom-Ladestationen in München betreiben und bieten zudem private Ladelösungen an. Ihre Anlagen und Netze passen die Stadtwerke München im Hintergrund an die veränderten Bedürfnisse durch E-Mobilität an.

Smarte Vernetzung entwickeln sie auch dort, wo kein Anschluss ans Hauptnetz besteht – etwa im M-Quartier in München-Moosach: Auf 30 Hektar verknüpfen die SWM viele energetisch und technisch zukunftsweisende Services aus ihren Sparten: Photovoltaik, Fernkälteversorgung mittels Grundwasser und Wärmepumpen für Büros, Miet- und Werkwohnungen, aber auch neue Mobilitätslösungen, Ladesäulen und Quartiersboxen. Das M-Quartier wird somit ein leuchtendes Beispiel für die smart vernetzte Stadt der Zukunft. ■

Jetzt mit uns das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ durchführen

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN



Hagen Fuhl



In Praxisbeispielen von Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wurde deutlich, wie die Energiewende speziell im kommunalen Bereich umgesetzt werden kann.

Hagen Fuhl | SenerTec

Erfolgreicher Einsatz von Mini-KWK – anhand von Praxisbeispielen in kommunalen Objekten

1. Gemeinde Dittelbrunn

Um die Einwohner einer Kommune für die Energiewende noch stärker zu sensibilisieren, hat die Gemeinde Dittelbrunn im Frühjahr 2019 einen EnergieMonitor in Zusammenarbeit mit Bayernwerk eingeführt. Er verdeutlicht sehr anschaulich die Zusammenhänge zwischen regionaler Erzeugung und Verbrauch. Gleichzeitig wird anhand der Energiebilanz der Kommune aufgezeigt, an welchen Stellschrauben man drehen kann, um die Anteilsquote der Eigenversorgung zu verbessern.

So wird schnell klar, dass man trotz massiven Ausbaus der Photovoltaik (PV) zwar die Eigenversorgungsanteilquote weiter verbessern kann, jedoch die PV in der Nacht und in den Wintermonaten nichts oder nur wenig zur Eigenversorgung beiträgt. Auch der Windkraftausbau ist aufgrund der 10 H-Regelung in Bayern praktisch zum Erliegen gekommen. Wasserkraft und Biomasse sind ebenfalls endlich. Hier sind keine weiteren signifikanten Ausbaupotenziale zu erwarten.

Es bleibt nur die KWK, um die Versorgungslücke in der Nacht und in den Wintermonaten zu schließen. Dabei lassen sich KWK und PV gut aufeinander abstimmen und wirken so ideal zusammen. Allein die Gemeinde Dittelbrunn unterhält fünf Mini-KWK-Anlagen vom Typ Dachs G 5.5 des Herstellers SenerTec auf Erdgasbasis. Sie stehen in den verschiedensten Objekten wie Feuerwehrhaus, Kindertagesstätte, Schule und Mehrzweckhalle sowie in einer Nahwärmezentrale, an der drei Gebäude angeschlossen sind. Insgesamt verrichten 13 KWK-Anlagen in der Gemeinde ihren Dienst.

2. Gemeinde Bischberg

Eine intelligente Lösung stellt der Einbau von KWK in einer Nahwärmeversorgung dar. Statt in allen Objekten eine eigene Versorgungsstruktur aufzubauen, ist es oftmals kostengünstiger, diese nahegelegenen Objekte aus einer Energiezentrale heraus über ein Nahwärmenetz mit der

notwendigen Wärme und dem Strom zu versorgen. So verdeutlicht das Beispiel einer Nahwärmeversorgung (Schule und Hallenbad) in der Gemeinde Bischberg, wie man mit einer 4er-Kaskade von Mini-KWK-Anlagen statt einem einzigen Modul (manchmal ist dies baulich gar nicht anders möglich) eine kurze Amortisationszeit erzielen kann. Dort erwirtschaften vier Dachs G 5.5 Module seit 2010 einen jährlichen Erlös (beinhaltet bereits die Brennstoff- und Servicekosten) von über 20.000 Euro. Nach Abzug der Kapitalkosten bleiben immerhin ca. 7.000 Euro im Jahr übrig – bei einer CO₂-Einsparung von fast 100 Tonnen pro Jahr. Damit finanzieren sich die Mini-KWK-Anlagen praktisch von selbst.

3. Energetische Modernisierung und Denkmalschutz

Bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen, gestalten sich der Einsatz von PV auf dem Dach sowie zusätzliche Außendämmmaßnahmen oftmals sehr schwierig. Um diese Gebäude dennoch energetisch effizienter zu nutzen, bietet sich die KWK geradezu an. Dabei ist es nicht zwingend notwendig, dass eine Warmwasseraufbereitung für einen möglichst ganzjährigen Betrieb vorhanden sein muss. Allein die Heizperiode von Anfang Oktober bis Ende April reicht häufig bereits aus, um den wirtschaftlichen Betrieb einer Mini-KWK-Anlage zu gewährleisten.

In jeder Gemeinde oder Stadt finden sich genügend Objekte, in denen man die KWK einsetzen kann. Das Potenzial umfasst Immobilien wie Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Diakoniestationen, Erlebnisbäder, Kindergärten, Sportstätten sowie Seniorenheime und sozialen Wohnungsbau, die alle zu lohnenswerten Einsatzfeldern für KWK gehören. Nicht zu vergessen sind die zahllosen Kläranlagen, die bei gründlicher Reinigung des anfallenden Faulgases einen unerschöpflichen und nahezu kostenlosen Brennstoff für die KWK zur Verfügung stellen. Auch liegt das Augenmerk bei der Entscheidung für KWK nicht allein auf der Wirtschaftlichkeit, sondern oftmals auf der Erfüllung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und den damit verbundenen nachweislich hohen CO₂-Einsparungen. ■

Michael Wittmann | Bayernwerk Netz GmbH

EnergieMonitor: Visualisieren, verstehen und optimieren Sie Ihre kommunale Energiesituation

Mit dem EnergieMonitor hat das Bayernwerk ein digitales Dashboard entwickelt, das Energieerzeugung und -verbrauch in einer Kommune übersichtlich darstellt. Der Online-Kompass ist für alle Kommunen im Netzgebiet verfügbar. Drei Pilotkommunen wirkten an der Entwicklung des EnergieMonitors mit: die Gemeinde Furth, der Markt Altdorf und die Stadt Schrobenhausen.

Das Dashboard zeigt den Energiehaushalt einer Kommune auf einen Blick:

Woher kommt der Strom und wo geht er hin? Wie unabhängig kann sich eine Kommune schon heute mit Energie versorgen – wie autark ist sie? Und wie groß ist der Anteil erneuerbarer Energien? Alle 15 Minuten aktualisieren sich die Daten. Nicht nur Kommunalverwaltungen können so der lokalen Energiewende „live“ zusehen, sondern auch



Michael Wittmann

deren Bürgerinnen und Bürger. Denn der EnergieMonitor lässt sich zum Beispiel auf die Website der Kommunen, auf Bildschirme oder auf das Display von E-Ladesäulen spielen.

Die Aufbereitung der kommunalen Energiesituation in leicht verständlicher Weise ermöglicht es den Kommunen,

realistische Ziele zu setzen, Maßnahmen zu ergreifen und zu überprüfen. Die Verbesserung des Energiebewusstseins für Verwaltung und Bürger ist eine imagebildende Maßnahme und ermöglicht eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen. Das gesteigerte Verständnis für CO₂-Vermeidung und Energieeinsparziele vereinfacht die Realisierung der Energiewende. Der EnergieMonitor liefert die Basis für einen lokalen Energiemarkt und eine Peer-2-Peer Plattform nach dem Vorbild „Strom von und für meine Nachbarn“.

Das digitale Dashboard bietet die Basis für den Weg in die lokale Energiezukunft, einen interaktiven Marktplatz für den lokalen Energiehandel. Davon profitieren bereits unter anderem die Kommunen Grafenwöhr, Dittelbrunn, Hirschau, Aying, Arzberg und Abensberg. ■

Stadtwerke
München



Zukunft gemeinsam gestalten

Ihr Partner – Stadtwerke München

- ▶ Kompetenter Netzbetrieb: umweltverträglich und sicher
- ▶ Für die Menschen vor Ort: 100 Prozent kommunal
- ▶ Vernetzte Mobilität
- ▶ Erneuerbare Energien



Qualitätssteigerung durch Energienutzungspläne

v.l. Michael Janout, Stefan Raab und Dr. Rupert Ebner

Stefan Raab | Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

ENPonline – der einfache Weg zum Energienutzungsplan

Alternative Versorgungskonzepte gewinnen im Hinblick auf mögliche künftige Versorgungsengpässe immer mehr an Bedeutung. Die Umsetzung von Programmen zur Energieeinsparung und der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch zahlreiche Förderprogramme des Bundes und der Länder unterstützt und vorangetrieben. Für Kommunen spielt dabei als Planungsinstrument die Erstellung von Energiekonzepten eine wichtige Rolle. Ein wichtiges Förderinstrument des Freistaates Bayern, nämlich die Richtlinie zur Förderung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen, wurde für bayerische Kommunen nun bis 31.12.2021 verlängert.

In kommunalen Energienutzungsplänen und Energiekonzepten werden die Ziele zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Nutzung regenerativer Energien in Regionen, Gemeinden oder Ortsteilen dargestellt. Sie dienen als Handlungsanleitung für Investitionen in die örtliche Energieversorgung und den Gebäudebestand.

Ein Energieeinsparungskonzept ist die umfassende Analyse von technischen Energieeinsparpotenzialen in bestehenden Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten. Es sollen Möglichkeiten dargestellt werden, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken.

Ein Energienutzungsplan ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden/Landkreise. Der Energienutzungsplan stellt die zukünftige energetische Entwicklung im Untersuchungsgebiet unter Einbeziehung des Bestandes systematisch dar. Er koordiniert die derzeitigen und zukünftigen Energieverbräuche und Siedlungsstrukturen,

die regionalen Energieressourcen sowie potenzielle Energieprojekte in Form eines übergeordneten Gesamtkonzepts. Er bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger aufeinander abzustimmen.

Kommunale Gebietskörperschaften insbesondere kleinere Gemeinden, die für die Erstellung eines Energienutzungsplans Fördermittel erhalten haben, können mit der Umsetzung dieser Vorschläge fachlich und personell überfordert sein. In solchen Fällen kann die Umsetzungsbegleitung durch fachkundige Dritte gefördert werden.

Die Fördersatzte für Energiekonzepte betragen bis zu 50 % bei kommunalen Gebietskörperschaften und Trägern kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Anhang I AGVO bzw. bis zu 40 % bei Unternehmen, die keine KMU sind, ferner bis zu 70 % bei kommunalen Gebietskörperschaften für kommunale/regionale Energienutzungspläne, und bis zu 70 % für deren

Umsetzungsbegleitung. Die Förderhöchstsumme bei Energieeinsparungskonzepten beträgt 50.000 Euro, bei der Umsetzungsbegleitung 40.000 Euro.

Online-Leitfaden für Kommunen

Bislang nutzen nur etwa 10 Prozent der bayerischen Kommunen und Landkreise Energienutzungspläne. Dieser niedrige Anteil liegt vor allem an den bürokratischen Hürden der Ausschreibungen von Energienutzungsplänen. Seit Mai 2019 steht den Kommunen ENPonline zur Verfügung, ein Online-Leitfaden zur Ausschreibung und Erstellung von Energienutzungsplänen. Auf ENPonline kann nun jede Kommune mit nur wenigen Klicks ein Leistungsverzeichnis für Energienutzungspläne und deren Umsetzungsbegleitung erstellen.

Mit ENPonline kann die Vergabe von Energienutzungsplänen deutlich vereinfacht werden. Das Bayerische Wirtschaftsministerium verspricht sich davon auch eine Qualitätssteigerung der Energienutzungspläne. ■

Manuel Münch | Landratsamt Berchtesgadener Land

Energienutzungsplan Berchtesgadener Land: Zentrales Instrument für nachhaltige Energieversorgung

15 Gemeinden – ein gemeinsames Ziel: Der Landkreis Berchtesgadener Land ist mit dem Projekt „Energienutzungsplan“ ein Gestalter der Energiewende par excellence. Mit allen kreisangehörigen Kommunen setzt er auf nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und arbeitet seit Jahren konsequent an der Umsetzung ehrgeiziger Klimaschutzziele.



Manuel Münch

Um die Energiewende im Landkreis voranzutreiben, wurde Manuel Münch zufolge im Jahr 2013 das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Berchtesgadener Land mit überwältigender Mehrheit durch den Kreistag beschlossen. Im Jahr darauf, habe er, Münch, seine Tätigkeit als Klimaschutzmanager für den Landkreis aufgenommen. Dabei steht die Koordination des gesamten Umsetzungsprozesses auf Landkreisebene und des interkommunalen Abstimmungsprozesses im Vordergrund. Erstellt wurde der Energienutzungsplan von Oktober 2015 bis Oktober 2017 und zu 70 % durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert.

Der Energienutzungsplan Berchtesgadener Land, 2018 ausgezeichnet mit dem Bayerischen Energiepreis als bestes kommunales Energiekonzept im Freistaat, dient als Musterbeispiel einer digitalen und innovativen kommunalen Energieplanung in Bayern.

Dieses innovative Werkzeug integriert digitale Planungsinstrumente: Eine intelligente Kombination eines neu entwickelten 3D-Gebäudemodells mit einem landkreiseigenen Gebäude-Informationssystem (GIS). So werden gebäudescharfe Informationen zum Wärmebedarf, zum Sanierungsbedarf, zur solaren Einstrahlung auf die Dachfläche und zum Einsatz von Wärmepumpen gewonnen. Auch die technischen Ausbaupotenziale für Windenergie, Wasserkraft und Biomasse wurden detailliert und georeferenziert im Energienutzungsplan ausgewiesen. Für jede Kommune wurden dabei ein Handlungsleitfaden und ein Maßnahmenkatalog erarbeitet.

Der Energienutzungsplan richtet sich nicht nur an Kommunen, sondern bietet auch einen direkten Mehrwert für alle

privaten Hauseigentümer und Wirtschaftsbetriebe im Landkreis. Durch das digitale Gebäudemodell stehen für alle der rund 30.000 Gebäude im Landkreis detaillierte Informationen zur Verfügung. Diese Informationen werden auch in der kostenlosen Energie-Erstberatung durch monatliche Energiesprechstage in Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Freilassing und Laufen über die Energieagentur Südostbayern genutzt. So kann sie den Bürgerinnen und Bürgern ihre Beratungen noch zielgerechter anbieten.

„Bereits eineinhalb Jahre nach der Fertigstellung des Konzeptes sind insgesamt rund 50 von 150 Energieprojekten aus den Energienutzungsplänen mit einem Projektvolumen von mehr als 10 Mio. Euro im Berchtesgadener Land in der Umsetzung oder in Planung“, unterstrich Münch. Zur gezielten Umsetzung der Energienutzungspläne haben die Kommunen im Berchtesgadener Land ein eigenes kommunales Energieeffizienznetzwerk gegründet. So wird sichergestellt, dass der Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung in den Kommunen konsequent weiter vorangetrieben wird. ■

Durchdachte Lösungen für die Zukunft!
Für die Welt, in der wir uns zuhause fühlen.



COPLAN AG 
Generalplaner Architekten Ingenieure

- Energiekonzepte
- Energienutzungspläne
- Bestandsanalysen
- Erfassung und Kartierung
- Bedarfsermittlung
- Potentialanalysen
- Energieeinsparung, Energieeffizienz
- Energiecoaching
- Erneuerbare Energien
- Nachhaltigkeitsplanung (DGNB)

COPLAN AG Hofmark 35 D-84307 Eggenfelden www.coplan-ag.de



*Wertvoller Beitrag
zu Klimaschutz und
regionaler Förderung*



Dr. Carsten Schaefer

Dr. Carsten Schaefer | BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

Repowering von Hackschnitzelheizwerken: Zweiter Frühling für die Wärmeerzeugung

Zum 1. Juni 2016 hat die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH u.a. das Vertriebsgeschäft Holz hackschnitzel von der ECOLOHE AG übernommen. Eigene Zentren zur Lagerung bzw. Aufbereitung von Holz hackschnitzeln in Ober- und Niederbayern gewährleisten laut Dr. Carsten Schaefer Versorgungssicherheit für kommunale und gewerbliche Kunden.

Wie der Geschäftsführer erläuterte, wurden vor etwa 20 Jahren vermehrt Hackschnitzelkessel bzw. -heizwerke der ersten Generation errichtet. Viele Hackschnitzelkessel/-heizwerke waren zum Zeitpunkt Ihrer Errichtung innovative Leuchtturmprojekte. Häufig wurden Hackschnitzelheizwerke mit Fördermitteln bezuschusst. Zahlreiche Anlagen waren für Planer, Errichter, Betreiber und Biomasselieferanten technisches Neuland. In den zurückliegenden Jahren konnten alle Akteure ihre Erfahrungen sammeln.

Die öffentliche Akzeptanz dieser Anlagen fällt Schaefer zufolge sehr unterschiedlich aus – je nachdem, ob die Öffentlichkeit eingebunden bzw. angeschlossen wurde oder nicht und ob im Betrieb häufig Probleme auftraten (z.B. Schwadenbildung, Geruch, Lieferverkehr, Störungen) oder nicht. Bedingt durch den niedrigeren Heizwert des Brennstoffs Holz gegenüber Öl oder Gas wurden in der Regel große Gebäude errichtet, um die Hackschnitzelkessel, die Fördertechnik und das Brennstofflager zu beherbergen. Hackschnitzel sind auch ein heimischer, regionaler Brennstoff, der nor-

malerweise nicht über weite Distanzen transportiert wird.

Hackschnitzelheizwerke leisten einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und zur Wärmewende durch den Einsatz des regenerativen Brennstoffs – ganz gleich ob sie lediglich ein Objekt versorgen oder ein ganzes Nahwärmenetz. Nahwärmenetze werden üblicherweise für mindestens 30 Jahre konzipiert. Kunden/Gebäude, die an die Nahwärme angeschlossen wurden, haben i.d.R. keine andere Wärmeerzeugung mehr. Bedingt durch den heterogenen Festbrennstoff weisen Hackschnitzelkessel/-Heizwerke einen höheren Instandhaltungs- und Betriebsführungsaufwand auf. Die technische Lebensdauer der Anlagen variiert stark in Abhängigkeit von der bisherigen thermischen und mechanischen Belastung und der durchgeführten Instandhaltung der Anlagen. Auch die Qualität des eingesetzten Brennstoffs hat Auswirkungen auf die Lebensdauer der Anlagen.

Sollen Anlagen nun einfach weiter betrieben, ertüchtigt oder doch ersetzt werden? Schaefer zufolge sollte man

prüfen, wie sich der Wärmeabsatz entwickelt hat und ob der Wärmeerzeuger für die Zukunft richtig dimensioniert ist. Zudem ist darauf zu achten, welche Vertragsverhältnisse bestehen (Wärmekunden, Brennstofflieferung, Betriebsführung, Wartung, Pacht, Konzessionen).

Vorbeugende Instandhaltung

Neben dem technischen Zustand des Wärmeerzeugers (Brennkammer, Schamottierung, Korrosion Wärmeübertrager, Funktion Brennstoffeinschub und Entaschung) und dem technischen Zustand der Brennstoffaustragung im Brennstofflager sind der Zustand und die Funktion der Mess-/ Steuer- und Regelungstechnik, die Verfügbarkeit von Ersatzteilen, die Gesamtwirtschaftlichkeit (Investition, Instandhaltung, Betriebsführung, Brennstoff, Entsorgung), räumliche Gegebenheiten (Platzverhältnisse für neue Anlage, Rauchgasreinigung), der Zustand des Bauwerks sowie rechtliche Rahmenbedingungen, Emissions-Grenzwerte (BImSchG usw.) ausschlaggebend. Zu prüfen sei schließlich auch, ob bei geförderten Anlagen noch Zweckbindungsfristen bestehen. →

Im Falle von 10 bis 15 Jahre alten Anlagen sind Ersatzteile in der Regel noch gut verfügbar. Ohne größere Probleme können die Anlagen deshalb weitere 5 bis 10 Jahre betrieben werden, machte der Geschäftsführer deutlich. Einzelne Instandsetzungen oder Optimierungsmaßnahmen seien i.d.R. notwendig, aber auch wirtschaftlich sinnvoll.

Schaefers Empfehlung:

„Unbedingt die Wasserqualität im Nahwärmenetz bzw. in der Wärmeverteilung im Auge behalten! Neben einer vorbeugenden Instandhaltung ist das Hauptaugenmerk auf die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Optimierung zu richten. Dabei sollte die Wirtschaftlichkeit in der Gesamtheit betrachtet werden. Dies kann beispielsweise durch ein professionelles Betriebsführungscontracting inklusive Instandhaltung sowie durch eine Brennstofflieferung und Abrechnung nach der erzeugten Wärmemenge erfolgen.“

Bei 15 bis 20 Jahre alten Anlagen sind Ersatzteile häufig eingeschränkt verfügbar (betrifft sowohl die Kessel- als auch die Regelungstechnik). Sie können technisch häufig weitere 1 bis 5 Jahre betrieben werden, jedoch steigt der laufende Betriebsführungsaufwand wegen zunehmender technischer Defekte oder Störungen. Wie Schaefer erläuterte, sind größere Instandsetzungen in diesem Fall häufig nicht mehr wirtschaftlich, ein Austausch der Anlage ist aber i.d.R. noch verfrüht. Eine professionelle Betriebsführung und der Betrieb mit einem geeigneten Brennstoff sollten die Anlage so gut wie möglich über die nächsten Jahre begleiten, bis eine Ersatzlösung unumgänglich wird. Dies kann beispielsweise durch kurzfristige Verträge zur Brennstofflieferung und



Abrechnung nach der erzeugten Wärmemenge und ggf. Betriebsführung erfolgen.“

Bei Anlagen, die 20 Jahre und älter sind, sind Ersatzteile sehr eingeschränkt verfügbar (betrifft sowohl die Kessel- als auch die Regelungstechnik). Der nächste Defekt an der Wärmezeugung kann ein wirtschaftlicher Totalschaden sein. Ob eine „Rettung“ bis zum Ende der Heizperiode möglich sein wird, bleibt ungewiss. Deshalb Schaefers Rat: „Insbesondere wenn keine oder nur eine unzureichende Ersatzversorgung vorhanden ist, sollte nun dringend eine Ersatzlösung gefunden werden. Dazu sind Vorlaufzeiten für Planung (ggf. auch Genehmigung) und Errichtung von einem Jahr oder mehr keine Seltenheit. Hier kann ein Contractor als professioneller Betreiber seine ganze Erfahrung mit diversen Anlagen optimal ins Spiel bringen und eine komplette Anlagenmodernisierung umsetzen und betreiben.“

Wie Schaefer berichtete, hat die Gemeinde Krailling im vergangenen Jahr

die Nahwärmeversorgung im Gewerbegebiet Krailling Innovation Meile an die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH als neuen Betreiber des Biomasseheizwerks übergeben. Die Münchner Gesellschaft bekam in einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag. BayWa übernimmt damit die Nahwärmeversorgung für 56 Firmen, der Vertrag ist auf 20 Jahre angelegt. Vereinbart wurden auch Investitionen in die Sanierung des 1998 errichteten Heizwerks.

Das Biomasseheizwerk verfügt über eine Leistung von 2.000 Kilowatt und wird mit naturbelassenen Holzhackschnitzeln befeuert. Für Spitzenlasten steht ein weiterer Reservekessel auf Heizölbasis zur Verfügung. Aktuell werden umfangreiche Sanierungs- und Erweiterungsbauten realisiert. Biomassekessel und Spitzenkessel werden durch moderne Anlagen, basierend auf einer Genehmigung nach 44. BImSchV (TA-Luft), ersetzt. Der Umbau erfolgt im laufenden Betrieb. „Damit machen wir das Heizwerk zukunftsfähig“, so Carsten Schaefer. ■

Sie haben Fragen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren? Wir haben die Antworten und die passenden Experten.

Unter den über 7.000 Mitgliedern der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau finden Sie unabhängige Energie-Experten im Bauwesen.

> **Kostenfreie Datenbank unter www.planersuche.de**

Informieren Sie sich mit unseren Broschüren zum energieeffizienten Bauen und Sanieren.

> **Kostenfreier Download unter www.bayika.de**



Reduzierung des energetischen und emissionstechnischen Fußabdrucks



Michael Westermaier

Michael Westermaier | ratiotherm Heizung + Solartechnik GmbH & Co. KG

Kalte Nahwärmenetze und alternative Netzstrategien

Unter dem Begriff kalte Nahwärme versteht man Nah- oder Fernwärmenetze, die auf einem Temperaturniveau von weniger als 40 °C betrieben werden. Diese Netze finden in der letzten Zeit vermehrt Anwendung, da sie eine Reihe von Vorteilen miteinander vereinen und dem energetischen und emissionstechnischen Fußabdruck der modernen Siedlungswirtschaft unter gewissen Voraussetzungen sehr entgegenkommen können.

Der auch häufig verwendete Name Intelligente Nahwärme ist ein Sammelbegriff, der die Tatsache umschreibt, dass ein Netz durch die geringeren Heizlasten von Gebäuden nicht mehr zwingend auf hohem Temperaturniveau betrieben werden muss. Das für die Beheizung und Warmwasserbereitung der Gebäude nötige Temperaturniveau wird hier über dezentrale Wärmepumpen in den Gebäuden bereitgestellt.

Die Vorteile im Überblick:

• Geringere Netzverluste

Netzverluste sind gerade in den Sommermonaten mit wenig Wärmebedarf in Gebäuden (häufig nur Warmwasser) für viele Nahwärmebetreiber ein defizitäres Geschäft. Durch die herabgesetzte Temperatur in kalten Nahwärmenetzen verringern sich die Netzverluste um bis zu 50 %; die Wirtschaftlichkeit im Sommerbetrieb steigt deutlich.

• Niedertemperatur-Wärme wird nutzbar

Unabhängig davon, ob die Niedertemperatur (10 - 30 °C) aus industrieller Abwärme, Abwasser, Solarthermie oder oberflächennaher Geothermie stammt: In einem kalten Nahwärmenetz kann diese Energie effizient verteilt und in nutzbare Heizenergie umgewandelt werden.

• Entkopplung des Netzes von den Anforderungen Einzelner

In herkömmlichen Nahwärmenetzen bestimmt der Abnehmer mit dem schlechtesten Heizsystem bzw. der ungünstigsten Lage zur Heizzentrale die Vorlauftemperatur des kompletten Netzes. Beim Einsatz von dezentralen Wärmepumpen in kalten Netzen werden Systemtemperatur und individuelle Anforderungen an den Vorlauf voneinander entkoppelt, da die dezentrale Wärmepumpe den individuell gestaltbaren Temperaturhub für jedes Objekt sicherstellt.

Folgende Strategien lassen sich im kalten, intelligenten Nahwärmenetz realisieren:

• Kalt-warm Betrieb im Wechsel der Jahreszeiten

Im Winter wird das Netz auf eine Vorlauftemperatur von 60 - 85 °C gefahren. Damit kann die Heizlast der Gebäude meist komplett und direkt ohne Einsatz der Wärmepumpe abgedeckt werden. Das Warmwasser wird in diesem Betriebsmodus ebenfalls direkt und ausschließlich über die Nahwärme direkt erzeugt. Ab einer Außentemperatur von ca. 12 °C und wärmer wird das Netz auf Sommerbetrieb umgeschaltet und läuft mit einer Vorlauftemperatur von 10 - 30 °C. Die Vorwärmung der Netztemperatur regelt eine Heizzentrale mit Solarthermie oder anderen Energiequellen (BHKW, Hackschnitzel, etc.). Der große Vorteil: Die solarthermische Komponente kann maximiert werden. Die Warmwasserbereitung und eventuelle „Rest-Heizlasten“ in der Übergangszeit übernimmt die dezentrale Wärmepumpe innerhalb jedes einzelnen Gebäudes. In Netzen, in denen ratiotherm Wärmepumpen mit HiQ-Technologie zum Einsatz kommen, sind je nach Wärmepumpentyp Vorlauftemperaturen von 10 - 55 °C möglich. Ideal dafür geeignet sind Mischbebauungen (Neubau + Bestand), da die Heizlasten im Winter unabhängig von der Leistung der Wärmepumpe nahezu beliebig hoch sein können, denn die Wärmeübertragung erfolgt durch eine klassische Fernwärme-Übergabestation.

• Gleitender Betrieb in Abhängigkeit zur Außentemperatur

Bei dieser Strategie wird die Vorlauftemperatur im Nahwärmenetz immer in Abhängigkeit zur Außentemperatur gehalten, fließend bzw. gleitend zwischen 10 - 50 °C, vergleichbar mit der Heizkurve einer Zentralheizung. Die Gebäude müssen so beschaffen sein, dass diese Temperatur zur vollständigen Beheizung ausreicht. Die Übertragung der Heizenergie geschieht mittels Übergabestationen innerhalb der hierfür spezialisierten Wärmepumpen direkt auf die Heizkreise. Die Warmwassererzeugung übernimmt ganzjährig die in jedem Gebäude dezentral platzierte Wärmepumpe, wobei die Vorwärmung des Brauchwassers durch die Nahwärme realisiert wird. Die Wärmeerzeugung des Netzes erfolgt in einer Heizzentrale aus einem Mix aus Solarthermie, BHKW und klassischen Feuerungen (Biomasse, Öl, Gas). Die gleitende Strategie ist primär für den Neubau geeignet. ■

Philipp Schaltenberg | VK Energie GmbH

KWK-Anlagenoptimierung mit aktivem Wärmespeichermanagement

Durch die Energiewende kommen große Mengen an fluktuierenden Erneuerbaren Energien in das Stromsystem. Sonne und Wind stehen aber nur wetterabhängig zur Verfügung und die Stromproduktion aus diesen Quellen schwankt stark. Daher braucht es Kraftwerke, die flexibel auf diese Schwankungen reagieren können. Bestehende Heizkraftwerke können ein Teil dieser Flexibilität schon heute bereitstellen – durch zusätzliche Intelligenz in der Anlagensteuerung. Für den Betreiber des Heizkraftwerks ist dies durch Mehrerlöse auf dem Stromsektor wirtschaftlich sehr attraktiv. Gleichzeitig leistet er einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.

In der kommunalen Wärmeversorgung werden häufig Heizkraftwerke bzw. Blockheizkraftwerke (BHKW) eingesetzt. Eine entscheidende Komponente dieser Heizkraftwerke ist der Wärmespeicher, der die erzeugte Wärmeenergie „puffert“. Dieser Puffer ermöglicht eine gewisse Flexibilität zwischen Erzeugung und Verbrauch – die nachgefragte Wärme muss ja zu jeder Zeit gedeckt werden. Reicht der Puffer einmal nicht aus, springen üblicherweise sog. Spitzenlastkessel ein und decken die Wärmeversorgung. Im Gegensatz zum BHKW erzeugen diese Kessel aber keinen Strom. Bei der „gekoppelten“ Erzeugung im BHKW werden Wärme und Strom immer gleichzeitig erzeugt. Letzterer ist oftmals ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für den Betrieb der Anlage. Daneben ist die Stromerzeugung in einem BHKW hocheffizient und damit klimafreundlich.

Wie hoch der Strom vergütet wird, hängt von Angebot und Nachfrage an den Strommärkten ab. Wenn viel Strom aus Sonne und Wind zur Verfügung steht, ist der Preis meistens sehr niedrig, zu gewissen Zeiten sogar negativ. Das heißt, als Anlagenbetreiber bezahlt man sogar etwas, wenn man Strom einspeist. Es macht also Sinn, die Stromproduktion so zu planen, dass möglichst zu Zeiten hoher Strompreise eingespeist wird. Um dies umzusetzen, muss man Wärmebedarf und Strompreise gut prognostizieren. Daneben ist das Wärmespeichermanagement ein wichtiger Faktor, um zu berücksichtigen, wie viel „Puffer“ auf der Wärmeseite vorhanden ist.

VK Energie bietet Anlagenbetreibern von Heizkraftwerken eine vollumfängliche Betriebsoptimierung. Kernstück ist hierbei eine patentierte Software zum intelligenten Wärmespeichermanagement. In Echtzeit werden Daten des Wärmespeichers verarbeitet und der Zustand des Wärmespeichers bestimmt. Wichtig ist auch, die Dynamik des Speichers zu bestimmen („Wie schnell wird dieser gerade beladen oder entladen?“). Darüber hinaus werden Verfahren der Künstlichen Intelligenz (KI) für die Prognosen genutzt. Gerade bei der Prognose des Wärmebedarfs gibt es eine Vielzahl von Einflussfaktoren und Zusammenhänge, für die große Datenmengen verarbeitet werden müssen.

Für Blockheizkraftwerke, die automatisiert laufen, übernimmt VK Energie die komplette Steuerung der Anlage. Mittels einer speziellen Hardware, der „VK-Box“, läuft die Betriebssoftware vor Ort an der Anlage und optimiert deren Fahrweise.



Philipp Schaltenberg

Ein Beispiel aus der Praxis:

Bei einem Heizkraftwerk mit 1,2 MW elektrischer Leistung und einem Wärmespeicher mit 200 m³ Volumen, optimiert VK Energie den Betrieb so, dass die Flexibilität des Kraftwerks bestmöglich am Strommarkt eingesetzt wird. Aufgrund der höheren Strompreise, die das Kraftwerk dadurch erzielt, erhält der Anlagenbetreiber einen Mehrerlös im mittleren fünfstelligen Bereich. Gleichzeitig leistet er einen Beitrag zur Energiewende, denn Flexibilität fehlt bisher noch im Stromsystem. ■

Freie Fahrt voraus!

Fahren mit 100% grüner Energie.



Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de



**erdgas
schwaben**
sicher, günstig, nah



v.l. Fabian von Stülpnagel, Nick Loth, Anne-Marie von Hassel, Anton Asam und Jan Kiver



Nick Loth

Nick Loth | GDK mbH

IoT & BIM für Wirtschaft und Kommunen – Ansätze für Smart City und Industrie 4.0

Intelligente Systeme bringen auf dem Papier viele Vorteile für kommunale Gebietskörperschaften, da damit Situationen mit Handlungsbedarf frühzeitig erkannt und so Ausfälle, Gefahren, Zeitverlust und Kosten minimiert werden können. Um die vorhandenen Messtechniken jedoch sinnvoll in der Praxis nutzen zu können, ist es wichtig zu verstehen, dass in den meisten Fällen trotz der stattfindenden Erhebung die nötige Infrastruktur für eine zuverlässige Datenverarbeitung nicht vorhanden ist.

Kommunale Liegenschaften

Kommunen drohen oft enorme Reparaturzahlungen, wenn es bei den Liegenschaften zum Totalausfall oder zu großen Schäden und Havarien in der Gebäudetechnik oder beim Tragwerk kommt. Die Datenauswertung durch die herkömmlichen Schnittstellen der GLT (Gebäudeleittechnik) erlauben bis heute kein Zusammenführen der vorhandenen Daten.

Im Anwendungsgebiet von „Smart City“ folgen Aktivitäten von Mensch oder Maschine einem bestimmten Muster. Mithilfe von Echtzeit-Telemetrie und deren dauerhafter Protokollierung können Rückschlüsse gezogen werden. Richtig interpretiert kann man daraus wichtige Informationen über die Funktion der kommunalen Aktiva gewinnen und Probleme frühzeitig erkennen. Eine herstellerunabhängige, computergesteuerte Leitzentrale mit automatisiertem Frühwarnsystem erlaubt der Kommune, den „Gesundheitszustand“ der Systeme aus der Ferne zu überwachen, ohne kostspielige Ressourcen dafür einsetzen zu müssen. Der geringe Montageaufwand und die heute schon sehr niedrigen Kosten der einzelnen Messpunkte sowie Komponenten des Systems erlauben erstmals einen flächendeckenden Einsatz, ohne Gewährleistungen zu gefährden.

Mit einem im Vorfeld definierten Normalzustand können die erhobenen Werte automatisch verglichen werden. Die Software protokolliert alle Aktivitäten und alarmiert automatisch

bei Anomalien. Mit dieser Methode können Funktionsstörungen entdeckt werden, bevor diese Schäden verursachen können – auch wenn sie nur vorübergehend oder bei bestimmten Aktivitäten auftreten.

Fallbeispiel Schneelastprävention

Die tragenden Strukturen vieler Gebäude sind auf eine massive Gewichtsbelastung durch Schnee nicht ausgelegt. Insbesondere bei schon verschneiten Dächern mit nachfolgenden Regenschauern kann durch die massive Gewichtsaufnahme eine akute Einsturzgefahr entstehen. Durch den Einsatz von intelligenter Messtechnik könnten diese Ereignisse frühzeitig erkannt werden. Auch unter Umständen tödliche Dachlawinen könnten durch den Vergleich von Oberflächen- und Untergrundtemperatur im Zusammenspiel mit anderen Faktoren theoretisch vorhergesagt werden.

Mithilfe einer geeigneten Infrastruktur können Einsatzkräfte und Eigentümer durch schnelle, mit zentraler Intelligenz ausgestattete Systeme automatisch und lange vor einer kritischen Belastung gewarnt werden. Selbst die Angabe von Ort und die Dringlichkeit der Belastung sowie die zur Räumung notwendigen Angaben zu Gebäudehöhe, Lage, Zugänge, Zufahrt und den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Objekts stellen dann kein Problem mehr dar. →



Angeregter Austausch zwischen den Besuchern in den Pausen

Fallbeispiel Prävention von Wasserschäden

Industrial IoT Systeme können für die Prävention von Wasserschäden zum digitalen Frühwarnsystem werden, da diese Gebäudeschäden frühzeitig erkennen und so Ausfälle und Gefahren abwenden können. Bei der Entstehung von Schäden durch defekte Wasserleitungen ist die Suche nach dem Leck unter Umständen das größere und vor allem teurere Problem. Wasserschäden überraschen Gebäudebesitzer leider oft und treten auf den ersten Blick plötzlich und „aus dem Hinterhalt“ auf. Das Problem ist das zu späte Erkennen des Wasseraustritts.

Mit geeigneter Infrastruktur sind Wasserschäden aber vermeidbar. So können beispielsweise Sensoren, die im Leitungssystem verbaut sind, einen unerwarteten bzw. irregulären Druckabfall im Zusammenspiel mit Feuchtigkeitssensorik erkennen und einen Schaden vereiteln. Die Lösung liegt in einer nicht-invasiven und auch in ältere Bestandsgebäude nachrüstbaren Sensorik, einer hochfrequenten Übertragung sowie einer zentralen Echtzeitanalyse und Auswertung.

Auf Basis dieser Daten kann das System bereits vor dem Auftreten von Wasserschäden in den Gebäuden warnen, die verantwortlichen Wartungsdienste informieren und den Schaden abwenden, bevor er entsteht. Auch kostspielige Suchprozesse an und in Gebäudewänden können bei entsprechender Nachrüstung der Infrastruktur wegfallen.

Erfolgt keine präventive oder nur eine verspätete Maßnahme, könnten sich in Zukunft Gebäudeversicherer auf eine automatisch abgesetzte Warnung vor dem Wasserschaden berufen und Schadensersatzzahlungen reduzieren, falls nicht rechtzeitig oder an der richtigen Stelle gehandelt wurde. Aber auch der Versicherte kann auf dieser Ebene von der Technologie profitieren: Bessere Versicherungstarife bewirken auch im Regelbetrieb geringere finanzielle Last für die Gebäudebesitzer.

Fallbeispiel Kommunales Energiemanagement

Das Thema kommunales Energiemanagement wird immer wichtiger. Daten aus Stromverbrauch und -qualität können

aus nachrüstbarer Sensorik oder vorhandenen Smart-Geräten zentral erfasst und gesteuert werden. Diese Daten bilden eine wertvolle Basis für Berichte, Auswertungen und eine Optimierungsanalyse. In Echtzeit erfasste Daten sind die Voraussetzung einer genauen Auswertung vieler Kennzahlen.

So kann bis hin zum Einzelverbraucher zugeordnet werden, wie viel thermische oder elektrische Energie verbraucht wird. Hiervon unabhängig kann ergänzend die Stromqualität an den einzelnen Messpunkten kontrolliert und ein Qualitätsmanagement etabliert werden. Gleichzeitig ist es möglich, Kosten für die Anfahrt sowie das Ablesen und die Kontrolle der Zählerstände einzusparen. ■

Machen Sie Ihre KWK-Anlage fit für die Energiewende!

Durch intelligentes
Fahrplanmanagement
von **VK ENERGIE**

Bis zu 20%
mehr Erlöse





*Kulturelles Erbe erhalten,
Energieeffizienz steigern*

Bild: Pixabay



Klaus-Jürgen Edelhäuser

Klaus-Jürgen Edelhäuser | Bayerische Ingenieurekammer-Bau

Energieeffizienz von denkmalgeschützten Wohn- und Nichtwohngebäuden

Die energetische Modernisierung kommunaler Liegenschaften ist nicht nur wegen der verbesserten Energieeffizienz der Gebäude von besonderer Bedeutung. Den Kommunen obliegt eine Vorbildfunktion, die eigenen Gebäude so effizient wie möglich zu gestalten bzw. entsprechend zu modernisieren. Ob Wohn- oder Nichtwohngebäude: Bei denkmalgeschützten Immobilien ist das eine besondere Aufgabe.

Baudenkmalern wird sehr häufig unberechtigt pauschal eine schlechte energetische Qualität zugeschrieben. Außerdem stehen sie oft in dem Ruf, dass Verbesserungen sehr schwierig sind und von den Denkmalbehörden unüberwindbare Hürden auferlegt werden. Grundsätzlich gilt: Auch bei Baudenkmalern ist beinahe immer eine energetische Verbesserung möglich, ohne dass dabei der Denkmalcharakter beeinträchtigt wird.

Von ganz besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die korrekte Bestandserfassung, um die energetische Qualität und auch die Qualität der Bauteile und Oberflächen richtig zu bewerten. Um einen einheitlichen Qualitätsstandard im Umgang mit Baudenkmalern zu definieren, wurden auf europäischer Ebene bereits viele Standards erarbeitet. Unter der Überschrift „Erhaltung des kulturellen Erbes“ wurden zahlreiche Regelwerke verfasst, die entsprechende Hilfestellungen liefern und sich inzwischen auch mit der energetischen Verbesserung befassen.

In der DIN EN 16096:2012 „Zustandserhebung und Bericht für das gebaute Kulturerbe“ wird ausführlich beschrieben, in welcher Genauigkeit und mit welchem Umfang die Bestandserfassung im Baudenkmal stattfinden muss. Das Regelwerk beschäftigt sich einer-

seits mit der Qualifikation der Fachleute, die mit der Bestandserfassung beauftragt werden sollen. Andererseits werden auch die Konsequenzen behandelt, die sich aus den Ergebnissen der Bestandserfassung ableiten. Hierbei geht es im Wesentlichen um notwendige bauliche Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen und auch um die Priorisierung dieser Maßnahmen, die zur Erhaltung der Bauwerke notwendig sind.

Energieberater für Baudenkmal

Darauf aufbauend wurde im August 2017 die DIN EN 16883 „Leitlinien für die Verbesserung der energiebezogenen Leistung historischer Gebäude“ herausgegeben. Ein Leitsatz der Norm ist, dass bei Baudenkmalern nicht nur die technischen und wirtschaftlichen Aspekte der systematischen Bewertung unterzogen werden dürfen, sondern auch die Auswirkungen von Maßnahmen auf die Bausubstanz und die kulturgeschichtliche Bedeutung der Bauwerke berücksichtigt werden müssen. Hierzu werden in der Norm Bewertungskategorien und -kriterien vorgegeben. Diese beziehen sich natürlich auf Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Energieeffizienz, aber auch auf die technische Kompatibilität einzelner Maßnahmen. Von besonderer Bedeutung sind außerdem die Qualität

des Raumklimas sowie weiterführende Nutzungsaspekte. Eine Bewertungsmatrix gestattet dann, die Maßnahmen hinsichtlich des tatsächlichen Nutzens bzw. des Risikos von Schäden oder sonstigen negativen Auswirkungen einzuordnen. Die Skala reicht dabei von der Einordnung in ein „hohes Risiko“ bis hin zum „großen Nutzen“.

Werden im Zuge einer Energieberatung bei Wohn- oder Nichtwohngebäuden im Denkmalbereich die Voruntersuchungen sowie die Ausarbeitung von Modernisierungsmaßnahmen nach den oben genannten Regelwerken durchgeführt, kann davon ausgegangen werden, dass eine denkmalgerechte energetische Modernisierung geplant werden kann.

Ingenieure und Architekten mit der Qualifikation als „Energieberater für Baudenkmal“ können auf der Internetseite der Wissenschaftlich-Technischen Arbeitsgemeinschaft für Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege e.V. abgerufen werden. ■

www.wta-gmbh.de/de/

Diese Energieberater verfügen über die Qualifikation, Beratungen nach den Regeln der Technik durchzuführen und denkmalgerechte Modernisierungen zu planen.

Josef Guggemos | ENERGEX Energiespartechnik GmbH

Kommunales Energiemanagement für Nichtwohngebäude von Kommunen



Josef Guggemos

Energieverbrauch senken und gleichzeitig das Klima schützen: Energieeffizienz zahlt sich aus. Der erste Schritt, um Einsparmöglichkeiten bei den Immobilienbeständen insbesondere bei den Nichtwohngebäuden aufzuspüren, ist das mit 80 % geförderte Energieeffizienzprogramm für Kommunen und Stiftungen.

Die rund 12.000 Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland stehen für zwei Drittel des Endenergieverbrauchs im gesamten öffentlichen Sektor und bieten hohe Einsparpotenziale. Das besagte Förderprogramm bislang erst von bundesweit ca. 70 Kommunen in Anspruch genommen wurde, liegt laut einer Untersuchung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA an der fehlenden Bekanntheit. Diesen Mangel will Josef Guggemos nach eigenem Bekunden mit ENERGEX beseitigen.

„Bevor Sie mit der Planung loslegen, sollten Sie sich durch eine Energieberatung für Nichtwohngebäude fundiert informieren lassen. Das BMWi übernimmt bis zu 80 Prozent der Kosten für den Energieberater, maximal 15.000 Euro pro Gebäude“, informierte Guggemos und bekräftigte: „Haben Sie keine Angst vor unnötigem Bürokratismus, den erledigen wir für Sie, denn wir sind auch der Antragsteller!“

Eine Energieberatung läuft wie folgt ab: Nach der Beauftragung machen zertifizierte Ingenieurbüros zunächst eine energetische Bestandsaufnahme pro Gebäude und arbeiten anschließend einen energetischen Maßnahmen- und Sanierungsplan aus. Am Ende wird ein Energie-Audit ausgestellt, das unter anderem auch als 100 %-Nachweis für das zu erfüllende Erneuerbare-Wärme-Gesetz gilt.

Die Audits umfassen sämtliche Daten der Gebäude, von der Beleuchtung über die Heizung, die Klimatisierung und Lüftung bis hin zu den Fenstern und Türen, Dächern und Wänden. Im erarbeiteten energetischen Maßnahmen- und Sanierungsplan werden aufgrund der erhobenen Daten Verbesserungen vorgeschlagen. Diese werden inklusive der Investitionskosten, dem jährlichen Einsparpotenzial und der damit verbundenen Amortisationsdauer aufgeführt.

Nach Abschluss des Verfahrens erhält die Kommune eine Rechnung von ENERGEX über die restlichen 20 % Eigenanteil pro Gebäude. Guggemos zufolge ist das gesamte Projekt äußerst transparent. Die Fördersumme wird vor Projektbeginn anhand von Nutzungszonen für jedes Gebäude festgelegt, d.h. „die Kommune weiß zu Beginn genau, welche Kosten auf sie zukommen“.

Verfahrensdauer spricht für Energieeffizienzprogramm

Ein weiterer Vorteil des Programms ist die Verfahrensdauer. Bei vielen ähnlichen Programmen, speziell in Bayern, ist es laut Guggemos meistens erforderlich, sich über einen längeren Zeitraum, sprich für zwei bis drei Jahre, an eine Organisation zu binden. Nicht so beim Energieeffizienzprogramm für Kommunen, ist doch nach Abschluss und Präsentation des Audits die ca. drei- bis viermonatige Kooperation beendet. „Sollten die Kommunen eine weitere Unterstützung wünschen, stehen wir gern mit Rat und Tat zur Seite“, ließ Guggemos wissen. ■



BayWa

BayWa macht fit für die Wärmewende.

Wärme-Contracting: maximal Grün.

Als „Grüner Contractor“ setzen wir auf Wärmeversorgungen mit nachwachsenden Brennstoffen. Als Betreiber übernehmen wir die Verantwortung für die CO₂-Neutralität.



Heizanlage

+



Brennstoff

+



Service

=

Wärme-Contracting

Informationen unter www.baywa-edl.de und 089 9222-2841.

Markus Euring | Enerpipe GmbH

Kommunale Nahwärmenetze in Neubaugebieten

Die Installation von Nahwärmespeichern mit Puffermanagement ist besonders effektiv bei Wärmenetzen mit geringer Wärmebelegdichte und eignet sich daher besonders für Neubaugebiete, Erweiterungen bestehender Nahwärmenetze und den ländlichen Raum.



v.l. Robert Harrer, Markus Euring

Gerade die effiziente Nahwärme bietet für Neubauten attraktive Vorteile als Energiequelle. Der dezentrale Pufferspeicher hat gegenüber herkömmlichen Energieerzeugern einen geringen Platzbedarf und ist beim Wärmekunden unkompliziert zu installieren, ein zusätzlicher Kamin ist nicht erforderlich. In der Regel werden Wärmenetze im Neubau regenerativ versorgt, um den erforderlichen Anteil an erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Teilweise liegt der Primärenergiefaktor bei 0,0. Auf diese Weise erfüllt der Bauherr mit dem Anschluss an das Wärmenetz seitens der Wärmeversorgung die Kriterien eines KfW-Effizienzhauses.

Neben dem smarten Puffermanagement und den genannten Vorteilen für den Wärmekunden zeichnen sich die Nahwärmespeicher durch niedrige Rücklauftemperaturen aus. Mit der optionalen Frischwasserstation oder Hygienewendel können die Rücklauftemperaturen noch weiter abgesenkt werden. Dies macht die Nahwärmespeicher auch für konventionelle Wärmenetze interessant. In Verbindung mit Power-to-Heat-Anlagen bieten sie vielfältige Optionen für die „smarte“ Zukunft.

Die Erfahrungen mit Wärmenetzen sind seitens Enerpipe ausnahmslos positiv. Das Referenzobjekt Wärmenetz Polsingen im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bringt eine Ersparnis von über 417.000 Liter Heizöl pro Jahr.

Das Wärmenetz mit einer Trassenlänge von über 5.500 Metern umfasst das ganze Dorf, jeder vierte Haushalt ist Anschlussnehmer. Die Biogasanlage mit 800 kW thermischer Leistung versorgt 94 Haushalte mit Biowärme, zudem steht ein Ölkessel mit 900 kW als Absicherung bereit. In der Heizzentrale ist ein Pufferspeicher mit 20.000 Liter Volumen installiert.

Auch die mittelfränkische Gemeinde Dittenheim im Altmühltal setzt nun in der Wärmeerzeugung auf erneuerbare

Energien. Für das Nahwärmenetz lieferte Enerpipe alle nötigen Komponenten, von den CaldoPEX Plus-Rohren über das CaldoCLICK Muffensystem bis hin zu den dezentralen Nahwärmepufferspeichern mit Visualisierung und Steuerungstechnik für das Heizhaus.

Die Voraussetzungen für ein Wärmenetz waren in Dittenheim ideal, die genossenschaftliche Biogasanlage ist lediglich 700 Meter vom Ortsrand entfernt. Somit kann die Abwärme effektiv verwertet werden. Um die Spitzenlast im Winterfall abzudecken, wurde noch eine Heizzentrale erbaut, in dem ein 500 kW Heizomat Kessel und auch 2x 17.000 Liter Pufferspeicher installiert wurden.

Anstelle einer „Standard-Übergabestation“ entschloss man sich dazu, dezentrale Pufferspeicher bei jedem Anschlussnehmer einzubauen. Dies hat den Vorteil, dass kleinere Leitungen installiert werden konnten, außerdem können in Kombination mit der Erwärmung des Trinkwassers im Durchflussprinzip die Rücklauftemperaturen signifikant reduziert werden. Damit wurden letztlich die Wärmeverluste in Dittenheim verringert.

Das Netz versorgt aktuell 98 Anschlussnehmer. Bei der Planung wurde bereits eine angedachte Erweiterung berücksichtigt. Pro Jahr werden über 352.000 Liter Heizöl eingespart.

Beispiel 3: Mit ihrem Wärmekonzept für Neubaugebiete hat die Gemeindewerke Bovenden GmbH & Co. KG allen neuesten technologischen und gesetzlichen Anforderungen entsprochen. Um die dortigen Wohnhäuser jederzeit ausreichend und sicher mit Energie für die Beheizung und Warmwasserbereitung zu versorgen, wurden für 23 Neubauten eine Wärmepumpe auf Geothermiebasis und ein Gasbrennwertkessel als Redundanz installiert.

Um die erzeugte Wärme von der Heizzentrale zu den einzelnen Abnehmern zu transportieren, entsteht ein Versorgungsnetz mit Vorlauf- und Rücklaufleitungen. Die Übergabestelle, sprich die dezentrale Energieversorgung der Abnehmer, wird über das Pufferspeichersystem von Enerpipe betrieben. Die Hochleistungsspeicher mit 800 Liter Fassungsvermögen verfügen jeweils über einen Hochleistungswärmetauscher und eine hygienische Trinkwassererwärmung. Damit werden alle Häuser effizient mit Nahwärme versorgt.

Da sich dieses energiebewusste und ökologische Wärmekonzept bestens mit der Energiewende und den Klimaschutz beeinflussen lässt, wurde in Bovenden schon das nächste Projekt angegangen: eine Wärmeversorgung mit Zukunft für das Neubaugebiet Dannensee, ebenfalls mit Unterstützung von Enerpipe. ■

GETEC Contracting

Lösungen für die Energiewelt von morgen

Viele Kommunen und Industrie-Branchen befinden sich im Umbruch durch Energiewende und Digitalisierung. Steigende Energiekosten, zunehmende Komplexität der regulatorischen Rahmenbedingungen und der Ruf nach CO₂-Reduzierung und smarten zukunftsfähigen Lösungen sind die Herausforderungen. Diese erfordern einen Spezialisten wie GETEC, der alle Themen zusammenbindet und aus einer Hand umsetzen kann.

Die Energiewelt von morgen ist dezentral, digital und nachhaltig. Großkraftwerkskapazitäten verschwinden, Wärme und Strom müssen dort erzeugt werden, wo sie auch verbraucht werden, um Effizienzen gezielt vor Ort heben zu können. Nicht Einzellösungen, sondern ganzheitliche Ansätze sind auf dem Vormarsch. Ergänzt werden diese Herausforderungen aber noch durch zunehmend komplexer werdende regulatorische Rahmenbedingungen und durch den Anspruch an sich selbst und durch den Kunden, den Carbon Footprint ständig zu verbessern. Etwas zu viel auf einmal für Kommunen, deren Kerngeschäft eben nicht Energie heißt?

Genau hier startet der Ansatz von GETEC. Als Deutschlands Marktführer im Contracting und für dezentrale, smarte und grüne Energielösungen bietet GETEC das gesamte Spektrum an Energiedienstleistungen an. Die Lösungen reichen von innovativen und nachhaltigen Energieerzeugungsanlagen über gezielte Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz und CO₂-Senkung bis hin zum Betrieb ganzer Industrieparks. In einem „Rundum-Sorglos-Paket“ wird dem Kunden dabei die für ihn wirtschaftlichste und zugleich nachhaltigste Energielösung bereitgestellt. Dieser kann sich so auf sein eigentliches Kerngeschäft konzentrieren.

Wesentlich ist dabei eine ganzheitliche Betrachtung. Dafür muss für die optimale Lösung beim Kunden dessen gesamte Wertschöpfungskette analysiert werden. Nur so versteht man das Kundengeschäft und gelingt es, passgenaue und innovative Lösungen für den Kunden zu planen und umzusetzen. Was aber heißt das konkret?

Nehmen wir das Beispiel Staubfeuerung. Die patentierten Anlagen sind modernste Technologie, nur hat die Verbrennung von Braunkohlestaub mit Blick auf Kohleausstieg und Klimaschutz schlicht zu hohe CO₂-Emissionen. Unsere GETEC-Experten befassen sich schon lange mit dem Thema und betrachten dazu verschiedenste Ressourcen, die zur Energieerzeugung dienen können. Hier sieht GETEC u.a. hohes Potenzial bei biogenen Stäuben wie etwa dem Holzstaub. Ein wesentlicher Vorteil von Holzstaub ist das elegante Handling in einem geschlossenen System. Zudem ermöglicht die genaue Regelbarkeit dieses Brennstoffs eine hohe Flexibilität bei der Energiebereitstellung. Mit einem Pilotprojekt zur Versorgung einer Industrieanlage in den Niederlanden mit 20 MW Feuerungswärmeleistung befindet sich GETEC aktuell in der Inbetriebnahme zur Holzstaubverbrennung.



Christoph Kühbauch

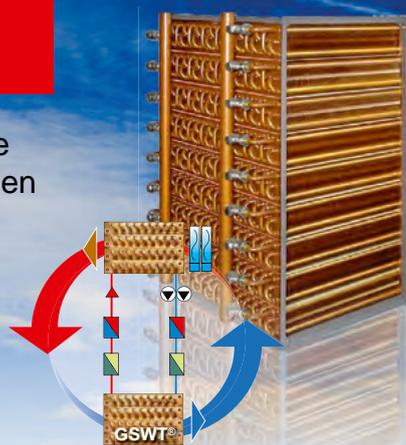
Smart – grün – effizient

Ein anderes innovatives Anwendungsbeispiel der Staubfeuerungstechnologie bildet die Klärschlammverwertung. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen schränken die Ausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen ein. Somit stellt sich die Frage nach der Entsorgung bei industriellen Kläranlagen. GETEC liefert Konzept und Umsetzung für eine dezentrale Klärschlammverwertung mit Wärmerückgewinnung über eine eigene Monoverbrennungsanlage auf Basis der patentierten Staubfeuerung. Dazu wird der Klärschlamm getrocknet, gemahlen und verbrannt um daraus Dampf zu erzeugen, der wiederum zur Trocknung des Materials und zu Heizzwecken genutzt wird. GETEC Lösungen: smart, grün und effizient. ■

Hocheffizient Heizen und Kühlen

Die Energiewende für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Die **GSWT®-Technologie**
Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Ideal zur Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität

SEW®

SEW® GmbH | 47906 Kempen | www.sew-kempen.de

„Kommunaler Klimaschutz durch Energiemanagement und Energieeinspargarantien“

Standpunkt

1/7



Klimaschutz erfordert die Aufmerksamkeit Aller.

Dr. Daniel Wissmann

Dr. Daniel Wissmann | Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Ziele und Unterstützung des BMWi zur Energieeffizienz in Kommunen

Die Bedeutung des kommunalen Klimaschutzes dokumentieren nicht nur die vergangenen Europawahlen, sondern auch die regelmäßigen Fridays for Future-Demos. Dass das Klima-Thema von großer Wichtigkeit ist, zeigt auch das Engagement des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), dessen Unterstützungsmöglichkeiten für Kommunen Dr. Daniel Wissmann vorstellte.

Zunächst informierte Wissmann quasi aus erster Hand über den Status quo der Energiewende aus offizieller Sicht. Auf der Habenseite der Energiewende ist der inzwischen erreichte Bruttostromerzeugungsanteil aus erneuerbaren Energien von rund 40 Prozent zu verbuchen. In Folge dessen wird auch der 2020 angestrebte regenerative Anteil am Bruttoendenergieverbrauch von 18 Prozent ebenso erreicht wie der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmebereich von 14 Prozent. Auch im Verkehrssektor wöhnt man sich auf der Zielgeraden, im kommenden Jahr die 10-Prozent-Marke zu erklimmen.

Ebenso auf der Plusseite steht der Kernausstieg, der bis 2022 planmäßig abgeschlossen sein wird; derzeit sind noch sieben Anlagen in Betrieb.

Am angestrebten Kohleausstieg in Gesetzesform wird intensiv gearbeitet, so dass die CO₂-Einsparziele für 2030 im Energiesektor gesichert sind.

Bleibt noch positiv zu vermelden, dass die Versorgungssicherheit nach wie vor gewährleistet ist, was die weltweit

beispielhaft niedrigen Stromunterbrechungszahlen in Deutschland belegen.

Grundsätzlich sieht die Öffentlichkeit die Energiewende in Deutschland sehr positiv und mit einer breiten Zustimmung. Das liegt möglicherweise auch daran, dass trotz aller Veränderungen im Energiebereich die Letztverbraucher Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt über die Energieverbrauchssektoren Strom, Wärme und Verkehr weitgehend konstant, bisweilen sogar leicht gesunken sind.

Dank des Umstiegs im Bereich Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen hin zu wettbewerblichen Ausschreibungen konnte der sorgsame Umgang mit der Ressource „finanzielle Mittel“ spürbar gesteigert werden.

Wissmann sprach auch die allseits bekannten Bereiche an, in denen die Energiewende noch Optimierungspotenzial besitzt. Zum einen sind die nächsten Klimaziele 2020 in Form der CO₂-Reduktion um 40 Prozent gegenüber 1990 nicht mehr erreichbar (voraussichtlich nur 32 Prozent), da es besonders bei den Emissionen im Verkehr und im →

Gebäudebereich hakt. Dennoch hält die Bundesregierung an ihren sportlichen CO₂-Einsparziele von 55 Prozent bis 2030 fest. Zum anderen gibt es erheblichen Beschleunigungsbedarf beim Netzausbau, denn von 3.500 Kilometern Trassenlänge sind bisher nur 1.000 Kilometer im Bau bzw. fertiggestellt. Das führt wegen des Einspeisevorrangs regenerativ erzeugten Stroms zur von allen Stromkunden zu bezahlenden Abregelungen von regenerativen Erzeugungsanlagen. Die auf alle Verbraucher umgelegten Kosten belaufen sich auf einen Milliardenbetrag pro Jahr.

Notwendige Stellschrauben

Schließlich legte Wissmann den Finger in eine schmerzhaft Wunde – die Energieeffizienz, die weit hinter den gesteckten Zielen hinterherhinkt.

Was sind die Stellschrauben für mehr Energieeffizienz im Rahmen der Energiewende? Neben dem Energiesparen soll die Produktion der dann noch benötigten Energie klimaneutral erfolgen. Das A & O bleibt dabei, den Energieverbrauch deutlich zu senken, was insbesondere im Verkehrssektor und im Immobilienbereich bisher nicht befriedigend funktioniert.

Es besteht hoher Handlungsdruck, wenn Deutschland tatsächlich seinen Energieverbrauch bis 2050 halbiert haben will. Deshalb arbeitet der Bund mittels einer neuen Effizienzstrategie verstärkt auf eine Wärmewende hin. In dieser Richtung sind die Förderprogramme neu gefasst worden, um für die Antragsteller überschaubarer und kundenfreundlicher zu sein.

Weitere Möglichkeiten bestünden in der steuerlichen Förderung von Wärmeeinsparmaßnahmen sowie die derzeit stark diskutierte Einführung einer CO₂-Besteuerung. Wie sieht es nun in Sachen Energieeffizienz konkret mit Fördermöglichkeiten für Kommunen aus? Die Kommunen geben jährlich rund 3,8 Milliarden Euro für Energie aus. Das Einsparvolumen ist gerade auch bei kommunalen Liegenschaften, die ja schon in die Jahre gekommen sind, enorm. Hier sieht der Bund seinen Ansatzpunkt für eine sinnvolle Unterstützung zur Erreichung von Effizienzzielen, denn bekanntermaßen wird die Energiewende vor Ort (in den Kommunen) gemacht!

Wissmann zeigte die attraktiven Förderinstrumente des Bundeswirtschaftsministeriums zu Energieeinsparung in Kommunen auf. Sie beginnen bei der Energieberatung und Investitionsförderung für Energiesparmaßnahmen an kommunalen Gebäuden, über den Aufbau von Nahwärmenetzen bis hin zum Energiespar-Contracting. Wissmann betonte, dass man in Berlin zwar die Leitplanken definieren und die finanzielle Unterstützung auf den Weg bringen könne, aber die Hardware wird vor Ort montiert. Insofern ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen unerlässlich. Dafür gibt es entsprechende Experten, die Planungsfehler und damit Geldverschwendung bzw. Baumängel vermeiden.

Wie erfolgt eine Energiesparzusammenarbeit zwischen Bund und Kommune: Ein von der Kommune beauftragter

ausgewiesener Energiefachmann erstellt eine Expertise zum Einsparpotenzial und dem damit verbundenen Investitionsbedarf. Er erstellt einen darauf beruhenden maßgeschneiderten Sanierungsfahrplan für die Kommune und informiert über die entsprechenden Förderprogramme. Zudem beantragt der Energiefachmann die Förderung für seine Beratung direkt beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Nach entsprechender Prüfung und Fördergenehmigung übernimmt das BMWi bis zu 80 Prozent der Beratungskosten bzw. max. 15.000 Euro pro Gebäude. Für die Investitionen selbst gibt es zusätzlich attraktive Förderprogramme in Form von zinsverbilligten Krediten mit Tilgungszuschüssen oder einem direkt ausbezahltem Zuschuss.

Wissmann zeigte sich optimistisch, dass die neugefasste kundenfreundliche und verständliche Förderstrategie mit verlässlichen Bearbeitungszeiten, telefonischer Erreichbarkeit und funktionierendem Beschwerdemanagement bis Ende 2020 umgesetzt sein wird.

Für die Kommunen sollen sich die Investitionen in mehr Energieeffizienz durch Fördergelder und absehbare Kosteneinsparung auszahlen, zumal langfristig die kommunalen Haushalte auch entlastet werden. Gleichzeitig steigt die Attraktivität der Kommune dank ihrer modernen Infrastruktur, die zudem einen Beitrag zum Klimaschutz vor Ort leistet und Vorbildwirkung für die Bürgerinnen und Bürger hat. Falls trotz Förderung der kommunale Haushalt bzw. die personelle Ausstattung der Kommune eine Sanierungsinvestition schwierig macht, bietet sich ein Energiespar-Contracting (ESC) an, das ebenfalls als förderwürdig gilt. So will der Bund die Kommunen dabei unterstützen, den bestehenden Sanierungstau aufzuheben. Die Idee hinter dem ESC: Energiekosteneinsparungen finanzieren Planung und Umsetzung von Effizienzmaßnahmen sowie anschließenden Betrieb durch einen spezialisierten Dienstleister. Die Kommune hat planbare künftige Energiekosten, entlastet den kommunalen Haushalt und muss kein eigenes Personal aufbauen. ■

Ein Kaleidoskop von erfolgreichen Praxisbeispielen aus Gebäudesanierung, Auf-/Ausbau eines Nahwärmenetzes und einem ESC-Projekt zeigten, wie sinnvoll die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommune im Sinne einer erfolgreichen Energiewende sein kann – ganz nach dem Motto:

www.deutschland-machts-effizient.de



„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:

- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung



**Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH**
Wolfpratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de



Dr. Ronny Bischof

Dr. Ronny Bischof | Deutsche Energie-Agentur (dena)

Unterstützungsangebote dena: Energie-/Klimaschutzmanagement und Energiespar-Contracting

Nach der Tour d'Horizon zur Energiewende in Deutschland aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ging es in medias res durch Dr. Ronny Bischof, Teamleiter Energieeffiziente Gebäude bei der 2000 gegründeten Deutschen Energie-Agentur (dena) in Berlin.

Bischof definierte die dena mit ihren rund 240 Mitarbeitern (Frauenanteil 53 Prozent, Akademikeranteil 79 Prozent) als das Kompetenzzentrum für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme sowie als Mittler zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Als „Agentur für angewandte Energiewende“ trägt die dena, die derzeit rund 100 Projekte bearbeitet, zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung bei. Sie entwickelt Lösungen und setzt diese in die Praxis um; national und international. Dafür bringt sie Partner aus Politik und Wirtschaft über alle Branchen hinweg zusammen. Gesellschafter der dena sind die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und die KfW Bankengruppe.

Generationen übergreifender Leitbegriff für alle zukünftigen Aktivitäten ist der Klimaschutz, der EU-weit als verpflichtend gilt.

Auf dieser Basis fußen die konkreten Unterstützungsangebote der dena für Kommunen, denn die öffentliche Hand ist mehr als bisher gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Kommunen müssen ihre unverzichtbare Vorbildfunktion wahrnehmen, sei es beim Einsatz Erneuerbarer Energien, der Festlegung und dem Erreichen ihrer Energieeinspar- und effizienzziele, der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten oder einem Masterplan zur Erreichung der Klimaschutzziele, z. B. über den Aufbau einer CO₂-neutralen

Verwaltung. Nur über eine solche Vorbildfunktion lassen sich maßgebliche Verbesserungen beim Klimaschutz in der Bevölkerung verankern.

Welche Möglichkeiten es zur Zielerreichung bei der Energieeinsparung und beim Klimaschutz gibt und das Wie mit Hilfe der dena, stellte Bischof den kommunalen Vertretern vor. So hat die dena beispielsweise ein Energie- und Klimaschutzmanagementsystem (EKM) speziell für Kommunen entwickelt, welches schon etliche Kommunen in ihren Verwaltungen eingeführt haben. Dabei unterstützt die dena Kommunen, unter anderem über regionale Beratungsreihen. Ein weiterer Lösungsansatz, der es Kommunen ermöglicht, effektiv und umfangreich identifizierte Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen und so nachhaltig ihre CO₂-Einsparziele zu erreichen, ist die Energiedienstleistung Energiespar-Contracting (ESC). Diese Unterstützung soll im Sinne der Zielerreichung keine Eintagsfliege sein, sondern ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess für den kommunalen Klimaschutz und eine Steigerung der Energieeffizienz.

Das dena-Konzept zur Einführung eines EKM orientiert sich an der DIN EN ISO 50001 und deren Zielen. Mit diesem Konzept soll insbesondere auf die konkreten Erwartungen der öffentlichen Hand eingegangen werden, wie etwa die Verringerung der Energie- und Betriebskosten, des kommunalen Energieverbrauchs (10 - 15 Prozent) und der CO₂-Emissionen, sowie der Integration regenerativer Energiequellen, aber auch der Effizienzsteigerung beim Energieeinsatz. Hierfür werden u.a. der energetische Status quo in einer Kommune analysiert und ineffiziente Verbrauchsstellen identifiziert. →

Zur Einführung des kommunalen EKM bietet die dena kostenlose Informationsmaterialien, öffentlich verfügbare Leitfäden und Instrumente sowie Beratungsreihen an; bis hin zur individuellen Beratung von Kommunen. Abgerundet wird das Konzept mit der Erfolgskontrolle durch Überprüfen der Realisierungsschritte und einer Zertifizierung nach etwa drei Jahren. Bei der Erstzertifizierung steht die Implementierung des Managementsystems im Vordergrund. Bei einer Rezertifizierung nach weiteren drei Jahren sind zusätzlich Umsetzungserfolge nachzuweisen.



Kommunen wählen Handlungsfelder, durch die Energieeffizienz- und Klimaschutzziele erreicht werden sollen, selbst aus. Der Fokus liegt zunächst auf dem direkten Einflussbereich der Kommune mit ihren Liegenschaften, kann aber zu einem späteren Zeitpunkt um einen zweiten indirekten Einflussbereich erweitert werden. Die Definition und Bearbeitung der Handlungsfelder kann dabei relativ frei gestaltet werden.

Energiespar-Contracting (ESC) als Energiedienstleistung

Das zweite große Thema der dena, um Kommunen bei der Energiewende und dem Klimaschutz zu unterstützen, ist das ESC. Die Kommune muss anfangs entscheiden ob sie selbst jede einzelne Effizienzmaßnahme planen und umzusetzen möchte oder aber erfahrene externe Dienstleister (Contractoren) nach dem Prinzip „Alles aus einer Hand“ in einer Art „Rund-um-Sorglos-Paket“ beauftragt.

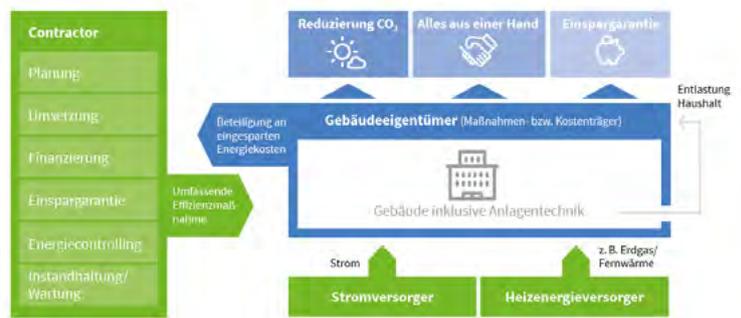
Dass die zweite Variante die erfolversprechendere sein dürfte, konnte Bischof eindrucksvoll belegen.

Bei der Eigenumsetzung kommunaler Energiesparmaßnahmen hat die Kommune eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen inkl. Ausschreibung und Auftragsvergabe selbst zu stemmen – und dies häufig mit zu wenig bzw. ausgelastetem Personal. Zudem ist entsprechendes fachliches Know-how erforderlich. Eine energetische Sanierung von Liegenschaften mit Handling vieler Subunternehmer und Dienstleister (auch Wartung/Betrieb) zieht sich oft über viele Jahre hin, was zusätzlich Personal bindet. Die Finanzierung muss in der kommunalen Haushaltsplanung verankert sein.

Eine ganzheitliche Lösung bietet das ESC, die Effizienzdienstleistung mit Einspargarantie.

Der „Bund-Länder-Dialog (BLD) Energiespar-Contracting“ verbreitet dieses attraktive Modell, unterstützt den Marktaufbau und spricht insbesondere Kommunen an. Die dena stärkt damit den politischen Dialog und vernetzt die beteiligten ESC-Akteure. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Ländern werden ebenso verbessert, wie das Wissen und die Akzeptanz zu ESC bei allen Beteiligten. Ebenso werden regional aber auch bundesweit Kompetenzen aufgebaut.

Funktionsprinzip Energiespar-Contracting



Quelle: Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)

Dazu sollen bis Ende 2021 im Rahmen des dena-Modellvorhabens „CO2ntracting: build the future!“ vorbildliche ESC-Modellprojekte initiiert und in die Umsetzung gebracht werden.

Die Vorteile für Kommunen, wenn sie sich beteiligen, liegen auf der Hand:

Von der dena wird die Projektentwicklung von der Erstberatung bis zur Hauptleistungsphase finanziert. Technisch, organisatorisch und öffentlichkeitswirksam werden die ausgewählten Projekte von der dena und regionalen bzw. Landesenergieagenturen intensiv begleitet. So sollen Vorbilder geschaffen werden, die zeigen, dass man für Energieeffizienz und Klimaschutz Verantwortung übernehmen muss und Nachahmer aktiviert werden.

Das Bewerbungsverfahren für Kommunen und Länder endete am 31. Juli 2019; die Ausschreibung für Projektentwickler begann im Juli und dauert bis Ende August.

Bischof wünschte sich die Bewerbung gerade auch von bayerischen Kommunen, denn nach der bundesweiten dena-Wirkungskarte sind im Freistaat enorme Potenziale ungenutzt, was aber auch mit Hilfe der Energieagenturen nicht mehr lange so bleiben soll. ■

Alle Informationen zum Kompetenzaufbau, zu den Angeboten der Wissensvermittlung für Kommunen und ESC-Anbieter/-dienstleister, zum dena-Mentoring-Programm sowie den ESC-Modellvorhaben findet man unter: www.kompetenzzentrum-contracting.de

Michael Müller | Deutsche Energie-Agentur (dena)

Standpunkt

Identifizierung von Energieeinsparpotenzialen mit Hilfe eines EKM

3 / 7



Michael Müller, Projektleiter Energieeffiziente Gebäude bei der dena, zeigte in seinem Vortrag anschaulich, auch anhand von erfolgreichen Beispielen, wie Kommunen das von der dena entwickelte Energie- und Klimaschutzmanagement (EKM) in ihre Verwaltungen implementieren und damit systematisch Einsparpotenziale aufdecken und erschließen können.

Das Konzept und der Ablauf des dena-EKM für Kommunen ist an der DIN EN ISO 50001 orientiert mit dem Ziel, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in der Kommune in Sachen Energieeffizienz umzusetzen. Dieses Verfahren ist mit einem einfach zu handhabenden Managementprozess unterlegt.

Zunächst sollte in der Verwaltung der betreffenden Kommune eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Laut dena empfiehlt sich idealtypisch, dass sich die Arbeitsgruppe unter der Verwaltungsspitze (Bürgermeister) aus den entsprechenden Verantwortlichen für die Handlungsfelder, z.B. für Energie, Klima, Umwelt, Gebäude, Stromnutzung, Verkehr, Energiesysteme etc. zusammensetzt.

Deren Zielsetzung ist klar: Die kommunale Arbeitsgruppe soll innerhalb von zwei Jahren ein EKM aufbauen und damit nachhaltig Energie sparen. Um den dazu notwendigen Prozess zum Laufen zu bringen, können mit den von der dena entwickelten Instrumenten die Handlungsfelder in sechs Schritten bearbeitet werden. Zu den sechs Schritten gehören: Schaffung geeigneter Organisationsstrukturen, Definition eines Leitbildes, Ist-Situation analysieren mit einem verpflichtend zu erstellenden Energiebericht (Basisdatendokument für die Fortschreibung der Energiesparziele), Ziele und Maßnahmen in einem Energie- und Klimaschutzprogramm entwickeln und festschreiben, Festlegung der Details und des Finanzierungsrahmens zur Umsetzung

der geplanten Maßnahmen, das Energie- und Klimaschutzprogramm mit den dafür notwendigen personellen und technischen Ressourcen umsetzen.

Die dena bietet als Unterstützung für diesen Managementprozess eine Vielzahl von Instrumenten an, wie z. B. ein Erfassungs- und Auswertungstool für den kommunalen Gebäudebestand. In unterschiedlichen grafischen und tabellarischen Darstellungen verschafft dieses Tool einen verwertbaren Datenbestand aus zahlreichen Kennzahlen und Messwerten, die es der Arbeitsgruppe ermöglichen, die Potenziale der eigenen Liegenschaften zu ermitteln und Energieeinspar- und Klimaschutzmaßnahmen zu definieren, zu priorisieren, zu modifizieren, zu planen und umzusetzen. Das liebe Geld ist für Kommunen wie natürlich auch für die Bürger der entscheidende Faktor. Wieviel Energieeinsparung und Klimaschutz bekommt die Kommune für ihre Investition und wann rechnet es sich neben den positiven Umweltauswirkungen auch für den kommunalen Haushalt und in welchem Zeitraum? Die finale Umsetzungsentscheidung nach der Kosten-/Nutzenanalyse trifft die Kommune allein.

Um mögliche Bedenken kommunaler Vertreter zu zerstreuen, konnte Müller beeindruckende Beispiele aus anderen Bundesländern präsentieren, denn in Bayern hat sich die dena noch nicht wirklich etabliert. Dies zeigt eine Deutschlandkarte mit der Darstellung der Kommunen, die das dena-EKM anwenden sowie Kommunen die bereits als dena-Energieeffizienz-Kommunen zertifiziert sind.

Das Fazit dieser Kommunen in der Zusammenarbeit mit der dena ist durchweg positiv, denn die eruierten Einspar- und Klimaschutzpotenziale und daraus definierten Ziele wurden durchweg erreicht. Den teilnehmenden Kommunen gelang es mit der EKM-Einführung, die Implementierung von Strukturen und Prozessen in ihrer Verwaltung, die sie in die Lage versetzen, eigenständig Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln, umzusetzen und zu kontrollieren.

Neben der Systematisierung von Daten und Abläufen, mehr Stringenz bei der Umsetzung von Maßnahmen und höheren Einsparungen ist vor allem auch die positive Darstellung und Wirkung für die Kommune in der Öffentlichkeit nicht hoch genug zu bewerten. Allerdings wurde die Einführung eines EKM bei einigen Kommunen auch als echte Herausforderung empfunden, wobei die positiven Ergebnisse manche aufkeimenden Zweifel im Nachhinein relativierten. Soll heißen: Wer nichts wagt, der gewinnt nichts – also packen wir es an: Die positiven Aspekte/Ergebnisse überwiegen! ■



Ludwig Friedl | Bayerische Energieagenturen e.V.

Umsetzung des dena Energie- und Klimaschutzmanagements in Bayern

Ludwig Friedl, Vorsitzender der Bayerischen Energieagenturen e.V., konnte den von Michael Müller gesponnenen Faden nahtlos aufnehmen, denn die 11 bayerischen Energieagenturen decken den weißen Fleck auf der Landkarte der dena idealtypisch ab. Das sei Ansporn, auch in Bayern das von der dena entwickelte EKM mit Hilfe der Bayerischen Energieagenturen als starkem Partner einzuführen und zum Erfolg zu verhelfen.

Dass es in Bayern einen quasi flächendeckenden (bis auf ein paar Bereiche im bayerischen Westen) starken Energieeffizienz-Kümmerner gibt, ist noch nicht wirklich lange her, denn die Bayerischen Energieagenturen waren seit Mitte der 2000er Jahre als neutrale Beratungseinrichtungen in (losen) Arbeitsgemeinschaften organisiert und agierten wenig koordiniert in ihrem Umfeld. Die damals 10 Mitglieder der ARGE Bayerischer Energieagenturen boten durch ihre organisatorische Nähe zu Städten, Gemeinden und Landkreisen produktneutrale Beratung rund um die Themen Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien an. Einen Quantensprung in Sachen Durchschlagskraft und Kompetenzbündelung erreichten sie am 9. Juli 2015 mit dem Zusammenschluss zum Bayerischen Energieagenturen e.V. mit Vorstand und Satzung. Heute sind 11 Energie- und Klimaschutzagenturen an 13 Standorten in ganz Bayern mit 116 Mitarbeitern aktiv und kümmern sich um das kommunale Energiewendegeschäft vor Ort.

Ein stark kommunal ausgerichteter Beirat aus Bayerischem Städtetag, Bayerischem Landkreistag, Bayerischem Gemeindetag und dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie unterstützt den Bayerischen Energieagenturen e.V. bei der Verwirklichung von Projekten, wie sie jetzt mit der dena angestoßen werden.

Der Zweck des Vereins ist die Initiierung, Akquise und Förde-

rung von Projekten und die aktive Mitwirkung bei der Maßnahmenumsetzung der Energiewende in Bayern. Dabei steht die Zielsetzung der effizienten, klimaverträglichen und ressourcenschonenden Energiebereitstellung und -verwendung sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur nachhaltigen Energieversorgung im Vordergrund. Der Verein kann dazu diesem Zweck z. B. gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Ministerien Leitlinien zur Umsetzung der Energiewende erarbeiten sowie deren Umsetzung unterstützen und begleiten. Und da Wissen die halbe Miete ist, bietet der Bayerische Energieagenturen e.V. neutrale, bürgernahe Fortbildungsseminare und kompetente Fachberatungen im Bereich „Nachhaltige Energiewende“ nicht nur für kommunale Vertreter an. Mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen in Sachen Energie sind die Bayerischen Energieagenturen flächendeckend im Freistaat ein neutraler Kompetenzträger für die Bürger, Kommunen und Unternehmen.

Beratungsportfolio und Vernetzungspotenzial

Das Beratungsportfolio reicht vom kommunalen Energiemanagement über Energiekonzepte für Wohn-, Nichtwohngebäude und Areale, integrierte Klimaschutzkonzepte und Energienutzungspläne mit Datenanalyse-Potenzialermittlung und Maßnahmenempfehlungen, Machbarkeitsstudien für →

innovative Energiesysteme, Energiemonitoring mit Verbrauchskontrolle, Gebäudeanalysen, Planungen von Energiesparmaßnahmen, Nutzungsoptimierung und Kommunikation, Organisation von Netzwerken im Energiebereich, Fördermittelberatung, Veranstaltungen und Kampagnen, Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien bis hin zur Erfahrungs- und Wissensweitergabe für neue Energieagenturen in Bayern. Information und Bildung rund um Energie und Klimaschutz sind fester Bestandteil des Vereinsangebots, z.B. Netzwerk- und Bürgerveranstaltungen, Messebeteiligungen, Vorträge in Schulen und Bildungseinrichtungen. Ziel ist es, mit allen Akteuren auf dem Markt bayernweit aber auch bundesweit kooperativ in Kontakt zu stehen. Zum Beispiel ist der Bayerische Energieagenturen e.V. seit 2017 Mitglied in der Bayerischen Klimaallianz. Enge Kontakte bestehen zu Verbraucherzentralen, Ministerien und staatlichen Einrichtungen wie C.A.R.M.E.N., oder auch zu Medien wie der Bayerischen Gemeindezeitung sowie Industrie- und Umweltverbänden.

Ein ganz wichtiges Standbein des Bayerischen Energieagenturen e.V. ist die Erlaubnis und Qualifikation, um Qualitätsmanagementsysteme anzubieten und zu implementieren. Ohne Erfolgskontrolle ist alles Schall und Rauch, weshalb der Verein auch autorisierter Anbieter von Zertifizierungsprozessen für Energiewendemaßnahmen aller Art ist. Der Verein ist deshalb offizielle Geschäftsstelle des European Energy Award® (European Energy Award (eea)) und offizieller Partner für das EKM der dena: Energie- und Klimaschutzmanagement.

Friedl betonte, dass die Zusammenarbeit mit der dena eine ausgezeichnete Gelegenheit ist, die Klimaschutz- und Energiesparziele in Bayern voranzutreiben.

In einem Kooperationsprojekt von Bayerische Energieagenturen e. V., dena und Bayernwerk AG soll das Energie- und Klimaschutzmanagement (EKM der dena) in bayerischen Kommunen eingeführt werden. Das Vorhaben wird offiziell vom Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie unterstützt. In der Pilotphase erfolgt die Umsetzung/Aufstellung regional über die Energieagentur Regensburg, die Energieagentur Nordbayern, Nürnberg und Kulmbach, die Energieagentur Ebersberg, Unterhaching, die Energieagentur Chiemgau-Inn-Salzach eG und das eza! Energie- und Umweltzentrum Allgäu in Kempten. Weitere Energieagenturen werden folgen.

Die Projektpartner wollen mittels der der gestaffelten Anschubförderung durch den Förderpartner Bayernwerk Netz GmbH das Projekt bis Mitte 2021 in Laufen bringen. Friedl verweist darauf, dass seitens der Berater aus den Energieagenturen keine Daten an den Förderpartner weitergeleitet werden. Es handelt sich um eine diskrete Beratung und zwischen Kommune und dem Förderpartner Bayernwerk Netz GmbH erfolgen keinerlei Finanztransfers.

In der 1. Pilotphase, die im September 2019 starten soll, können 15 Kommunen am EKM der dena teilnehmen und durch die jeweilige regionale Energieagentur betreut werden. Für die ersten 15 kommunalen Piloten beträgt der finanzielle Eigenanteil nur 2.000 Euro je Kommune; 3.000

Euro je Kommune übernimmt das Bayernwerk. Nach erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Projektphase kann die Kommune eine Zertifizierung als „dena-Energieeffizienz-Kommune“ anstreben. Die Kosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf 3.000 Euro, wovon die Kommune 2.000 Euro übernehmen muss, und das Bayernwerk die restlichen 1.000 Euro beisteuert.

Begeistert vom Erfolg der EKM-Einführung in den ersten 15 Piloten sollen weitere 25 Kommunen unter Betreuung der örtlichen Energieagentur sich trauen. Ihr Wagemut soll mit einem Eigenanteil von 3.500 Euro je Kommune und einem Bayernwerk-Förderbeitrag von 1.500 Euro je Kommune belohnt werden. Die 3.000 Euro kostende Zertifizierung als „dena-Energieeffizienz-Kommune“ nach 24 Monaten Laufzeit muss zu 100 Prozent von der Kommune getragen werden.

Dritte Projektphase des EKM

In einer dritten Projektphase sollen nochmals 35 Kommunen zusätzlich akquiriert werden, die auch schon mit Unterstützung der betreuenden örtlichen Energieagentur auf die Erfahrungen der ersten 40 Kommunen zurückgreifen können, was einen gewissen Vorteil bietet. Daher steigt für die Kommunen der Eigenanteil für die Implementierung des EKM auf 4.250 Euro je Kommune und das Bayernwerk steuert weitere 750 Euro bei. Die Zertifizierungskosten von 3.000 Euro gehen komplett zu Lasten des kommunalen Budgets. Sämtliche Daten des EKM, die während der Projektphasen erhoben werden, verbleiben bei der Kommune (webbasierte Verwaltung). Für den Wissens- und Erfahrungsaustausch soll jährlich eine gemeinsame Veranstaltung stattfinden, auf der die Ergebnisberichte der EKM-Kommunen, der dena, der einzelnen beteiligten Energieagenturen sowie dem Förderpartner vorgestellt werden.

Zahlungsmodalitäten

Der gesamte Zahlungsverkehr läuft exklusiv über den Bayerische Energieagenturen e. V. (BayEA), also der BayEA stellt Rechnungen an die beteiligten Kommunen, umgekehrt erhält der BayEA Rechnungen von der dena und den regionalen Energieagenturen. Die jeweiligen Rechnungsempfänger bezahlen diese Forderungen. Und schließlich stellt der BayEA entsprechende anteilige Rechnungen an den Förderpartner Bayernwerk.

Nach Ablauf des mehrjährigen Pilotprojekts endet der Zahlungsfluss, das heißt Zusatz- und Folgeaufträge zwischen Kommune und Berater (regionale Energieagentur) werden in eigenen Verträgen und direkt abgewickelt.

Friedl appellierte an die kommunalen Vertreter, die Zukunft der bayerischen Dörfer, Städte und Landkreise aktiv mitzugestalten und diese einmalige Gelegenheit zur Einführung eines EKM zu nutzen. Die Entscheidungen, die heute in den bayerischen Kommunen insbesondere auch bei der Energieerzeugung und Energiebeschaffung gefällt werden, sind richtungsweisend für kommende Generationen. Also auf geht's Bayern. Die Energiewende kann nicht länger warten! ■

Nähere Informationen: www.energieagenturen.bayern.de

Stephan Weinen | E1 Energiemanagement GmbH

Standpunkt

5/7

Möglichkeiten von Energieeinspar-Garantieverträgen

Viele gute und pragmatische Ideen kommen aus Österreich, so auch der Mutterkonzern der E1 Energiemanagement GmbH. Laut Stephan Weinen, Geschäftsführer der E1 Energiemanagement GmbH, ist das in Nürnberg ansässige Unternehmen eine 100-prozentige Tochter der Energie Steiermark AG.

Das viertgrößte Energieversorgungsunternehmen Österreichs mit knapp 1.800 Mitarbeitern in den Bereichen Strom, Gas, Fernwärme und Energiedienstleistungen, erwirtschaftet bei rund 600.000 Kunden gut 1,27 Milliarden Euro Umsatz jährlich.

E1 wurde im März 2019 als bestes europäisches Energiedienstleistungsunternehmen, insbesondere im Bereich Energieeinspar-Contracting, ausgezeichnet. E1 ist in Sachen kommunales Energiespar-Contracting bundesweit tätig und kann bereits auf zahlreiche erfolgreiche Projekte verweisen.

In Bayern sind die Möglichkeiten für Energieeinspar-Contractingprojekte allerdings noch ausbaufähig. E1 sieht trotz weiterer Anbieter noch ein ordentliches Potenzial auf dem Contracting-Markt, noch dazu, wenn es dem Klimaschutz dient. Um das Geschäft für Kommunen und Unternehmen attraktiv zu gestalten, bietet E1 Energieeinspar-Garantieverträge in Form eines Rundum-sorglos-Pakets an. Der Kunde bekommt ein fünfstufiges Paket geschnürt, das von der Planung über die Fördermittel-Akquise und die Umsetzung bis zu Wartung und Energiecontrolling reicht.

E1 geht bei der Finanzierung in Vorleistung, so dass die Refinanzierung ganz oder teilweise aus den garantierten Einsparungen erfolgen kann. Zur Erreichung der Umweltziele kann der Kunde eine erfolgsabhängige Vergütung vereinbaren, wobei die Laufzeiten wählbar sind. Die Beantragungen der Förderungen von KfW, BAfA etc. übernimmt E1. Pflichtmaßnahmen innerhalb des Projekts kann die Kommune vorgeben, deren Erfolgswertungen sich nicht nur am Preis orientieren, sondern auch z.B. CO₂-Einsparung oder technisches Konzept berücksichtigen.

Die Laufzeit der unterschiedlichen Energieeinspar-Garantieverträge bei E1 beträgt zwischen 10 und 15 Jahre. E1 befürwortet dabei größtmögliche Variabilität in der Ausgestaltung der Verträge für den Kunden. Die Varianten für die Kommunen reichen von Energieeinspar-Garantieverträgen (ESC) oder Energy Performance Contracting über Energieeinspar-Contracting Plus, bei dem auch die Gebäudehülle Vertragsgegenstand ist, bis zum Wärmeliefer-Contracting mit Einspargarantie sowie Straßenbeleuchtungs-Contracting.

Eine Vertragspartnerschaft bei E1 ist wirtschaftlich ab einer Energiekostenbaseline von 75.000 Euro Energiekosten pro Jahr umsetzbar. Das Investitionsvolumen für Energieeinspar-Contracting bewegt sich vorwiegend im Bereich von 250.000 Euro bis in Größenordnungen von fünf Millionen Euro. Die Einsparziele realisiert E1 dabei mit gezielten Maßnahmen an den gebäudetechnischen Anlagen wie Beleuchtungs-, Heizungs- oder Raumlufttechnik, Kälteanlagen sowie Dampf- oder Druckluftversorgung. Auch der Einbau von (Hochtemperatur-)Wärmepumpen, solarthermischen bzw. Photovoltaikanlagen bis hin zu Batteriespeicherlösungen bietet effiziente Einsparpotenziale.



Stephan Weinen

Im Lüftungsbereich wird die Lüftungstechnik mit Wärmerückgewinnung und die Erneuerung von Kältemaschinen, Kühltürmen etc. in die Betrachtungen einbezogen. Neben den klassischen Energieerzeugungs- und Versorgungslösungen mittels hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (BHKW) Biomassefeuerungsanlagen und Heizkesseln kommen auch Lösungen wie die Erstellung von Nahwärmenetzen in Betracht. Das Einsparziel bestimmt den Weg. Deshalb ist eine umfassende Betrachtung aller Medien sowie auch der Gebäudehülle und den technischen Gegebenheiten unumgänglich. Typische Stromkosteneinsparungen wie eine regenerative Teil-Eigenversorgung durch die Nutzung von öffentlichen Gebäude-Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen oder auch die Umrüstung der Beleuchtung auf LED wird in die Betrachtungen einbezogen.

Für Einsparpotenziale beim Wasserverbrauch bietet der Austausch der Armaturen bereits eine effektive Einsparmaßnahme. Zusätzlich lässt sich mit dem Einbau von Frischwasserladestationen die effiziente Bekämpfung der Legionellenproblematik realisieren.

Effiziente Sanierungsmaßnahmen

Abhängig vom Budget und dem Zustand der Bausubstanz können zusätzlich auch Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle unabdingbar sein. Energiekosteneinsparungen werden hier beispielweise mit der Erneuerung von Fenstern und Außentüren, mit der Dämmung von Dach, oberster Geschossdecken und/oder Außenwänden sowie Kellerdecken und untersten Geschossböden erreicht.

Wie im wirklichen Leben ist fast alles eine Frage der finanziellen Ressourcen, denn letztendlich ist auch die Komplett-Sanierung des Gebäudes zum Effizienzhaus realisierbar. ■



Klimaschutz hat oberste Priorität.

Dr. Christoph Maier

Dr. Christoph Maier | maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB

Klimaschutz jetzt – keine Zeit mehr für Ausreden

Ohne rechtlichen Beistand geht natürlich inzwischen nichts mehr, so dass es auch entsprechende Fachsozietäten auf dem Energiewendemarkt gibt, die sich vornehmlich darum kümmern, dass sich Energiewendewillige nicht im besonders deutschdichten Bürokratiedschungel verirren.

Dr. Christoph Maier ist Rechtsanwalt bei maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB in München und beschäftigt sich seit rund 15 Jahren mit dem Thema Recht rund um das Produkt Energie. Unter anderem hat die Sozietät auch die dena beratend bei der Entwicklung ihres Leitfadens zum Energiespar-Contracting unterstützt und so einen wichtigen Beitrag geleistet, dass die Contracting-Produkte in der Zukunft noch marktgängiger werden können. Maier nutzte die Anwesenheit der zahlreichen energie-wendeaffinen kommunalen Vertreter, um sie zu ermutigen, auch mit Hilfe von spezialisierten Juristen in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz voranzugehen und nicht vor den Unwägbarkeiten des deutschen Bürokratiemonsters zu kapitulieren.

Maiers Postulat: Die Zeit für eine deutliche Verbesserung des Klimaschutzes drängt; es muss jetzt gehandelt werden, allein bisher fehlte der notwendige politische Druck. Inzwischen sind die Deutschen vom Ankündigungsvorreiter zum Hinterbänkler in Sachen Klimaschutz geworden. Die postulierten Minderungsziele werden nicht erreicht. Und wie so oft reicht der Appell an die Freiwilligkeit klimaschützerischen Handelns leider nicht aus. Ausreden, nicht in die Puschen zu kommen, gibt es bisher genug, wie Maier mit Bedauern in der Stimme belegte. Das Ausreden-Bingo reicht von „der Klimawandel ist nicht menschengemacht“ und „die Überbevölkerung der Erde ist schuld“ über „unser Lebensstil ist nun mal wie er ist“ und „Klimaschutz ist un-

sozial“ bis zu „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie Arbeitsplätze sind gefährdet“ und als Krönung der öffentlichen Hand: „Kein Personal und Geld für Bestandsanierung“. Zusammengefasst lässt sich dieses ambivalente Verhalten in der bekannten Binsenweisheit trefflich zusammenfassen: Der Geist ist willig, das Fleisch aber ist schwach, jüngst bestätigt durch aktuelle Umfragen, in denen die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung bei Energiewende und Klimaschutz ein lautes Hosianna rufen, aber wenn es denn an das Eingemachte, also an eine Änderung des täglichen Lebensstils geht, dann bleibt nur der Wunsch der Vater des Gedanken und der tägliche Trott feiert eins ums andere Mal seine fröhlichen Urständ.

Nationale Klimaschutzgesetzgebung als verbindlicher Rechtsrahmen

Positiv ist aktuell zu vermerken, dass die verbindlichen Klimaschutzziele der EU endlich in eine nationale Klimaschutzgesetzgebung und damit in verbindliches Ordnungsrecht gegossen werden, statt die Klimaschutzziele vorwiegend über Förderung zu erreichen. Mit dem verbindlichen Rechtsrahmen könnte sich dann vielleicht auf der Welt etwas ändern, gab Maier seiner Hoffnung Ausdruck. Maier plädierte unter anderem dafür, den derzeit vorgeschlagenen Kohleausstiegspfad deutlich zu beschleunigen, wenn es mit der CO₂-Einsparung ernst gemeint ist. Wesentlich dringender noch aber ist es, sich dem Gebäudesektor zu widmen, wie eine aktuelle Studie der Technischen Universität München (TUM) belegt. Es ist sicher gut, im Bereich Neubau das derzeit mögliche an Energieeinsparungen umzusetzen. Noch wichtiger aber ist es, sich dem Gebäude-Altbestand zu widmen, denn immerhin 80 Prozent dieses Bestandes wurde vor 1980 mit allen Defiziten bei Ressourcenschonung →

und Energieeffizienz errichtet. Dort herrscht der dringendste Handlungsbedarf, denn das Verringerungspotenzial liegt im Gebäudesektor mit bis zu 67 Prozent gegenüber 1990 ganz knapp sogar noch vor dem Energiesektor mit bis zu 61 Prozent. Deshalb hat die öffentliche Hand gerade im Gebäudesektor eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion.

Typischer Verlauf eines Energieeinspargarantievertrags

Wenn also die kommunale öffentliche Hand den Mut findet, sich dem Energieeinspar-Contracting zu öffnen, dann wäre dem Klimaschutz vorbildlich gedient. Hierzu zeigte Maier den typischen Verlauf eines Energieeinspargarantievertrags mit Vertragsbeginn, Einspar-Garantiephase über 10 Jahre und Vertragsende. Während der Einspar-Garantiephase teilen sich Kommune und Contractor die Einsparungserlöse auf, wobei die Haushaltsentlastung für die Kommune über die Laufzeit garantiert ist, während der Contractor mit Variablen leben muss. Sollte die Einsparung über das berechnete Niveau steigen, teilen sich Kommune und Contractor diesen Mehrerlös. Kann der Contractor aus welchen Gründen auch immer das Einsparziel nicht erreichen, geht der Mindererlös ausschließlich zu Lasten des Contractors.

Nach Vertragsende kann die Kommune die Haushaltsentlastung im Energiebereich komplett für sich verbuchen, wobei der Klimaschutz und die Energieeinsparung als kontinuierlicher Verbesserungsprozess gestaltet werden sollten – Stichwort: Nachhaltigkeit. Bis zum Ablauf der Garantiephase muss sich die Kommune lediglich entscheiden, danach das ESC weiter zu führen oder das Energietheema mit eigenem Personal zu stemmen, wobei das entsprechend aufgebaut werden muss. Die Vorteile des

Garantie-ESC liegen auf der Hand. Der Vertragspartner übernimmt eine Garantie für die vertraglich vereinbarte Energieeinsparung, so dass die Energieeffizienz gesteigert und die CO₂-Emissionen verringert werden. Während so Energiekosten gesenkt werden, lassen sich eigene Investitionen vermeiden oder zumindest verringern. Die Kommune als Vertragspartner refinanziert ihre Investitionen vollständig über die Energieeinsparungen. Im Klartext: Die Kommune muss für die eigentliche Investition kein eigenes Geld in die Hand nehmen. Schließlich hat die Inanspruchnahme eines Contractors den naheliegenden Vorteil, dass ein Ideenwettbewerb für das am besten passende Maßnahmenkonzept für das jeweilige Gebäude stattfindet.

Als Referenzbeispiel zeigte Maier die Technische Universität München, die am Stammsitz in München mit einer europaweiten Ausschreibung über ein Contracting in einem neunmonatigen Vergabeverfahren die Voraussetzungen schaffte, ihre gesamte Wärmebedarfsdeckung mit allen dazu notwendigen technischen Einrichtungen (Erzeugung, Verteilung bis ins Gebäude, differenzierte Wärmemedien) zu sanieren. Ergebnis: Viele Millionen Einsparung in Euro und CO₂-Emissionen.

Unterstützung schriftlicher Art finden Interessenten in den von Maier mitkonzipierten dena-Leitfäden zum Energie-spar- und Energieliefercontracting sowie dem bayerischen Leitfaden zum Energiespar-Contracting. Dazu gibt es Vertragsmuster, Schulungen, Seminare und direkte Projektbegleitungen.

Als Motivations-Schlusskick spielte Maier einen Ausschnitt aus dem Anne Will-Gespräch mit Greta Thunberg ein und appellierte an das Auditorium, gemeinsam mit unseren Nachfolgenerationen für deren Zukunft zu kämpfen. ■

*„Es gibt keine Grauzonen,
wenn es ums Überleben geht.“*

Greta Thunberg





Peter Kalmer | Landesbaudirektion Bayern

Praxiserfahrung: Abwicklung und Ergebnisse von ESC-Maßnahmen in bayerischen Landesliegenschaften

Was in der Theorie immer so einfach und schön klingt, erweist sich in der Praxis oftmals deutlich schwieriger. Deshalb hat sich Peter Kalmer von der Abteilung 4 - Maschinenwesen, Elektro- und Informationstechnik, Zentralstelle Energie und Medien Land, in der Landesbaudirektion Bayern (LBD), der Aufgabe gestellt, bei den anwesenden Kommunalvertretern die möglicherweise vorhandene Skepsis gegenüber Energiespar-Contracting-Modellen abzubauen. Kalmer referierte über die Praxiserfahrung der Landesbaudirektion Bayern im Rahmen der Contracting Initiative Bayern bei der Umsetzung von ESC-Maßnahmen in bayerischen Liegenschaften und den daraus resultierenden Ergebnissen.

Zur Einordnung, was es mit der Landesbaudirektion Bayern auf sich hat, muss man wissen, dass die Landesbaudirektion Ansprechpartner der Bundesministerien bei Baumaßnahmen des Bundes und der Gaststreitkräfte in Bayern ist. Als fachaufsichtführende Ebene ist sie das Bindeglied zu den staatlichen Bauämtern im Freistaat und zuständig für die fachliche und rechtliche Aufsicht bei Planung und Ausführung der zivilen und militärischen Hochbau- und Ingenieurbau-Projekte des Bundes und der Gaststreitkräfte in Bayern. Dabei werden die staatlichen Bauämter in fachlicher, vergabebezogener, vertraglicher und rechtlicher Hinsicht beraten und unterstützt. Sie ist eine der zentralen Servicestellen für die staatlichen Bauämter. Sie berät bei Rechtsfragen und ist vorgesetzte Behörde im Rahmen der Verfahren nach § 18 Nr. 2 VOB/B. Geprüft werden vor allem Planungsergebnisse der bauausführenden Ebene als Grundlage zur haushaltsmäßigen Behandlung durch die Ministerien des Bundes. Die Dienstaufsicht über die staatlichen Bauämter obliegt den sieben Bezirksregierungen in Bayern. Schwerpunkte sind Planung und Bau von Infrastruktureinrichtungen, Verwaltungsbauten, Unternehmenseinrichtungen, Maschinenhallen und Werkstätten, Fahrzeugwaschanlagen, Heizzentralen, Krankenhäusern, Sportzentren, Schulen, Militär-Flugplätzen, Hotelanlagen und Kirchen, Wohngebäuden, Einkaufszentren

und Kindergärten. Dazu zählen auch Bundesbaumaßnahmen im Ausland.

Für spezielle Fragen des Landes sind bei der LBD Bayern Zentralstellen eingerichtet, z.B. auch die Zentralstelle Energie und Medien Land, für die Kalmer verantwortlich zeichnet und die sich auch um das Energiespar-Contracting bei Liegenschaften des Freistaates kümmert. Wesentliche Aufgabe der Zentralstelle ist die Durchführung und Auswertung von Energiespar-Contracting-Maßnahmen, die Fortschreibung des Contracting-Leitfadens für Bayern, die Unterstützung der Contracting-Kunden während der Hauptleistungsphase inklusive der Abrechnung.

Dass Energiespar-Contracting-Maßnahmen zumindest eine Überlegung wert sind, wird angesichts der Bestandszahlen, die Kalmer präsentierte, deutlich. Der von der Bauverwaltung zu betreuende Bestand in Bayern umfasst über 4.000 Liegenschaften mit über 7.000 Gebäuden, wovon der größte Teil wärmeversorgt ist. Die jährlichen Energiekosten für Wärme, Strom und Wasser summieren sich auf 320 Millionen Euro (Stand: 2016). Bei solchen Summen liegt es auf der Hand, dass es sich durchaus lohnen kann, sich die Kosten mal genauer anzusehen und Möglichkeiten zu deren Verringerung, z.B. in Form von Energiespar-Contracting-Maßnahmen, zu prüfen. →

Als Voraussetzung für den Start einer solchen Maßnahmenuntersuchung muss der Artikel 8, Absatz (2) und (2a) „Sonstige Ermächtigungen und Regelungen“ des Bayerischen Haushaltsgesetzes erfüllt sein, d.h. die jährlichen Zahlungen an Contractoren dürfen ohne zusätzliche Freigaben nicht mehr als zehn Millionen Euro pro Jahr betragen.

Für die Maßnahmenprüfung müssen die Liegenschaften der öffentlichen Hand gewisse Voraussetzungen erfüllen:

die Energiekosten sollten mindestens 200.000 Euro pro Jahr betragen, es sollte keine Grundsanierung der Liegenschaft notwendig sein, auch erschweren umfangreiche Nutzungsänderungen das Contracting. Sind die Voraussetzungen erfüllt und ist der Kunde (hier die Liegenschaft) dem Contracting gegenüber aufgeschlossen, kann die Beauftragung mit der Durchführung einer Energiespar-Contracting-Ausschreibung begonnen werden.

Grundlage des Verfahrens ist der Bayerische Leitfaden Energiespar-Contracting. Nach der Bestandsdatenerhebung mit genauer Ermittlung der Komfortvorgaben (Temperatur, Nachtabsenkung, Toleranzen, etc.) und der Festlegung von Pflicht- und Ausschlussmaßnahmen werden die Contractoren aufgefordert, unter den genannten Rahmenbedingungen innerhalb von in der Regel drei Monaten ein Angebot abzugeben. Vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe findet ein Teilnahmewettbewerb statt.

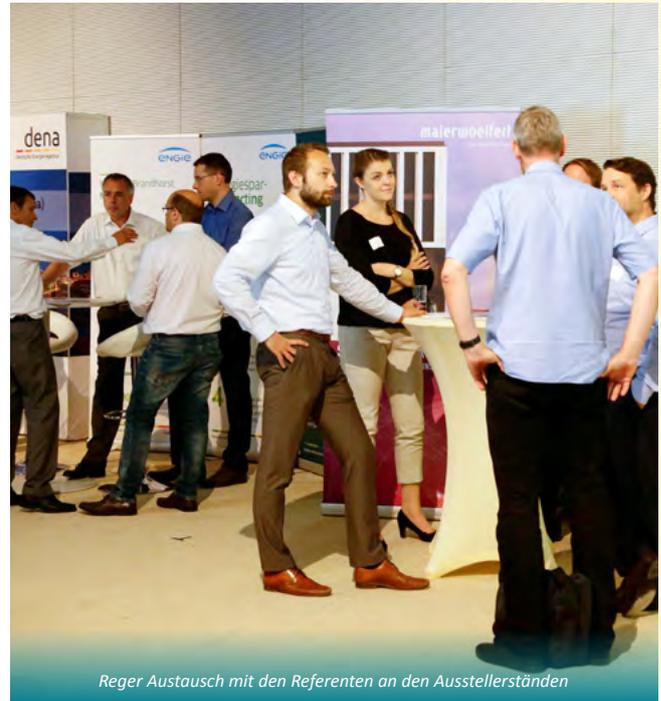
Nach Wertung der Angebote und dem erfolgreichen Vergleich mit der Eigenbesorgung wird innerhalb von drei Monaten nach der Angebotsabgabe das wirtschaftlichste Angebot beauftragt und der Contractor schließt mit der staatlichen Liegenschaft einen sogenannten Erfolgsgarantie-Vertrag ab.

Nach Vertragsschluss untersucht der Contractor im Rahmen der Projektierung, ob die angebotenen Maßnahmen umsetzbar sind und die damit verbundenen Einsparungen erzielt werden können. Bestätigt die Projektierung das beauftragte Angebot, kommt es in der Regel zur Umsetzung der Maßnahmen. Bestätigt die Projektierung das Angebot nicht oder werden nicht akzeptierte Maßnahmenänderungen angeboten, kommt es zum Projektabbruch. Die Liegenschaft hat gegen Vergütung des Projektierungsaufwandes auch bei einer Bestätigung des Angebotes aufgrund von z.B. kurzfristig angesetzten umfangreichen Nutzungsänderungen die Möglichkeit den Vertrag zu beenden.

Wird das Projekt weiter verfolgt, läuft zunächst die Umsetzung der angebotenen Contracting-Maßnahmen und anschließend die vereinbarte Garantiephase mit Contractor-Haftung für die garantierten Einsparungen.

Typische Contracting-Standardmaßnahmen sind unter anderem hydraulischer Abgleich, Austausch der Beleuchtung und/oder der Leuchtmittel, Pumpentausch, Ventilatorentausch, Optimierung der Gebäudeautomation und mitunter die Einführung von Energiemanagementsystemen. Hochbaulichen Maßnahmen sind beim Energiespar-Contracting üblicherweise nicht vorgesehen.

Der Vorteil des Contracting-Modells ist, dass der Einbau



Regel Austausch mit den Referenten an den Ausstellerständen

neuer Anlagentechnik ohne eigene Haushaltsmittel erfolgen kann. Durch die neue Anlagentechnik mindert sich der Verbrauch der Liegenschaften, was besonders durch die damit verbundene Reduzierung des CO₂-Ausstosses einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz darstellt. Weitere Vorteile sind, dass während der Hauptleistungsphase die Instandhaltungskosten für die vom Contractor eingebrachte Technik vom Contractor übernommen werden und der Contractor ein Controlling und Monitoring zum Nachweis der Einsparungen durchführen muss. Werden die Einsparungen nicht erreicht, mindert sich entsprechend die Vergütung des Contractors. Darüber hinaus erhöht sich durch die neue Anlagentechnik die Versorgungssicherheit.

Wo nur Licht scheint, gibt es bisweilen auch ein wenig Schatten, im Fall eines Contractings also in Form eines zusätzlichen Vertragspartners, der informiert werden muss, sobald sich die Rahmenbedingungen beim Kunden ändern. Darüber hinaus ist der Contractor bei Maßnahmen-/Nutzungsänderungen z.B. mit energetischen Auswirkungen einzubinden. Da Liegenschaften nie rein statisch betrachtet werden können, sind gerade die Abrechnungen in den ersten Jahren aufwendiger als bei reiner Strom- oder/und Wärmelieferung.

Anhand von signifikanten Contracting-Beispielen zeigte Kalmer, dass sich die Contracting-Projekte durch die Bank für den Kunden, in dem Fall für die Liegenschaften der öffentlichen Hand und damit indirekt für den Steuerzahler, gerechnet haben. Das lag sicher auch an der gründlichen Vorbereitung und der konsequenten Anwendung des entwickelten Leitfadens.

Zusammenfassend stellte Kalmer fest, dass Contracting sicherlich kein Allheilmittel ist, aber ein sinnvolles Instrument darstellt, ohne eigene Haushaltsmittel den Energieverbrauch und die Energiekosten zu senken. ■

Weitere Informationen unter:
www.lbd.bayern.de und www.cib.bayern.de

„Drei Größen im Energieeinspar-Contracting-Markt zeigen anhand von Beispielen, was sie den Kommunen bieten können.“



Wie die Theorie konkret in der kommunalen Praxis aussieht, wurde in einem bunten Kaleidoskop von Projekten erläutert.

Podiumsdiskussion mit v.l. Thomas Knorr, Andreas Böllinger, Stephan Weinen, Peter Kalmer



Moderation: Stefan Drexelmeier

Dipl.-Ing. Stephan Weinen | E1 Energiemanagement GmbH

E1 wurde z.B. im November 2011 ausgezeichnet für die Wärme-/Kälte-/Beleuchtungssanierung des Kreisklinikums Altmühlfranken Gunzenhausen mit 190 Betten. Das nachgewiesene Einsparpotenzial musste mindestens 25 Prozent betragen, um als das erste energiesparende Krankenhaus in Bayern zu gelten. Erreicht wurde das durch umfangreiche Maßnahmen: Unter anderem wurde eine Holzhackschnitzelheizanlage mit Silo installiert. Der Heizkessel, die Heizungs-Umwälzpumpen, der hydraulische Abgleich der Heizungsanlagen, eine der Kältemaschinen sowie die Druckhaltung und die Trinkwarmwasserbereitung wurden erneuert. Die Dampfbefeuchtung wurde stillgelegt, eine Schwimmbadabdeckung installiert und auf eine energiesparende Leuchtstoffröhren-Beleuchtung umgerüstet und damit das Ganze auch problemlos miteinander harmonisiert, sind moderne DDC-Regelungen und eine webbasierte Gebäudeleittechnik im Einsatz.

Schon 2007 engagierte sich E1 in der Stadt Röthenbach an der Pegnitz. Dort wurde ein über 14 Jahre laufender ESC-Garantievertrag für acht Liegenschaften geschlossen. Die garantierte Einsparsumme beträgt 49.000 Euro pro Jahr. Die Erstinvestitionen lag bei 810.000 Euro, unter anderem für die Montage von drei neuen Brennwert-Heizkesseln, die Sanierung von Heizungsverteilern bzw. Erneuerung von Heizkreisen, die Installation elektronisch geregelter und mehrstufiger Umwälzpumpen, Einbau von Einzelraumregelungen und programmierbaren Thermostatventilen, Sanierung eines Warmwasserbereiters für Trinkwasser, Modernisierung der Beckenwasserumwälzung im Freibad, den Einsatz neuer DDC-Regelungen für die Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie die Installation einer webbasierten, herstellerunabhängigen Gebäudeleittechnik. Für die Erfolgskontrolle wurden noch zusätzliche Energiemengenzähler auch für ein verbessertes Energiecontrolling installiert. →

Auch in Zimmern setzt man auf neue DDC-Regelungen und webbasierte Gebäudeleittechnik.

Als drittes Projekt beschrieb Weinen die energetische Erüchtigung der Gemeinde Zimmern ob Rottweil. Hier kam ein ESC-Garantievertrag mit einer Laufzeit über 15 Jahre zum Tragen. Die Energiekosten für neun öffentliche Gebäude beliefen sich auf 85.564 Euro pro Jahr; E1 sicherte vertraglich zu 58.838 Euro pro Jahr an Energiekosten sowie 15.378 Euro pro Jahr für W&I einzusparen. Zimmern konnte einen Baukostenzuschuss von 375.400 Euro generieren. Als Erstinvestitionen mussten 1.064.106 Euro bereitgestellt werden. Dafür gab es drei neue Holzpellets-Heizkessel-Anlagen, zwei Erdgas-Brennwertkessel und zwei Erdgas-BHKW mit 5,5 Kilowatt und 15 Kilowatt elektrischer Leistung. Dazu mussten drei Pelletlager eingerichtet werden, diverse Heizkreisverteilungen und drei Warmwasserbereitungen sowie eine Raumluftechnik-Anlage erneuert werden. Zwei Liegenschaften erhielten einen Nahwärmeanschluss einschließlich Übergabestationen. Außerdem wurden zwei Photovoltaikanlagen mit jeweils fünf Kilowatt Leistung sowie 578 LED-Leuchten installiert. Im Sanitärbereich gab es neue wassersparende Armaturen und Druckspüler.

Ein etwas kürzeres Laufzeitbeispiel hat E1 mit der Stadt Riedlingen im Landkreis Biberach geschaffen. Dort beliefen sich die Energiekosten für das Gymnasium und die Realschule auf 183.080 Euro pro Jahr. Mit einer Erstinvestition von 1.462.520 Euro garantiert E1 Energieeinsparungen im Wert von 193.767 Euro pro Jahr. Um das zu erreichen, errichtete E1 ein Heizhaus mit einem 500 Kilowatt leistenden Holzhackschnittel-Heizkessel samt unterirdischem Holzhackschnittel-Bunker und einem BHKW mit 50 Kilowatt elektrischer Leistung und 88 Kilowatt Wärmeleistung. Die Spitzenlastabdeckung erfolgt durch den Bestandskessel. Gymnasium und Realschule sind über erdverlegte Nahwärmeleitung angeschlossen. Die Heizkreisverteilungen und Umwälzpumpen wurden erneuert. Der hydraulische Abgleich der Heizungsanlagen wurde aktualisiert. Auch kommen moderne DDC-Regelungen und webbasierte Gebäudeleittechnik zum Einsatz.

ESC-Garantievertrag mit Landkreis Ulm

Zwischen 2006 und 2018 lief ein ESC-Garantievertrag von E1 mit dem Landkreis Ulm für 13 Liegenschaften. Garantiert wurden Einsparungen von 165.000 Euro pro Jahr. Dazu notwendig war eine Erstinvestition von 2,2 Millionen Euro für die Installation eines gasmotorischen BHKW mit 50 Kilowatt elektrischer Leistung und einem Pufferspeicher. Die bestehende Kesselanlage wurde durch einen modulierenden Erdgas-Brennwertkessel mit 400 Kilowatt Leistung ersetzt. Die Heizungsverteilung bekam drehzahlgeregelte Hocheffizienzpumpen. Die Warmwasserbereitung aus dem 500 Liter Trinkwasserboiler wurde erneuert und erhielt eine moderne Pumpendruckhaltestation sowie eine zentrale Nachspeiseeinheit einschließlich Enthärtungsarmatur. Zusätzlich sind 410 Heizkörperthermostatventile sowie die Raumluftechnik-Anlage gegen ein kompaktes Hocheffizienzgerät mit Wärmerückgewinnung ausgetauscht worden. 183 Innenleuchten auf Basis energiesparender



v.l. Richard Kerl, Stephan Weinen

Leuchtstoffröhren wurden umgerüstet. Heizungs- und Lüftungsanlagen erhielten moderne DDC-Regelungen, und die neue herstellerunabhängige Gebäudeleittechnik arbeitet webbasiert. Die Vertragspartner setzten für die Erfolgskontrolle auf zusätzlich installierte Energiemengenzähler.

Ein besonderes Schmankerl ist das acht Jahre laufende Energiespar-Contracting Plus für die Studentensiedlung Ludwig Frank in Mannheim, einer Wohnanlage mit acht Wohnhäusern für Studierende und das erste Contracting-Projekt in Deutschland mit vollständig energetischer Sanierung der Gebäudehülle eines Gebäudes als Effizienzhaus KfW 70 mit Einspargarantie. Die Erstinvestitionen durch E1 beliefen sich auf rund 2,4 Millionen Euro. E1 sicherte Energie- und Wasserkosteneinsparungen in Höhe von rund 145.000 Euro pro Jahr zu, was einer Ersparnis von 32 Prozent entspricht; das Energiekosten-Einsparziel wurde schon im ersten Jahr (2018) leicht übertroffen. Auch garantierte E1 eine 20-prozentige CO₂-Einsparung, in Zahlen rund 160 Tonnen pro Jahr. Die Linie wurde gerissen, so dass jetzt etwas nachgearbeitet werden musste, um im zweiten Jahr die CO₂-Einsparziele einzuhalten.

Im KfW70-Haus wurden umfangreiche gebäudetechnische Maßnahmen umgesetzt wie Anbringen eines Wärmedämmverbundsystems als Außendämmung, Erneuerung der Fenster und Außentüren, Dachdämmung, Installation einer Lüftungsanlage mit kontrollierter Be- und Entlüftung inkl. Wärmerückgewinnung, komplett neue Kanal- und Rohrinstallationen. In den sieben anderen Wohnhäusern sind die Fernwärme-Übergabestationen saniert, zentrale Entkalkungssysteme eingebaut, die Warmwasserbereitung für das Trinkwasser auf Frischwassersysteme umgestellt, rund 1.500 Thermostatventile inkl. hydraulischem Abgleich sowie wassersparende Armaturen installiert und rund 3.000 LED-Leuchten montiert worden. Schließlich wurde die gesamte Regelungstechnik mit Gebäudeleittechnik erneuert. ■

3 Pitches – Eine Kurzpräsentation kommunaler Beispielprojekte

Andreas Böllinger | ENGIE Deutschland GmbH

Andreas Böllinger, Leiter Technik und Vertrieb Energiemanagement bei ENGIE Deutschland GmbH, beleuchtete in seinem Praxisbeispiel die Komplettanierung im Energiespar-Contracting. Böllinger widersprach dem sich lange Zeit haltenden Gerücht, Contracting-Anbieter suchten sich nur solche Effizienzmaßnahmen heraus, die sich schnellstmöglich amortisieren. Dass es anders geht, ist der Ansatz von ENGIE Deutschland, das von seinem Headquarter in Köln rund 50 Niederlassungen in Deutschland mit rund 3.900 Mitarbeitern steuert.

ENGIE hat Kooperationen mit Lokalversorgern in Berlin, Gera, Saarbrücken und Wuppertal, betreibt 13 Windparks sowie Wasserkraftwerke und generierte 2018 zusammen mit ENGIE Energielösungen GmbH (zum 31.12.2018 verkauft) einen Jahresumsatz von rund 1,7 Milliarden Euro. Zu den Geschäftsbereichen gehören Strategic Cooperations, Renewables, Building Services, Energy Services, Facility Services, Refrigeration.

Böllinger sieht die Motivation für Energiespar-Contracting beim Kunden im Erreichen von CO₂-Einsparzielen, in der Reduzierung von Energiekosten, in der Finanzierung von erforderlichen Sanierungsmaßnahmen im Energiebereich bei klammen Kassen und als Problemlöser für das Erreichen von politisch gesetzten Klimaschutz- und Energieeinsparzielen.

All das kann ENGIE bieten, wenn da nur nicht ein sattem bekanntes Problem oder neuhochdeutsch eine Herausforderung existieren würde: Der aktuelle Investitionsstau beim Bund von rund 25 Milliarden Euro, die nicht ausgegeben werden. Böllinger zitierte aus der Hannoverschen Allgemeinen vom 27.12.2018: „Dank der gut laufenden Konjunktur sprudeln die Steuerquellen. Doch das Geld kann gar nicht ausgegeben werden, weil die Planungsämter bei Bund, Ländern und Kommunen und die Baufirmen ausgelastet sind. ...“

Als Musterbeispiel für eine problemlösungsorientierte Herangehensweise präsentierte Böllinger die Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen in Baden-Württemberg mit rund 10.000 Einwohnern. Die Motivation für ein Energiespar-Contracting inklusive aller Sanierungsleistungen entstand aus der kommunalen Personal-, Kompetenz- und Planungsnot, die für umfangreiche Bau- und Sanierungsprojekte notwendig gewesen wären. Objekt der Begierde ist das gemeindeeigene sanierungsbedürftige Schul- und Sportzentrum.

Dank des in Aussicht gestellten Baukostenzuschusses von einer Million Euro ist die Finanzierung nicht das Thema, aber eben fehlende Personalressourcen, um ein solch umfangreiches vier-Millionen-Euro-Sanierungsprojekt zu stemmen. Um das Energiespar-Contracting sauber abzufahren, unterstützte die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH die zwischen Karlsruhe und Mannheim liegende Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen

Beispiel

2/3



bei der ordnungsgemäßen öffentlichen Ausschreibung des Energiespar-Contractings, für das ENGIE den Zuschlag erhielt, so dass derzeit die Planungen laufen.

Gegenstand des 15 Jahre laufenden Vertrags ist unter anderem die Sanierung der Schwimmhalle mit Umkleidekabinen, Decken, Türen, 2.470 Quadratmeter Fliesen, Badewassertechnik, 2.750 Meter Rohrleitungen für Heizung und das gesamte Trinkwassersystem inkl. Duschen, Erneuerung der niederspannungsseitigen Stromversorgung/-verteilung im Gebäude und der Brandschutzklappen, last but not least die Demontage und Entsorgung der Öltanks. Auch wenn diese Arbeiten nicht alle unmittelbar einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten, so gehören sie zu dem Gesamtpaket dazu, denn sie müssen ebenfalls im Zuge solcher umfassenden Sanierungen erledigt werden.

Die klassischen Energieeffizienzmaßnahmen kommen dennoch nicht zu kurz:

So sollen zwei Blockheizkraftwerke mit je 50 Kilowatt elektrischer Leistung installiert werden, ebenso vier neue Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung. Die Umrüstung der Heizkessel von Öl auf Gas ist ebenso selbstverständlich, wie die Installation einer Wärmerückgewinnung aus Schwimmbadwasser. Die gesamte Regelungstechnik und die Schaltschränke sind zur Erneuerung vorgesehen, wie auch die Umrüstung der Beleuchtung auf LED. Schließlich sollen die Fassaden von Sporthalle und Schwimmbad eine neue Dämmung erhalten. Zur Wirksamkeitskontrolle wird ein Energiemonitoring-System aufgebaut.

Der Schritt zum Energiespar-Contracting soll sich für die Gemeinde lohnen. Sie hat sich bei minimalem Koordinationsaufwand für eine Komplettanierung ihrer Liegenschaft aus einer Hand entschieden. Die Sanierungsmaßnahmen werden sich durch die Energiekosteneinsparung von geschätzt 240.000 Euro pro Jahr teilweise „quersubventionieren“ oder besser amortisieren. Gleichzeitig ist die Gemeinde vor unliebsamen Überraschungen dank Kostensicherheit durch den Pauschalpreis des Contractors für Bau und Lebenszyklus-Kosten (Wartung/Instandhaltung aller vom Contracting betroffener Maßnahmen) geschützt. Der Beginn der Umsetzungsphase ist für Sommer 2019 vorgesehen. ■

Beispiel

3 / 3

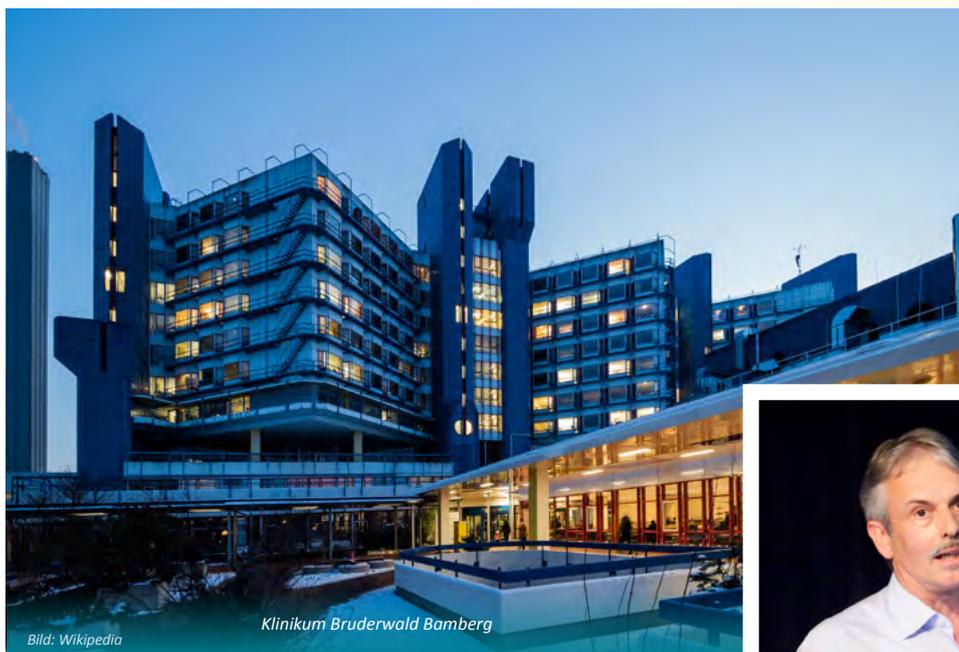


Bild: Wikipedia

Klinikum Bruderwald Bamberg



Thomas Knorr

Thomas Knorr | SPIE Energy Solutions GmbH Südwest

Thomas Knorr von der SPIE Energy Solutions GmbH präsentierte als Dritter im Praxis-Beispiel-Bunde ein ambitioniertes Krankenhaus-Ertüchtigungsprojekt aus Bamberg. Dort bildete sich vor rund zwölf Jahren eine Energieeffizienz-Partnerschaft aus dem Bamberger „Dreigestirn“ Sozialstiftung Bamberg als Trägerin des Krankenhauses Am Bruderwald, Stadtwerke Bamberg als Energie-Contracting-Financier und SPIE Energy Solutions GmbH als Planer und Implementierer der Anlagen zur Energieeffizienzsteigerung, die in mehreren Contracting-Stufen umgesetzt werden.

Die Herausforderung bestand darin, auf welchem Weg man den Wandel eines in die Jahre gekommenen Großklinikums, bestehend aus drei Bettentürmen (ein vierter ist in der Bau-Phase), hin zu einem nachhaltig energieeffizienten Krankenhaus schafft. Immerhin musste der Betrieb der rund 770 Betten und die Versorgung von jeweils 40.000 stationären und 40.000 ambulanten Patienten pro Jahr durch die rund 1.500 Mitarbeiter während der Energiemetamorphose bestmöglich aufrechterhalten werden.

Deutliche Kostenreduktion

Dass deutliche Kosteneinsparungen möglich sind, belegen die bisherigen Einsparerfolge. In den vergangenen 10 Jahren (von 2008 bis 2018) sind gut 15 Millionen Euro weniger für die Energieversorgung des Krankenhauses aufgewandt worden. Das entspricht einer Reduktion der ursprünglichen jährlichen Energiekosten um rund ein Drittel. Gleichzeitig konnte das Klima um rund 7.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr entlastet werden.

2018 wurde daher das Projekt bzw. das Blockheizkraftwerk (BHKW) im Bamberger Klinikum vom Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V. als „BHKW des Jahres“ ausgezeichnet. Bereits 2008 erhielt SPIE Energy Solutions GmbH den Contracting-Award der dena und 2017 wurde sie von der Energieagentur Nordbayern als Energieeffizienz-Gewinner geehrt.

Um solche Erfolge feiern zu können, waren zur Steigerung der Energie-Effizienz erhebliche Investitionen von rund 4,5 Millionen Euro notwendig. Im Rahmen des Energiespar-Contractings wurde eine Kraft-Wärme/Dampf-Kopplungsanlage installiert. Das BHKW leistet 830 Kilowatt elektrisch und kommt auf eine Wärmeleistung von 1.200 Kilowatt, davon 400 Kilowatt Dampf. Parallel musste auch der 60 Meter hohe Kamin saniert werden.

Als 2016 für den BHKW-Motor die große Revision anstand, entschied sich das Projektteam im Rahmen eines erweiterten Energiespar-Contractings 2.0 zur Erneuerung und zum Ausbau der bestehenden Anlage als Kraft-Wärme/Dampf-Kälte-Kopplungsanlage mit 1.060 Kilowatt elektrischer Leistung und für den Sommerbetrieb sowohl 700 Kilowatt Wärmeleistung bei gleichzeitig 500 Watt Kälteleistung.

Von Anfang an erhielt das Klinikum im Rahmen des Energiespar-Contractings eine neue zentrale Außenluft-Aufbereitung mit 4 x 200.000 Kubikmeter Luft pro Stunde, die mit acht neuen, energieeffizienten Hochleistungs-Radial-Ventilatoren über ballsaalgroße gemauerte Lüftungskanäle zugeführt wurden. Der Stromeinsparerfolg lag bei 50 Prozent. →

Weitere erfolgreiche Maßnahmen waren die Erneuerung der Kältetechnik bzw. der Klima-Kaltwasser-Erzeugung durch Einbau einer energieeffizienten Klimakälte-Erzeugung, die Installation von 16 energiesparenden Wärmerückgewinnungsregistern für die Zu- und Abluft, über die auch die adiabate Kühlung läuft, sowie einer Hochdruckbefeuchtung zur adiabaten Vorkühlung, wodurch jetzt Klinikbereiche über die Hauptlüftung klimatisiert werden können, ohne eine eigene dezentrale Klimaanlage dafür zu benötigen.

Die Beleuchtungstechnik wurde mit energiesparender LED-Technik modernisiert. Wassersparmaßnahmen (z.B. bei Handwaschbecken, Duschen und WCs) standen ebenso auf dem Programm.

Energieeinspar-Erfolgskontrolle

Für die Energieeinspar-Erfolgskontrolle und zur transparenten, internen Abrechnung der einzelnen Verbraucher innerhalb des Klinik-Komplexes wurde ein M-Bus-Zähler-Management mit aktuell ca. 250 Energie- und Wasserzählern installiert. Auch ließ sich das Klinikum unter anderem nach der EnMS 50.001 zertifizieren.

Mit den Contracting-Maßnahmen aus der ersten Phase bis 2015 wurden die garantierten Einsparungen von rund 880.000 Euro pro Jahr immer erreicht, teilweise sogar deutlich übertroffen. Ein Sprung nach vorne in Sachen Einsparung wurde dann durch die Erneuerung und Leistungserhöhung des BHKW 2016 erreicht, gerade auch durch die Erhöhung der Stromeigenerzeugung auf über 50 Prozent und die Kälteerzeugung aus der BHKW-Wärmeleistung im Sommer. 2018 erzielten die Maßnahmen einen Einspargarantieüberschuss von fast 18 Prozent (garantiert: knapp 1,1 Millionen Euro; tatsächlich erreicht: über 1,27 Millionen Euro). Wichtig ist, dass die Contracting-Partner kontinuierlich am Ball bleiben und sich nicht mit den einmal erreichten Effizienzsteigerungen zufriedengeben, sondern weiter nach Optimierungen suchen.

Das Klinikum Bamberg ist ein Musterbeispiel für ein erfolgreiches Energiespar-Contracting durch die Sicherheit bei Planung, Umsetzung und Betrieb mit einem zuverlässigen Contractor, der die Investitionskosten (ohne Nachtragsgeschäft!) ebenso garantiert wie die Effizienz- bzw. Einspargarantien für die Gesamtanlage. Die Bauleistungsgarantien umfassten die Errichtungszeit im laufenden Krankenhausbetrieb und die Gewährleistungsverlängerung für die gesamte Vertragslaufzeit. ■

*Volle Aufmerksamkeit für das beherrschende Thema:
Es ist Zeit, Einsatz zu zeigen und Chancen zu nutzen.*



Sehen Sie zum 12. Bayerischen EnergieForum auch einen Filmbeitrag von TV Bayern live.

QR Code scannen oder Weblink
www.tvbayernlive.de/mediathek/kategorie/tv-bayern-live/video/energieforum-in-garching



Interview mit Bernhard Bögelein | juwi-Gruppe

„Immer wieder neue Ideen einbringen“

Genehmigungsverfahren für Windenergie-Projekte zählen heute zum aufwändigsten Teil eines Energieprojekts überhaupt. Die für einen Genehmigungsantrag erforderlichen Planungen haben sich dabei in den letzten 20 Jahren massiv verändert. Über den enorm gestiegenen Umfang sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit Bernhard Bögelein – der 63-Jährige ist einer der erfahrensten Genehmigungsplanungsexperten der Branche und leitet bei der juwi-Gruppe ein achtköpfiges Team von Projektentwicklungsexperten.

Herr Bögelein, im thüringischen Mohlis baut die juwi-Gruppe derzeit ihr tausendstes Windrad. Was waren bei diesem Projekt die größten Herausforderungen in der Planungsphase?

Bei diesem Projekt war es nicht zuletzt der sieben Kilometer entfernte Bundeswehrstandort in Gleina, der uns gefordert hat. Die dortige Radaranlage hat uns viel Kopfzerbrechen bereitet. Als Träger öffentlicher Belange hatte die Bundeswehr Vetorecht bei den Planungen. Das heißt im Klartext: Ein Nein der Verantwortlichen bei der Bundeswehr hätte das Aus für das Projekt bedeutet.

Wie konnten Sie das Projekt dennoch retten?

Wir konnten in Zusammenarbeit mit dem Flug- und Rüstungskonzern EADS als Gutachter nachweisen, dass die Radaranlage durch unsere vier Anlagen nicht gestört wird. Das war extrem aufwändig. Der Anlagentyp wurde deshalb so ausgewählt, dass Turm und Gondel besonders schlank sind und wenig Störpotenzial bieten.

Vor allem aber: In einem monatelangen Trial-and-Error-Prozess wurden die Anlagenstandorte auf den Planungskarten

immer wieder verschoben – solange bis Gutachter und Bundeswehr grünes Licht gaben. Unsere Beharrlichkeit hat sich hier absolut ausgezahlt.

Welche weiteren Themen sind heute für die Genehmigung zu berücksichtigen?

Eine zentrale Rolle bei fast jedem Projekt spielt der Artenschutz. Da macht dieses Projekt keine Ausnahme. In gut einem Kilometer Entfernung zu den Anlagenstandorten wurden im Laufe der Voruntersuchungen Horste von Rot- und Schwarzmilan gesichtet. Beide Arten stehen auf der Schutzliste und müssen bei jeder Planung deshalb in besonderem Maße berücksichtigt werden. Im Zuge des Genehmigungsverfahrens haben wir deshalb Maßnahmen zum Schutz der Greifvögel entwickelt – darunter ein Mahd-Konzept, das dafür sorgt, dass die Anlagen abgeschaltet werden, wenn erhöhte Kollisionsgefahr besteht – und das ist immer dann der Fall, wenn die Flächen rund um die Anlagen bewirtschaftet werden. Dazu muss man wissen, dass das Nahrungsangebot für die Greifvögel dort besonders hoch ist, wo gerade frisch gemäht ist.

Das klingt nach deutlich mehr Aufwand als früher...

In den Anfangsjahren der Windenergie war noch ein einfacher Bauantrag ähnlich wie bei einem Einfamilienhaus ausreichend, heute füllen die Antragsunterlagen Dutzende von Aktenordnern.

Unser BImSchG-Antrag für Mohlis war ein Großauftrag für die Druckerei: 72 Aktenordner haben wir beim zuständigen Landratsamt eingereicht. 16 Einzelgutachten zu allen möglichen Themen waren notwendig:



Bernhard Bögelein

Vom üblichen Turbulenzgutachten bis zu eher außergewöhnlichen Dokumenten wie dem bereits erwähnten Mahd-Gutachten – und das alles, obwohl der Standort im Entwurf des Regionalplans enthalten war.

Können die Genehmigungsbehörden denn diesen Umfang zeitlich und fachlich angemessen bearbeiten?

Das ist tatsächlich auch für die Genehmigungsbehörden eine Herausforderung. Deshalb empfehlen wir den zuständigen Behörden eine externe Verfahrensbegleitung, die die Behörde bei den formellen Anforderungen des Verfahrens unterstützt. Das hat sich auch wirklich bewährt. Der Berg an Themen, die für die Genehmigung einer Windenergie-Anlage abgearbeitet werden müssen, ist immer höher geworden. Ohne Ausdauer und tiefes Fachwissen ist die Entwicklung eines Windenergieprojekts heute nicht mehr möglich – das gilt sowohl für den Projektentwickler als auch für die Genehmigungsbehörde und ihre Fachleute. Denn letztendlich wollen wir mit unserer Arbeit Lösungen finden, die ein Miteinander von Mensch, Natur und Windenergie bestmöglich gewährleisten. Unsere Erfahrung hilft uns dabei, hier auch immer wieder neue Ideen einzubringen. ■



v.l. Alexander Bromberger, Hans-Gerhard Pfänder

Genehmigungsverfahren	1999	2019
Rechtliche Grundlage	Baugesetzbuch	Bundesimmissionsschutzgesetz
Umfang des Antrags	1 Aktenordner	3 bis 5 Aktenordner
Dauer der Vorplanung	6 Monate	24 Monate
Dauer des Genehmigungsverfahrens	3 Monate	18 bis 24 Monate
Wesentliche Themen	Statik	Zusätzlich: Immissionsschutz, Artenschutz, Umweltverträglichkeit, Landschaftsbild, Flugsicherheit

IMPRESSIONEN



Terminhinweis

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

25.06.2020

Bürgerhaus Garching bei München

www.bayerisches-energieforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 15-16 2019 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion:	Anne-Marie von Hassel, Doris Kirchner, Jan Kiver
Gestaltung:	Michael Seidl
Fotos:	Event: Jessica Kassner, sonst wie angegeben
Verantwortlich:	Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung:	Constanze von Hassel
Veranstaltungen:	Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck:	Creo-Druck Gutenbergstr. 1 96050 Bamberg
--------	--



Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern



Vorträge stehen zum Download im GZ-Netzwerk zur Verfügung.
Bitte melden Sie sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern an und treten Sie der Gruppe „Energie“ bei.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM



BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM